Kinderarmut – eine europäische Herausforderung!

Dokumentation

der Europäischen Fachkonferenz
31. August – 1. September 2009
Berlin

AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

Kinderarmut – eine europäische Herausforderung!

Dokumentation

der Europäischen Fachkonferenz
31. August – 1. September 2009
Berlin

AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft der deutschen
Familienorganisationen (AGF) e.V.
Courbièrestraße 12
10787 Berlin
www.ag-familie.de

Gestaltung:
Frank Rothe, Berlin

Titelabbildung:
© lu-photo – Fotolia.com

Druck:
Sprintout Digitaldruck GmbH, Berlin

INHALT

1. KONFERENZTAG

Eröffnung 4
Andrea Despot, Europäische Akademie Berlin

Begrüßung 5
Edith Schwab, Vorsitzende AGF e.V.

Grußworte 7
Gerd Hoofe, Staatssekretär BMFSFJ 7
Matthias Petschke, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland 10
Joakim Pettersson, Schwedisches Ministerium für Gesundheit und Soziales 12

Kinderarmut und Kindeswohl in der EU: Bemessung und einige damit zusammenhängende Kernprobleme 14
Eric Marlier, CEPS/INSTEAD Forschungsinstitut

Kinderarmut in der EU aus der Perspektive der Kinderrechte 22
Jana Hainsworth, Eurochild AISBL

Podiumsdiskussion: Von Chancengleichheit keine Spur – Wo bleibt die nachhaltige Politik gegen Kinderarmut? 29
William Lay, COFACE
Michaela Moser, EAPN
Gabriele Zimmer, MdEP
Moderation: Ulrike Meyer-Timpe, DIE ZEIT

2. KONFERENZTAG

Begrüßung 34
Peggi Liebisch, VAMV e.V.

Strategien der EU im Kampf gegen Kinderarmut 35
Antonia Carparelli, EU-Kommission

Was bringt die Armutspolitik der EU? 48
Michaela Moser, EAPN

Diskussion der Vorträge 58

Wege in die Zukunft – Für ein Europa ohne Armut! 64
Vorstellung des europäischen Positionspapiers zur Bekämpfung der Kinderarmut
– Zusammenfassung der Europa-Cafés und Verfahrensdiskussion –

Abschluss und Verabschiedung 67
Edith Schwab, Vorsitzende AGF e.V.

Die Referentinnen und Referenten 69

ERÖFFNUNG

Dr. des. Andrea Despot
Stellvertretende Leiterin der
Europäischen Akademie Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer,
liebe dem Thema Zugewandte,

zur Eröffnung der von der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen veranstalteten Konferenz „Kinderarmut – eine europäische Herausforderung“ begrüße ich Sie herzlich in der Europäischen Akademie Berlin.

Ich bin Andrea Despot, stellvertretende Leiterin der Europäischen Akademie Berlin, und ich werde Sie durch die erste Hälfte des heutigen Tages begleiten.

Bevor Frau Schwab das Eingangsstatement übernimmt, möchte ich noch Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, dass wir heute drei ganz besondere Grußworte hören werden. Das erste Grußwort wird von Herrn Staatssekretär Gerd Hoofe gesprochen. Er ist im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend tätig. Darauf folgt Herr Matthias Petschke, er ist Leiter der Vertretung der EU-Kommission hier in Berlin. Und für die schwedische Seite, die gegenwärtig ja die EU-Ratspräsidentschaft innehat, wird Herr Joakim Pettersson als politischer Berater im schwedischen Gesundheits- und Sozialministerium ein Grußwort an uns richten.

Nun darf ich das Wort übergeben an Sie, Frau Schwab. Frau Schwab ist Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen und steht auch dem Verband der alleinerziehenden Mütter und Väter vor. In dieser Tätigkeit setzt sie sich natürlich ganz besonders für die Verbesserung der oft recht prekären Situation von Alleinerziehenden ein. Frau Schwab, ich überreiche Ihnen hiermit das Wort.

BEGRÜSSUNG

Edith Schwab
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V., Berlin

Frau Despot, ich danke Ihnen für die nette Einleitung und dass Sie uns als Hausherrin hier in diesem wunderschönen Anwesen heute begrüßt haben.

Ich begrüße ganz herzlich Herrn Staatssekretär Hoofe, Herrn Petschke und Herrn Pettersson.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Tagung, ich heiße Sie herzlich zu diesem europäischen Symposium willkommen.

Als Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen freue ich mich über Ihr großes Interesse, das Sie dieser Veranstaltung entgegenbringen. Nicht nur die Zahl der heute hier versammelten Expertinnen und Experten und Entscheidungsträger liegt weit über unseren ursprünglichen Erwartungen, auch die Vielfalt der durch Sie repräsentierten Einrichtungen und europäischen Länder ist beachtenswert. So ist eine viel versprechende Mischung aus Vertretern und Vertreterinnen zivilgesellschaftlicher Organisationen einerseits und Mitgliedern nationaler und europäischer Regierungsbehörden sowie politischer Institutionen andererseits hier in der Europäischen Akademie in Berlin zusammengekommen. Insgesamt sind bei dieser Tagung 17 der derzeit 27 europäischen Mitgliedsstaaten vertreten, außerdem die Schweiz und Kroatien. Ihre Anwesenheit, meine Damen und Herren, ist ein deutlicher Beleg dafür, dass das Thema Kinderarmut quer durch Europa von gesellschaftlicher Bedeutung ist und von einer Brisanz, der gegenüber sich auch die Politik nicht länger verschließen kann.

Wir - die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen - befassen uns seit längerer Zeit mit dem dringenden und weitläufigen Problem der Kinderarmut. Dabei stand zunächst die Situation in Deutschland im Vordergrund. Mehr als 17% aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland waren im Jahr 2006 armutsgefährdet oder lebten bereits in Armut. Besonders betroffen sind Kinder aus Ein-Eltern-Familien, aus Familien mit mehr als zwei Kindern sowie aus Familien mit Migrationshintergrund. Nach den Zahlen des Bundesfamilienministeriums ist mehr als jedes dritte Kind, das mit nur einem Elternteil oder in Familien mit Migrationshintergrund in Deutschland aufwächst, von Armut betroffen. Bei den Mehrkindfamilien gilt jedes siebte Kind als arm. Das höchste Armutsrisiko tragen jedoch Kinder, deren Eltern arbeitslos sind. Mehr als die Hälfte aller Kinder aus dieser Gruppe lebt in Deutschland in Armut.[1]

Doch das Problem der Kinderarmut ist nicht nur ein nationales. Gegenwärtig leben etwa 19 Millionen Kinder und Jugendliche in der Europäischen Union unterhalb der Armutsgrenze. 19 Millionen, das heißt, dass etwa jedes fünfte Kind in der EU von Armut betroffen ist. Angesichts der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise und deren Folgen für den Arbeitsmarkt sowie für die europäischen Staatshaushalte müssen wir davon ausgehen, dass sich diese Zahl demnächst noch weiter erhöhen wird. Nicht nur ich empfinde es als einen Skandal, dass in einer der reichsten Regionen der Erde Kinder in Armut aufwachsen. Denn auch wenn diese Armut überwiegend eine so genannte relative Armut ist, hinterlassen die individuell erfahrenen Benachteiligungen bei den betroffenen Kindern und Jugendlichen deutliche Spuren.

So erreichen Kinder aus armen Verhältnissen seltener einen guten Schulabschluss, sie lebten öfter in beengtem Wohnraum und in einem schwierigen sozialen Umfeld. Sie geraten häufiger in Konflikte mit der Polizei, verfügen meist über geringere Sozialkontakte und leiden häufiger unter gesundheitlichen Problemen. Für arme Kinder und Jugendliche ist es sehr viel schwieriger, in der Gesellschaft Fuß zu fassen und diese später aktiv mitzugestalten.

Kinder und Jugendliche, die in Armut aufwachsen, erfahren vielfältige Formen der sozialen Ausgrenzung. Diese wirken sich auch auf ihr Leben als Erwachsene aus und fördern nicht nur die Vererbung von Armut, sondern auch Perspektivlosigkeit und die gesellschaftliche Isolation. Ob und wie es gelingt, allen Kindern die volle gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen und ihnen die besten Startchancen ins Leben zu geben, ist nicht nur für die persönlichen Lebensläufe der Betroffenen entscheidend, sondern auch für die weitere Entwicklung der europäischen Gesellschaft insgesamt. Denn, so Gordon Brown, Kinder sind 20% der Bevölkerung, aber 100% unserer Zukunft.

„Kinderarmut - eine europäische Herausforderung!“ - der Titel unserer zweitägigen Veranstaltung deutet bereits an, dass es aus unserer Sicht noch großer Anstrengungen bedarf, um das Problem der Kinderarmut in Europa tatsächlich zu lösen. Obwohl die Zahlen und Fakten zur Armutssituation von Kindern und Jugendlichen in der EU seit langem bekannt sind, widmen sich die nationalen Regierungen diesem Problem bisher nur zögernd. Detaillierte Strategien für eine nachhaltige Reduzierung der Armut gibt es kaum. Und selbst

[1] Quelle: Dossier Armutsrisiken von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. BMFSFJ, Mai 2008

wo dies der Fall ist, gehen damit nicht immer dauerhafte positive Veränderungen einher.

Allerdings liegt die Verantwortung für die Beseitigung der Kinderarmut nach unserer Auffassung nicht nur auf der Ebene der einzelnen Mitgliedsstaaten. Die Problematik hat vielmehr auch eine maßgebliche europäische Dimension. Und dies vor allem aus zwei Gründen: Erstens, sind es quer durch Europa häufig die gleichen Risikofaktoren, die zu Kinderarmut führen. Und es gibt, zweitens, ein klares Bekenntnis der europäischen Union zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung.

So sind es insbesondere die Kinder von Alleinerziehenden und aus Familien mit drei oder mehr Kindern, die in der Europäischen Union von Armut betroffen sind. Deutlich höher liegt das Risiko auch bei Kindern und Jugendlichen aus Haushalten mit einem geringen oder fehlenden Erwerbseinkommen, sowie aus Familien ethnischer Minderheiten oder mit Migrationshintergrund. Zwischen diesen Gruppen gibt es häufig zahlreiche Überschneidungen, die das Armutsrisiko der betroffenen Kinder nochmals erhöhen. Diese Übereinstimmungen deuten darauf hin, dass Kinderarmut über die jeweiligen nationalen Ausprägungen hinaus auch ein spezifisches europäisches Profil hat.

Spätestens mit dem Vertrag von Amsterdam hat sich die Europäische Union zu der Aufgabe bekannt, die soziale Ausgrenzung ihrer Bürger zu bekämpfen. Auf den Ratstreffen in den Jahren 2000 und 2006 hat die EU diesen Anspruch bekräftigt und präzisiert. Wenn dies mehr sein soll als nur ein Lippenbekenntnis, muss die EU die Beseitigung der Kinderarmut auch als ihren politischen Auftrag verstehen. Der Schwerpunkt, der im Jahr 2007 im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung auf dieses Thema gesetzt wurde, sowie die Ausrufung des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 sind ein erster, zu begrüßender Anfang.

Die handelnden Akteure der nationalen wie der europäischen Ebene stehen damit vor der Herausforderung, wirksame und vor allem nachhaltige Strategien zur Verminderung der Kinderarmut zu entwickeln. Das Ziel unserer Veranstaltung „Kinderarmut - eine europäische Herausforderung!“ ist es, diesen Prozess zu unterstützen und konkrete Vorschläge für die Bekämpfung der Kinderarmut und deren zukünftige Vermeidung in der Europäischen Union zu machen. Zu diesem Zweck haben wir das Positionspapier entwickelt, das Sie im Vorfeld der heutigen Veranstaltung schon erhalten haben. Dieses Positionspapier ist als Forderungskatalog an die politischen Entscheidungsträger der europäischen wie der nationalen Ebene zu verstehen. Es ist in seiner Entwicklung noch nicht abgeschlossen, vielmehr stellt es in der Ihnen vorliegenden Fassung einen Zwischenstand unserer bisherigen thematischen Auseinandersetzung dar.

Entstanden ist das Positionspapier aus der vorangegangenen Veranstaltung im November 2008, zu der wir Expertinnen und Experten zum Thema Kinderarmut aus den verschiedenen europäischen Ländern eingeladen hatten. Im Mittelpunkt dieses Treffens stand der Austausch über das Ausmaß der Kinderarmut und deren Bewältigung in den Mitgliedsstaaten sowie in der EU insgesamt. In kleinen Workshops haben wir gemeinsam mit den Experten und Expertinnen die Defizite sowie Erfolg versprechende Lösungsansätze in zentralen Politikbereichen diskutiert und in der abschließenden Podiumsdiskussion die wichtigsten politischen Handlungsfelder für die Bekämpfung der Kinderarmut benannt.

Auf der Grundlage der dabei geäußerten Anregungen und Kritik haben wir, die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, das Ihnen vorliegende Positionspapier erstellt. Im Laufe der kommenden zwei Tage soll unser Entwurf durch Ihre inhaltlichen Impulse weiterentwickelt werden. Wir wollen, dass Sie Ihre Erfahrungen und Kenntnisse mit einbringen, um - wo dies notwendig ist - die Aussagekraft des Positionspapiers zu erhöhen und es so zu einem schlagkräftigen Instrument der politischen Auseinandersetzung zum Thema Kinderarmut zu machen. Aus diesem Grund haben wir auch alle Vortragenden dieser Veranstaltung gebeten, das Positionspapier in ihre Ausarbeitungen einfließen zu lassen und zu den darin genannten Forderungen Stellung zu nehmen. Unsere Absicht ist es, ein überzeugendes Positionspapier mit möglichst europaweiter Gültigkeit zu entwickeln, das Sie, ebenso wie wir, für die politische Lobbyarbeit auf nationaler und europäischer Ebene nutzen können.

Das Positionspapier orientiert sich dabei an den folgenden vier zentralen Fragestellungen:

- Erstens: Was sind die wichtigsten politischen Herausforderungen im Hinblick auf die Armutssituation der Kinder und Jugendlichen in der Europäischen Union?
- Zweitens: Wie müssen geeignete politische Antworten auf diese Herausforderungen aussehen?
- Drittens: Welche Möglichkeiten gibt es auf europäischer Ebene zur Lösung des Problems der Kinderarmut beizutragen?
- Und viertens: Wie kann die EU die nationalen Anstrengungen zur Bekämpfung der Kinderarmut unterstützen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen haben wir fünf Politikfelder in den Mittelpunkt gestellt, die unserer Meinung nach wesentlich für eine nachhaltige und umfassende Bekämpfung der Kinderarmut sind. *Bildung, Teilhabe, Arbeitsmarkt und Beschäftigung, soziale Sicherung* sowie *Steuern und Sozialabgaben.*

Dem Bildungsbereich kommt aus unserer Sicht eine Schlüsselrolle im Kampf gegen Armut zu. Eine umfassende, früh einsetzende und an der Entwicklung der individuellen Persönlichkeit ausgerichtete Bildung leistet einen wesentlichen Beitrag zur Armutsprävention. Sie erhöht die Startchancen der von Armut betroffenen Kinder, erleichtert ihnen den späteren Zugang zum Arbeitsmarkt und trägt so dazu bei, die Vererbung der Armut von einer Generation zur nächsten zu durchbrechen. Bildungserfolge dürfen nicht von der sozialen Herkunft und den finanziellen Voraussetzungen der Familien abhängen. Soziale Ausgrenzungsmechanismen innerhalb der nationalen Bildungssysteme müssen aufgebrochen werden, um die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen nachhaltig zu verbessern.

Das Problem der Kinderarmut ist jedoch zu komplex, um es mit der Konzentration auf einen einzelnen Politikbereich wirklich effektiv bekämpfen zu können. Stattdessen ist eine ausdifferenzierte Strategie notwendig, die eine Vielzahl von Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen umfasst und deren Ergebnisse regelmäßig überprüft werden müssen.

Mit Hilfe des Positionspapiers wollen wir die Entwicklung einer solchen politischen Strategie unterstützen. Gemeinsam mit Ihnen wollen wir deshalb die bisher gefundenen Antworten prüfen und im Rahmen dieses Symposiums die wichtigsten politischen Herausforderungen, die geeigneten politischen Antworten, sowie die notwendigen Unterstützungsleistungen seitens der europäischen Ebene nochmals erörtern.

Inhaltliche Ergänzungen und weiterführende Impulse werden dabei von den Mitgliedern der eigens für diese Veranstaltung eingerichteten „Arbeitsgruppe Positionspapier“ aufgegriffen und in das bestehende Papier eingearbeitet. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden am morgigen Dienstag im Programmpunkt „Wege in die Zukunft - für ein Europa ohne Armut!“ von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe vorgestellt.

Wir hoffen, dass sich in dem auf diese Weise um Ihre Ideen und Gedanken ergänzten Positionspapier möglichst viele von Ihnen wieder finden und der gewonnene Forderungskatalog als Ergebnis dieser Tagung mit breiter Unterstützung aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer getragen wird. Unsere Vorstellung ist es, dass das aktualisierte Positionspapier nach Möglichkeit in die politische Arbeit aller hier Anwesenden einfließt - auf europäischer wie auf nationaler Ebene - und eventuell ergänzt um weitere individuelle Forderungen. Meine Damen und Herren, wir müssen dafür kämpfen, die Politik dauerhaft für das Thema Kinderarmut zu sensibilisieren! Die Beseitigung der Kinderarmut in Europa muss zu einer politischen Aufgabe ersten Ranges werden. Das wäre nicht nur ein Ausdruck der Anerkennung, der Würde und der Rechte von Kindern und Jugendlichen, sondern auch eine Investition in die Zukunft Europas! Ich wünsche uns allen, dass diese europäische Veranstaltung eine Ausstrahlungskraft hat, die deutlich über das Jahr 2010 hinausweist und die unsere Bemühungen im Kampf gegen Kinderarmut neu beflügelt.

Ich danke Ihnen.

GRUSSWORTE

Gerd Hoofe
Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Berlin

Grußwort anlässlich der Europäischen Fachkonferenz der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V. „Kinderarmut – eine europäische Herausforderung“ am 31. August 2009

Sehr geehrte Frau Schwab, sehr geehrter Herr Petschke, sehr geehrter Herr Pettersson, sehr geehrte Damen und Herren,

bereits im Jahr 2000 haben sich die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel von Lissabon das Ziel gesetzt, die Beseitigung von Armut in Europa bis zum Jahr 2010 entscheidend voranzubringen - ein gut gesetztes Ziel. Und mit dem “Europäischen Jahr 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ wird unmittelbar an diese Zielsetzung angeknüpft und soll insbesondere die öffentliche Wahrnehmung für die vielfältigen Ursachen und Auswirkungen von Armut geschärft werden.

In Deutschland werden wir 2010 unsere Aufmerksamkeit dabei vor allem auf Kinder und Familien richten.

Kinderarmut und die Entwicklungschancen von Kindern werden wir deshalb auch in den Mittelpunkt unserer nationalen Strategie für das Europäische Jahr 2010 stellen.

Mit Ihrer diesjährigen Fachkonferenz „Kinderarmut – eine europäische Herausforderung“ sind Sie bereits mitten drin in diesem Thema. Das ist gut so und wird von uns sehr geschätzt und unterstützt.

„Kinderarmut hat viele Gesichter“ – dieser Ausspruch ist zu einer stehenden Redewendung in der Armutsforschung geworden.

Unstrittig ist: Armut ist mehr als nur ein Mangel an Geld.

Nachweislich gibt es aber auch einen Zusammenhang zwischen geringem Einkommen und einem erhöhten Risiko von Benachteiligungen in anderen Lebensbereichen wie Wohnen, Ernährung, Gesundheit, soziale Kontakte, Freizeit, Kultur oder Bildung.

Gemessen am Einkommen haben Kinder in fast allen Ländern innerhalb Europas ein überdurchschnittliches Armutsrisiko.

Kinder haben zwar nicht zwangsläufig schlechte Zukunftschancen, weil wenig Geld in der Familie vorhanden ist, aber auf der anderen Seite: Einkommensarmut ist nun mal ein zentraler Risikofaktor, wenn es um die Entwicklungsmöglichkeiten im Leben von Kindern geht.

Im internationalen Vergleich wird nicht immer alles ausreichend differenziert, es zeigt sich aber, dass es Deutschland trotz aller Vorbehalte recht gut gelingt, Kinderarmut zu bekämpfen. Die Armutsrisikoquote von Kindern wird durch gezielte staatliche Transferleistungen etwa halbiert. Damit hat Deutschland eine im europäischen Vergleich eher niedrige Armutsrisikoquote bei Kindern.

Und wenn ich mir die aktuellen Zahlen des ifo-Instituts zur Wirkung des weiterentwickelten KIZ, der Wohngelderhöhung und der Kindergelderhöhung anschaue, dann sind trotz aller Unkenrufe weitere erfolgreiche Schritte im Bereich der Familienleistungen unternommen worden, um Familienarmut zu vermeiden oder zu reduzieren. Die in der letzten Woche veröffentlichte Studie des ifo-Instituts bestätigt damit die familienpolitischen Maßnahmen der letzten 12 Monate im Zeichen der wirtschaftlichen Krise auf der ganzen Linie.

Armut ist in Deutschland auch weniger beharrend als anderswo: nur knapp zwei Prozent der Bevölkerung leben in zwei aufeinander folgenden Jahren in Armut und damit nur halb so viele wie im OECD-Schnitt.

Das sind Ergebnisse, die uns jedoch nicht in Ruhe versetzen dürfen. Denn unbefriedigend ist gleichwohl, dass wir in Deutschland nach wie vor nicht an die Länder heranreichen, die Kinderarmut am erfolgreichsten bekämpfen. (Quelle: Eurostat EU SILC 2007) (Beispiel)

Ich meine damit in erster Linie die skandinavischen Länder. Wir haben die Erfahrungen dieser Länder ausgewertet und festgestellt, dass

– gezielte finanzielle Hilfen,
– gute Bedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine
– gute und frühe Bildung

das A und O sind, um Familien wirksam zu unterstützen, Benachteiligungen auszugleichen und Armut von Familien und Kindern mit gutem Erfolg zu bekämpfen.

Auch deshalb haben wir in der Familienpolitik umgesteuert und uns als Grundkonzept auf einen abgestimmten und differenzierten Mix aus Geld, Infrastruktur und Zeit konzentriert.

Gezielte staatliche Transfers und steuerliche Maßnahmen sind – und das ist absolut unbestritten – gerade für sozial schwache Familien von existenzieller Bedeutung. Die Einkommenssituation von armutsgefährdeten Familien wird auf direktem Wege deutlich verbessert.

Dazu gehört erstens das **Elterngeld**. Wie keine andere staatliche Leistung bietet das Elterngeld den Familien im ersten Jahr nach der Geburt des Kindes einen starken Rückhalt und gewährleistet, dass das Einkommen nicht gerade in dem Moment wegbricht, in dem es am stärksten gebraucht wird.

Nachweislich erhält das Elterngeld die Erwerbsneigung von Eltern und unterstützt den Wiedereinstieg von Müttern in das Erwerbsleben. Wir finden in der neuesten Elterngeldstudie bestätigt, dass das Elterngeld tatsächlich niedrige Einkommensbezieher stärkt und auch im zweiten Lebensjahr des Kindes nach dem Elterngeldbezug der drastische Einkommenseinbruch vermieden wird.

Die Förderung der Erwerbsbereitschaft von Eltern ist auch der Grundgedanke des **verbesserten Kinderzuschlags**. Der Kinderzuschlag ist das Instrument, um Familien mit niedrigem Einkommen vor dem Bezug von Hartz IV zu bewahren. Durch den Kinderzuschlag werden sie in die Lage versetzt, auf eigenen Beinen zu stehen. Seit seiner Weiterentwicklung im Oktober 2008 ist die Zahl der erreichten Kinder auf rund eine Viertelmillion gestiegen, 150.000 mehr als bisher. Wir sind einen großen Schritt vorangekommen. Weitere Schritte müssen folgen und sind bereits für die nächste Legislaturperiode konzipiert.

Zum 1. Januar 2009 ist das **Kindergeld erhöht** und zudem stärker **gestaffelt** worden. Die Erhöhung des Kindergeldes ist wichtig für alle Familien; die ausgeprägtere Staffelung orientiert sich zielgerichtet an der besonderen Lebenssituation von kinderreichen Familien. Das Kindergeld leistet immer einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung des Haushaltseinkommens und zur Reduzierung von Armutsrisiken (Anteil des Kindergeldes am Haushaltseinkommen steigt von 15 % auf 16,3 %). Insgesamt werden Familien mit Kindern durch die Erhöhung um 2,2 Mrd. Euro pro Jahr entlastet.

Weitere finanzielle Entlastungen erreichen wir

➔ durch das Schulbedarfspaket für bedürftige Schüler allgemeinbildender und berufsbildender Schulen;
➔ durch den Kinderbonus von 100 Euro für alle kindergeldberechtigten Familien ohne Anrechnung auf Sozialleistungen sowie
➔ durch die deutliche Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung und Sozialhilfe für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren (um 35 €) um 17 %.

Familienhaushalte haben heute ein deutlich hö-

heres Einkommen als noch vor einem Jahr – zum Teil um 10 % und mehr (Grundsicherungsempfänger + 5,1 %, Familien mit mittlerem bis höherem Einkommen + 2,5 %).

Und dies ist in erster Linie auf die genannten verbesserten familienpolitische Leistungen zurückzuführen ➔ erweiterter Kinderzuschlag und Wohngeld, erhöhtes Kindergeld und einmaliger Kinderbonus sowie höhere Regelsätze für Kinder bei Hartz IV und Schulbedarfspaket.

Vor allem Familien mit niedrigen Erwerbseinkommen profitieren:
Armutsrisiken von Familien und Kindern werden reduziert. Mehr Kinder sind nicht mehr auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen. Leistungsverbesserungen gehen nicht an bedürftigen Familien vorbei. Erwerbsanreize bleiben erhalten. Kinderreiche Familien zählen zu den Gewinnern.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die **Stabilisierung** von Familieneinkommen, **Armutsvermeidung** und die **Vereinbarkeit** von Familie und Beruf gewinnen auch gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten an Bedeutung.

Kinderarmut wird aber nicht allein durch ein geringes Einkommen in Familien verursacht, sondern macht sich auch fest in den Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen, äußert sich auch beim Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohnraum und zur Gesundheitsversorgung.

Und damit ist auch klar, es gibt ein Ursachenbündel, aber die Dinge hängen auch miteinander zusammen und voneinander ab. D.h. auch, dass die Bekämpfungsstrategien in ihrer Wirkrichtung diese Zusammenhänge gezielt berücksichtigen müssen und der Hebel an verschiedenen Stellen angesetzt werden muss, um kurzfristig, mittelfristig und langfristig Wirkung zu erzeugen.

Deutschland ist in besonderer Weise herausgefordert, wenn es um den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen generell und von denen mit Migrationshintergrund im Besonderen geht. Hier sind ohne Zweifel auch schmerzliche Versäumnisse zu konstatieren. Diesen Zusammenhang müssen wir aufbrechen. Armut darf nicht erblich sein. Wir können uns nicht leisten, junge Menschen verloren zu geben. Jeder Einzelne von ihnen wird gebraucht.

Deshalb setzen wir uns neben gezielten finanziellen Transfers auch für einen bedarfsgerechten und qualitativ hochwertigen Ausbau der Kinderbetreuung vom ersten Lebensjahr an ein, für eine familienfreundliche Arbeitswelt, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärkt und für gezielte Bildungs- und Arbeitsmarktintegration benachteiligter junger Menschen.

Eine frühe und gute Bildung ist die beste Versicherung gegen Benachteiligung, soziale Ausgrenzung, Armut und Arbeitslosigkeit.

Qualität bedeutet dabei, jedes Kind optimal zu fördern und zu fordern. Die Bekämpfung der Kinderarmut ist kein aussichtsloser Kampf, aber auch nie zu Ende. Wir haben gute Instrumente, auf denen aufgebaut werden kann, Instrumente, die durch neue familienpolitische Ansätze erfolgreich entwickelt worden sind, die aber auch nächste Schritte notwendig machen, um in der Spur zu bleiben und das Erreichte nicht aufs Spiel zu setzen sondern auszubauen. Sinnvoll wäre die Einführung eines Teilelterngeldes oder auch die Einführung einer starken Kinderkomponente im Steuerrecht. Zusätzliche Maßnahmen im Niedrigeinkommensbereich, z.B. die Weiterentwicklung des Kinderzuschlags, sind ebenso erforderlich.

Gleichzeitig dürfen wir aber auch besonders benachteiligte Jugendliche nicht aus dem Blick verlieren.

Dabei geht es zum einen um Hilfen für diejenigen, die am Übergang von der Schule in den Beruf vom bestehenden System der Hilfsangebote nicht profitieren oder den Zugang nicht finden.

Zum anderen geht es aber auch um die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit benachteiligter Jugendlicher durch die Vermittlung von Kompetenzen und die Verbesserung des sozialen Zusammenhalts vor Ort.

Ich freue mich darüber, dass wir auch gerade diese Aspekte in der europäischen Jugendpolitik immer stärker in den Blick nehmen und erhebliche gemeinsame Anstrengungen unternehmen. Deutschland hat sich dabei in den letzten Jahren außerordentlich engagiert und wird dieses Engagement fortsetzen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich erwähnte es bereits eingangs „Kinderarmut hat viele Gesichter“. Und es gibt weder Patentrezepte noch isoliert erfolgreiche Leistungen, um Kinderarmut zu bekämpfen. Die klar identifizierbaren Auslöser von Kinderarmut erfordern eher einen breiten Ansatz und im Mix der Instrumente und Wirkungen, differenzierte Lösungen auf allen Ebenen. Erfolgreiche europäische Beispiele gibt es auch dafür.

Nicht zuletzt kommt es darauf an, dass alle politischen und gesellschaftlichen Akteure in Deutschland wie in Europa zusammenarbeiten, so wie es in den Beschlüssen von Lissabon und nachfolgend von Nizza vorgesehen ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass diese Konferenz ihren Beitrag leisten wird. Ich hoffe auf wichtige Impulse für noch bessere Konzepte und Strategien, auf ein gemeinsames Verständnis zu der Herausforderung, vor der wir stehen, und weitere gemeinsame Anstrengungen.

Ich danke Ihnen für Ihr Engagement!

Matthias Petschke
Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Berlin

Grußwort zur Eröffnung der Fachtagung „Kinderarmut – eine europäische Herausforderung“ am 31. August 2009 in Berlin

1. Einleitung

Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gehört zu den wichtigsten Zielen der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten.

Ich möchte daher der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen danken, dass sie das wichtige Thema Kinderarmut aufgegriffen hat. Die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland hat die Durchführung der Veranstaltung „Kinderarmut – eine europäische Herausforderung“ gerne unterstützt.

2. Hintergrund

Die Kommission hat 2006 eine Mitteilung verabschiedet, die auf die Einführung einer umfassenden Strategie für den Schutz der Kinderrechte im Geiste der UN-Kinderrechtskonvention von 1989 abzielt.[1] Dabei wird dem Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung von Kindern ein großer Stellenwert eingeräumt. Denn: Kinder sind ganz besonders von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen – 19% der Kinder in der EU – das sind etwa 19 Millionen - gelten als armutsgefährdet, in Deutschland sind es 12%, in Ländern wie Italien, Polen oder Rumänien 25% und mehr.

10% der Kinder leben in Familien ohne erwerbstätigen Elternteil. Diese Werte haben sich seit 2000 nicht verbessert. Am stärksten betroffen sind Kinder mit Migrationshintergrund, Angehörige ethnischer Minderheiten und Kinder, die aus schwierigen familiären Verhältnissen kommen.[2]

Auch wenn es gelungen ist, in der Europäischen Union in den vergangenen Jahren ein Mehr an Wohlstand zu erreichen, so haben davon nicht alle profitiert. Die Lage für die besonders schutzbedürftigen Personengruppen hat – wie die regelmäßige Beobachtung der sozialen Lage durch die Kommission belegt - keine Verbesserung erfahren.[3] Menschen, die einmal in die Armutsfalle geraten sind, kommen schwer wieder aus ihr heraus. Die aktuelle Wirtschaftskrise könnte die Situation noch verschärfen. Eine Erhöhung der Zahl der Armutsgefährdeten ist wahrscheinlich.

3. Die Bekämpfung der Armut in der EU

Seit 2001 widmet sich die Europäische Union der Bekämpfung von Kinderarmut im Rahmen der Methode der offenen Koordinierung. Die Mitgliedstaaten vereinbaren, ihre jeweils wirkungsvollsten politischen Maßnahmen und Strategien in den Bereichen Sozialschutz und soziale Eingliederung zu ermitteln und an die anderen weiterzugeben, um ein gegenseitiges Lernen zu ermöglichen.

Der Europäische Rat hat 2006 die Mitgliedstaaten ersucht „die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen um Kinderarmut rasch in erheblichem Maße zu verringern und damit allen Kindern unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Chancen zu bieten.“[4]

Die jüngsten nationalen Berichte zum sozialen Schutz und für soziale Eingliederung (2008-2010), die regelmäßig im Rahmen der Methode der offenen Koordinierung erstellt werden, zeigen, dass die Mitgliedstaaten besonderen Wert auf die Armutsbekämpfung bei Kindern legen. Doch die weiterhin hohe Zahl in Armut lebender Kinder bedeutet, dass noch weit mehr getan werden muss. Die Kommission hat daher in der erneuerten Sozialagenda von 2008 angeregt, quantitative und qualitative Zielsetzungen festzulegen.[5]

Da soziale Schwäche und Arbeitslosigkeit der Eltern die wichtigsten Ursachen für Kinderarmut sind, hat die Europäische Kommission drei grundlegende Zielsetzungen angeregt:

- Den Eltern muss die Rückkehr in den Arbeitsmarkt erleichtert werden;
- Die finanzielle Mindestsicherung muss angemessen hoch sein;
- Qualitativ hochwertige und bezahlbare Kinderbetreuungseinrichtungen sowie andere soziale Dienstleistungen müssen für alle zugänglich sein.

Wie im Rahmen der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung unterstrichen wird, muss Familienpolitik besser auf den gesellschaftlichen und sozialen Wandel reagieren. Dies gilt insbesondere für die immer größere Zahl von allein erziehenden Müttern oder Vätern, die einem höheren Armutsrisiko ausgesetzt sind.

---

[1] Mitteilung der Kommission im Hinblick auf eine EU-Kinderrechtsstrategie KOM(2006) 367

[2] Thematische Studie über politische Maßnahmen zur Bekämpfung der Kinderarmut. Der EU-Sozialschutz und soziale Eingliederungsprozess. Ergebnis strategischer Studien – 10. Europäische Gemeinschaften, Luxemburg 2008

[3] Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Vorschlag für den gemeinsamen Bericht über Sozialschutz und soziale Eingliederung 2009 KOM (2009) 58

[4] Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 23./24. März 2006

[5] Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Eine erneuerte Sozialagenda: Chancen, Zugangsmöglichkeiten und Solidarität im Europa des 21. Jahrhunderts KOM(2008) 412

Kinderarmut kann jedoch nicht isoliert betrachtet werden, sondern muss durch weitere soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Maßnahmen eingedämmt werden. So sind für das Wohlbefinden von Kindern und Jugendlichen nicht nur materielle Aspekte von Bedeutung. Dazu gehören insbesondere auch Gesundheit und Ausbildung – Bereiche, denen in der Lissabon-Strategie und der Sozialagenda Priorität eingeräumt wird.

Wir müssen noch mehr unternehmen, um der sozialen Ausgrenzung von Kindern aus benachteiligten und an den Rand der Gesellschaft gedrängten sozialen Gruppen entgegenzusteuern. Deshalb sind die Mitgliedstaaten dazu aufgerufen, sich den Schwächsten unter den Kindern zu widmen: behinderten Kindern, Kindern aus Migrantenfamilien, aus ethnischen Minderheiten – insbesondere aus Roma-Familien. Ebenso verdienen in Pflegeeinrichtungen betreute Kinder unsere besondere Aufmerksamkeit.

4. Die Wirtschaftskrise

Aufgrund der Wirtschaftskrise wird es in den nächsten Jahren von besonderer Bedeutung sein Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung zu setzen.

Am 3. Juni 2009 veröffentlichte die Kommission im Anschluss an den informellen Beschäftigungsgipfel am 7. Mai die Mitteilung **„Gemeinsames Engagement für Beschäftigung“**.[6]

Die Kommission schlägt darin vor, dass sich die Bemühungen der Mitgliedstaaten auf folgende Punkte konzentrieren sollten:

- Erhaltung von Arbeitsplätzen, Schaffung neuer Arbeitsplätze und Förderung der Mobilität;
- Verbesserung der Kompetenzen und ihre Anpassung an die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt;
- Erleichterung des Zugangs zur Beschäftigung.

Besonders wichtig ist es den jungen Menschen die Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten, die sie brauchen, damit sie nicht den Einstieg in den Arbeitsmarkt verpassen. So sollen die Mitgliedstaaten mit Unterstützung der Kommission, des Europäischen Sozialfonds (ESF) und der Sozialpartner sicherstellen, dass mindestens 5 Millionen junger Europäer bis Ende 2010 eine hochwertige Lehre beginnen können. Unternehmen sollten trotz der Krise weiterhin Praktika anbieten, Strategien zur Verringerung der Zahl der Schulabbrecher rasch entwickelt werden. Junge Arbeitslose sollten nach maximal zwei Monaten eine Ausbildungs- oder Beschäftigungsmöglichkeit erhalten.

5. Die außenpolitische Dimension

Laut Schätzungen sind weltweit 165 Millionen Kinder im Alter von 5 bis 14 Jahren von Kinderarbeit betroffen. Die Kommission unterstützt über die Europäische Initiative für Demokratie und Menschenrechte weltweit Maßnahmen, um die Rechte der Kinder zu stärken und Kinderarbeit einzudämmen.

Die Bekämpfung der Kinderarbeit als eines der zentralen Themen der EU-Menschenrechtsagenda muss auf allen Ebenen angegangen werden und erfordert ein konzertiertes Handeln der Regierungen, der Wirtschaft und der internationalen Gemeinschaft. Die EU verfolgt bei der Abschaffung aller Formen der Kinderarbeit einen umfassenden Ansatz durch den Dialog in den Bereichen Politik, Handel, Entwicklung und Bildung. Wir fordern alle Partnerländer auf, die entsprechenden Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zur Kinderarbeit zu ratifizieren. Handelspräferenzen werden grundsätzlich nur jenen Drittländern gewährt, die die internationalen Menschenrechts- und Arbeitsrechtskonventionen anwenden.

72 Millionen Kinder weltweit gehen nicht in die Schule – davon sind 57% Mädchen. Dabei ist Bildung der Schlüssel, um der Armut zu entkommen. Die Kommission hat auch hier bereits einiges unternommen und dem Rat einen Aktionsplan zur Berücksichtigung der Kinderrechte in den Beziehungen zu Drittstaaten vorgelegt. Derzeit ist eine Studie in Arbeit, die sich mit dem effektivsten Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel zum Kampf gegen Kinderarmut befasst. In den Entwicklungshilfeprogrammen wird allgemeine und freie Grundschulbildung gefördert und eingefordert.

6. Das Jahr 2010

2010 wird ein wichtiges Jahr für die EU-Sozialpolitik: Im Rahmen des europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung werden zahlreiche Aktivitäten durchgeführt werden, um relevante Akteure zusammenzubringen.

Zudem möchte die EU im Jahr 2010 mit der zu erneuernden Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung einen neuen Rahmen für die europäischen Wirtschafts- und Sozialpolitiken festlegen.

Als im März 2000 die Strategie für Wachstum und Beschäftigung ins Leben gerufen wurde, verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs der EU, bis zum Jahr 2010 „die Beseitigung der Armut entscheidend voranzubringen“.[7] Sie kamen überein Anstrengungen zu unternehmen einen breiteren Zugang zum Wissen und zu Lebenschancen zu fördern und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Und dennoch leben immer noch zu viele Menschen ohne Zugang zu grundlegenden Diensten wie etwa Gesundheitsversorgung. Rund 79 Millionen Europäer leben laut aktuellen Daten unterhalb der Armutsgrenze. Dies ist mit den EU-Grundsätzen der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit nicht vereinbar.

---

[6] Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen - Ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung KOM(2009) 257

[7] Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes vom 23./24. März 2000

Als Antwort darauf wurde 2010 zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ erklärt. Im strategischen Rahmenpapier zum Europäischen Jahr wurden folgende Leitprinzipien festgeschrieben:[8]

- Alle Menschen haben **das Recht, in Würde zu leben** und an der Gesellschaft teilzuhaben.
- **Der öffentliche und der private Sektor tragen gemeinsam die Verantwortung** dafür, Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.
- **Die Beseitigung der Armut zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts** kommt allen zugute.
- Zur Erreichung dieses Ziels bedarf es **des Engagements auf allen gesellschaftlichen Ebenen**

Im Haushaltsplan der Gemeinschaft ist für Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung ein Finanzrahmen von 17 Mio. EUR vorgesehen.

Das Instrument zur Förderung direkter Maßnahmen ist der Europäische Sozialfonds (ESF). Allein in Deutschland beträgt das ESF-Fördervolumen 2007-2013 rund 9,4 Milliarden Euro. Davon werden 35% für die „Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie der sozialen Eingliederung benachteiligter Personen“ eingesetzt. Zwar zielen diese Maßnahmen nicht direkt auf die Bekämpfung von Kinderarmut ab. Die Erhöhung der Beschäftigung und die erfolgreiche Bekämpfung von Arbeitslosigkeit sind jedoch Voraussetzungen, um das Armutsrisiko zu verringern.

7. Schluss

Abschließend möchte ich das Positionspapier zur Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut in der EU erwähnen, das die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen vorgelegt hat. Die darin skizzierten politischen Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt, soziale Sicherung, Steuersysteme sowie Transparenz und Datensammlung weisen darauf hin, wie umfangreich die Agenda ist. Die Kommissionsdienste werden die Inhalte des Positionspapiers sorgfältig prüfen.

Die Europäische Kommission ist sich der Bedeutung und der Dringlichkeit des Themas bewusst und wird im Rahmen ihrer Zuständigkeiten den Kampf gegen Kinderarmut innerhalb und außerhalb der EU fortführen. Sie wird die Mitgliedstaaten, deren Beiträge von entscheidender Bedeutung sind, bei ihren Maßnahmen unterstützen. Das bevorstehende Europäische Jahr bietet einen guten Anlass bestehende Aktivitäten zu bündeln, neue Initiativen zu ergreifen und das Bewusstsein in der Öffentlichkeit zu stärken.

GRUSSWORTE

Joakim Pettersson
Politischer Berater im Ministerium für Gesundheit und Soziales, Stockholm

Grußwort

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Teilnehmer,

es ist eine große Ehre für mich, hier und heute im Namen der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft der Europäischen Union meinen Beitrag zur Eröffnung dieser Konferenz über Kinderarmut zu leisten. Mein Glückwunsch geht an die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen für die Auswahl dieses wichtigen Themas für diese Konferenz. Der Kampf gegen die Armut ist einer der Schwerpunkte für die schwedische EU-Ratspräsidentschaft. Diese Initiative hat unsere volle Unterstützung.

Wie Sie schon gehört haben, leben in der EU 78 Millionen Menschen unter Bedingungen, die man als Armut beschreiben kann. Davon sind 19 Millionen Kinder. Armut ist ein schwerwiegendes Problem unserer Gesellschaften. Und Kinderarmut ist ein besonders dringendes Problem, weil Kinder nur wenige Möglichkeiten haben ihre Lebensbedingungen zu beeinflussen und weil sie die Zukunft unserer Gesellschaft sind. Armut ist ein Problem, das von Generation zu Generation weitervererbt wird. Aus Studien wissen wir, dass ein enger Zusammenhang besteht zwischen einer Kindheit in Armut und einem Erwachsenenleben mit schlechter Gesundheit, schlechter Ausbildung und schlechtem Einkommen. Dies ist eine Tragödie für die Betroffenen und ein immenser Verlust für unsere Gesellschaften in ökonomischer Hinsicht.

Durch die gegenwärtige Wirtschaftkrise wird der Kampf gegen die Armut noch dringlicher. Um die sozialen Folgen der Krise abzumildern, müssen wir aktive Eingliederungsstrategien durchsetzen um zu verhindern, dass die Situation sich für Menschen, die sowieso schon vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, noch mehr verschlimmert. Aktive Eingliederungsstrategien sollen die Lebensbedingungen für alle würdig gestalten,

[8] Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010) – Strategisches Rahmenpapier, http://2010againstpoverty.ec.europa.eu, Europäische Kommission, Brüssel

auch für Kinder. Um zu verhindern, dass weitere Gruppen vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen werden, müssen wir vor allem auch die langfristige Perspektive berücksichtigen. Unser langfristiges Engagement zur Förderung des Wachstums, der Beschäftigung und des sozialen Zusammenhalts wird auch einen entscheidenden Einfluss auf die Armut in der EU nehmen. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft wird diese Themen bei zwei Veranstaltungen im November in Stockholm ansprechen: bei der alljährlichen Konferenz am runden Tisch über Armut und soziale Ausgrenzung und einer hochrangigen Konferenz über Arbeitsmarkteingliederung.

Es ist allgemein anerkannt, dass Erwerbstätigkeit der effektivste Weg ist um Armut permanent zu bekämpfen. Erwerbsarbeit hat außerdem einen entscheidenden Einfluss auf Kinderarmut. Die Nordischen Länder liefern hier ein gutes Beispiel mit den niedrigsten Quoten für Kinderarmut in der Europäischen Union und traditionell hohen Beschäftigungsraten für Männer und Frauen. Familienpolitik kann ein wirksames Instrument bei der Bekämpfung der Kinderarmut sein. Dies kann durch finanzielle Unterstützung der Familien geschehen und indem man den Eltern einen gewissen Einfluss auf ihre Situation verleiht und die Möglichkeit gibt, am Arbeitsmarkt teilzuhaben. Ein flexibles System der gesetzlichen Elternzeit mit einem Ausgleich für Einkommensverluste wird es Eltern ermöglichen, dem Arbeitsmarkt weiterhin zur Verfügung zu stehen und sich um ihre Kleinkinder zu kümmern. Flexible und ausreichende Angebote der Kinderbetreuung zu moderaten Preisen sind unabdingbar, damit Eltern weiterhin dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen können.

Es ist jedoch auch wichtig, dass Familienpolitik einspringt und den Eltern die Wahl erleichtert in Fällen, wo es für Familien ansonsten finanziell nicht tragbar, aber zum Besten des Kindes wäre. Dies könnten Maßnahmen sein, die es Eltern erleichtern, problemlos aus der Elternzeit in die Erwerbstätigkeit zurückzufinden. Die aktuelle Diskussion über verschiedene Maßnahmen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Arbeit und Familienleben ist von größter Bedeutung für die Entwicklung von familienpolitischen Maßnahmen in den Mitgliedsländern. Diese Arbeit müssen wir weiterführen, und wir müssen vor allem eine Debatte darüber führen, was Familienpolitik im Interesse der Kinder leisten kann.

Das Wohl der Kinder ist einer der Grundwerte in unserer Gesellschaft. Dies geht eindeutig aus der UN-Kinderrechtskonvention hervor, wo das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard gesondert aufgeführt ist. Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft wird das Problem der Kinderrechte anlässlich eines hochrangigen Treffens in Stockholm am 20. November gezielt thematisieren. Dies wird eine willkommene Gelegenheit sein, den 20. Jahrestag der UN-Kinderrechtskonvention zu feiern. Dies wird auch eine Gelegenheit für Entscheidungsträger sein, die Debatte über eine EU-Strategie für Kinderrechte anzuschieben. Weiterhin wird das Treffen sich der Diskussion über das Gleichgewicht zwischen Familienleben und Arbeit widmen, mit einem besonderen Schwerpunkt auf dem Wohl des Kindes.

Aus der Perspektive der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft möchte ich Ihnen jetzt einen kurzen Überblick über den Zustand der Kinderarmut in Schweden geben. Obwohl Schweden über ein relativ ausgedehntes Wohlfahrtssystem verfügt, leben immer noch zu viele Kinder in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen. Das Armutsrisiko ist besonders hoch für im Ausland Geborene und für alleinerziehende Mütter. Absolut gesehen hat die Kinderarmut jedoch seit der letzten Rezession Mitte der 90er Jahre um 50 % abgenommen. Da die Einkommensunterschiede angewachsen sind, hat die relative Kinderarmut in Schweden jedoch im gleichen Zeitraum etwas zugenommen. Hier muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass das mittlere Einkommen in Schweden in den zurückliegenden Jahren für alle Haushaltstypen zugenommen hat.

Der Kampf gegen Kinderarmut ist im Moment, wegen der weitreichenden Folgen der Wirtschaftskrise, eine der großen Herausforderungen der schwedischen Regierung. Absoluten Vorrang genießt in dieser Situation die Steigerung des Beschäftigungsniveaus und eine Reduzierung des Ausschlusses vom Arbeitsmarkt. Die Aktivierung der Menschen ist ein wichtiger Teil unserer Strategie stärker aus der Krise hervorzugehen, mit positiven Auswirkungen auf die Kinderarmut. Die Diskussion auf EU-Ebene über den Kampf gegen die Armut ist für die schwedische Ratspräsidentschaft wichtig, aber auch für Schweden als Mitgliedsland. Die Zusammenarbeit auf EU-Ebene wird uns und anderen Mitgliedsstaaten dabei helfen unsere Methoden im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in der EU zu verbessern, wo Kinder als Gruppe absolute Priorität genießen.

Nun möchte ich Sie, im Namen der schwedischen EU-Ratspräsidentschaft, dazu ermuntern, diese Gelegenheit zu nutzen und konstruktive und nützliche Debatten über den Kampf gegen Kinderarmut und für die Rechte der Kinder in der Europäischen Union zu führen.

Vielen Dank.

KINDERARMUT UND KINDESWOHL IN DER EU: BEMESSUNG UND EINIGE DAMIT ZUSAMMENHÄNGENDE KERNPROBLEME

Eric Marlier
CEPS/INSTEAD Forschungsinstitut[1], Luxemburg

Der folgende Text beinhaltet die wichtigsten Elemente des Vortrags, den Eric Marlier während der Konferenz am 31. August 2009 gehalten hat.

1. Die Bemessung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf nationaler und auf EU-Ebene: Warum und wie?

Die europäische Kommission und auch die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) benötigen *inter alia* gemeinsam vereinbarte Indikatoren und andere „Statistiken", um ihre Kooperation in verschiedenen Bereichen des Sozialschutzes und der sozialen Inklusion zu unterstützen - die sogenannte „Soziale Offene Methode der Koordinierung (OMK)", die im Jahr 2000 als Teil der *Lissabon-Strategie* ins Leben gerufen wurde.

Dieses Kontrollinstrumentarium der Sozialen OMK wird für sehr spezielle Zwecke benötigt. Insbesondere um:

- internationale Vergleiche **derzeitiger Leistungen,** die EU-Mitgliedsstaaten durch ihre nationalen und sub-nationalen sozialpolitischen Maßnahmen erreichen, zu erleichtern… und so den wechselseitigen Austausch und das wechselseitige Lernen durch gute (und auch schlechte) Praktiken zwischen den Mitgliedsstaaten zu verbessern; und
- den jeweiligen nationalen und den EU-Fortschritt hinsichtlich der sozialen **EU-Zielvereinbarungen** zu messen, auf die sich die EU-Länder und die Europäische Kommission gemeinsam für die Soziale OMK geeinigt haben.

Damit die Kontrollwerkzeuge für ihren Zweck gut geeignet sind, ist es notwendig, dass sie gemäß einer **grundsatzbasierten Herangehensweise** konstruiert werden: Ein spezifisches methodologisches Rahmenwerk wird benötigt, um die spezifischen Kontrollwerkzeuge für die Soziale OMK zu entwickeln.

Dieser Ansatz hat die Einführung der sozialen Indikatoren geleitet, die im Kontext der Sozialen OMK genutzt werden sollen. Einige Grundsätze betreffen jeden einzelnen Indikator, andere wiederum beziehen sich auf das Portfolio in seiner Gesamtheit.[2]

Das Überwachungsinstrumentarium der Sozialen OMK wird gemeinsam von der Europäischen Kommission und den Mitgliedsstaaten auf der Basis empirischer und theoretischer Expertise entwickelt.

Seine Entwicklung verantworten der **EU-Ausschuss für Sozialschutz und seine Untergruppe für Indikatoren**, in denen Repräsentanten aus allen 27 EU-Ländern und der Europäischen Kommission vertreten sind.

Die Arbeit an diesen Instrumenten profitiert auch von wichtigen „externen" Beiträgen: von unabhängigen akademischen Berichten, die für die Europäische Kommission und/oder EU-Präsidentschaften erstellt wurden; von internationalen Konferenzen (EU-Präsidentschaften, Europäische Kommission…); von Studien, die von der Europäischen Kommission beauftragt wurden (z. B. über Kinderarmut und Kindeswohl, Obdachlosigkeit, Überschuldung…); usw.

Das Portfolio des übereinstimmend vereinbarten **Kontrollinstrumentariums zur Überwachung des Bereichs der sozialen Inklusion der Sozialen OMK** deckt Folgendes ab:

- Die bereits vereinbarten Indikatoren umfassen finanzielle Armut (inkl. verfestigter Armut und Armutslücke); Einkommensungleichheit, Zugang zum Gesundheitswesen, Bildung (frühe Schulabbrecher, Bildungsleistung der erwachsenen Bevölkerung und die Lese- und Schreibfähigkeit von Kindern), Arbeitslosigkeit, Langzeitbeschäftigungslosigkeit, Integration von Immigranten auf dem Arbeitsmarkt… und seit 2009: materielle Armut und Wohnsituation.

---

[1] Siehe: www.ceps.lu.

[2] Die methodologischen Grundlagen des Sozialen OMK Kontrollinstrumentariums stimmen überein mit denen, die in der unabhängigen akademischen Studie über EU-Indikatoren für soziale Inklusion von Atkinson, Cantillon, Marlier und Nolan (2002) vorgeschlagen wurden. Diese Studie wurde von der Belgischen Ratspräsidentschaft der EU in Auftrag gegeben. Leser/innen, die an einer detaillierten Diskussion interessiert sind, finden in dieser Studie die ursprünglichen Vorschläge.

Ein Dokument, das im Detail die von der EU vereinbarten methodologischen Grundlagen, die für das Kontrollinstrumentarium der Sozialen OMK genutzt werden, vorstellt, und die aktuellste Liste der Sozialen OMK Indikatoren und „Kontextinformationen" finden Sie hier: *http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=756&langId=en*.

Die Liste umfasst vier Portfolios von Indikatoren und Kontextinformationen: eines für die Soziale OMK als Ganzes (überspannendes Portfolio) und jeweils ein weiteres Portfolio für die drei sozialen Bereiche der Sozialen OMK (Portfolios für Soziale Inklusion, Pensionen und Gesundheit).

- Obendrein wurde ein noch zu füllender Platz für einen oder mehrere „Kindes-Wohlbefinden-Indikatoren“ reserviert, die sich auf Kinder konzentrieren sollen (dies ist eine Fortsetzung der Arbeit der EU-Taskforce für Kinderarmut und Wohlergehen von Kindern).
- Elf „Kontextinformationen”-Statistiken: die Auswirkung von Sozialtransfers auf das Armutsrisiko, Gini, Bezahlung von Arbeit, soziale Hilfe und Armutsrisiko, Gesundheitsunterschiede durch sozio-ökonomischen Status…

Also, seit 2001 wurde ein guter Fortschritt hinsichtlich eines multidimensionalen Werkzeugsatzes von Indikatoren erreicht, auch wenn die Arbeit weiterhin fortgesetzt werden muss. Die große Herausforderung ist es nun, den gesamten Werkzeugsatz voll zu nutzen.[3]

2. Armut und soziale Exklusion von Kindern in der EU: Einige Zahlen, die *inter alia* auf den neuesten zur Verfügung stehenden Einkommensdaten basieren

Obwohl Kinderarmut und soziale Ausgrenzung offensichtlich in der gesamten EU zu den großen Herausforderungen gehören, variieren Ausmaß und Schwere beträchtlich von einem Staat zum anderen (und in vielen Ländern sogar von Region zu Region).

Hier sind einige Beispiele, die auf EU-Indikatoren zurückgreifen, basierend auf der Erhebungswelle 2007 der *Statistik der Europäischen Union über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC)*[4]:

- Betrachtet man die EU-27, besitzen 20% der Kinder ein **Risiko der (Einkommens-) Armut**[5] im Vergleich zu 16% bei der Gesamtbevölkerung. Die Armutsgefährdung der Kinder ist in allen Staaten höher als die der Gesamtbevölkerung, ausgenommen Zypern, Dänemark, Estland, Finnland, Deutschland und Slowenien (in Lettland ist sie identisch: 21%). Das Kinderarmutsrisiko beträgt in zwei Ländern (Bulgarien und Rumänien) 30-33%, variiert in fünf Ländern (Griechenland, Italien, Polen, Spanien und Großbritannien) zwischen 23 und 25%, und beträgt „nur“ 10-12% in fünf Ländern (Zypern, Dänemark, Finnland, Slowenien und Schweden).
- Die nationalen **Armutsschwellen** fallen in der EU höchst unterschiedlich aus. Für einen Haushalt, der aus zwei Erwachsenen und zwei Kindern besteht, reichen die nationalen Schwellen (monatliche Mengen, ausgedrückt in Kaufkraftstandards (PPS)[6]) von weniger als 750 PPS in 8 Ländern (alle diese Länder sind neuere Mitgliedsstaaten) zu mehr als 1600 PPS in 12 Ländern (alle ältere Mitgliedsstaaten, ausgenommen Zypern). In Bulgarien und Rumänien liegt die entsprechende nationale Schwelle um 300 bis 350 PPS, im Gegensatz zu ungefähr 2000 PPS in Großbritannien und 3000 PPS in Luxemburg.
- Die Armutsrisikoquote wäre weit höher, wenn es keine **sozialen Transferleistungen** gäbe. Für die gesamte EU senken die Sozialleistungen (Alterspensionen und Altersrenten ausgenommen) im Durchschnitt den Prozentsatz der armutsgefährdeten Kinder um 39%. Dies ist ein höherer Effekt als bei der Gesamtbevölkerung (35%). In Finnland und Schweden verringern soziale Transferleistungen das Kinderarmutsrisiko um 64 bis 67%. Im Kontrast hierzu ist in Bulgarien, Griechenland, Rumänien und Spaniern nur eine Verringerung von maximal 20% festzustellen (gilt auch für die Gesamtbevölkerung). Diese Zahlen reflektieren sowohl die Bandbreite des Ausgabenniveaus als auch den Umfang, mit dem Leistungen auf Familien mit einem geringen Einkommen ausgerichtet werden.
- Es ist unabdingbar, die Information über das Armutsrisiko mit der Information über die Intensität dieses Risikos zu ergänzen: die Armutsgefährdungslücke zeigt „wie arm die armen Kinder sind”. Die **Armutsgefährdungslücke**[7] reicht für Kinder von 13% in Finnland und 15% in Frankreich bis zu 40% in Rumänien und 44% in Bulgarien. Bulgarien und Rumänien sowie Griechenland, Italien, Lettland, Litauen, Polen, Portugal und Spanien sind Länder, in denen sowohl das Armutsrisiko der Kinder *und* die Armutsgefährdungslücke der Kinder höher sind als im EU-Durchschnitt; Luxemburg und Großbritannien befinden sich gerade an der Grenze.

---

[3] Vgl. für konkrete Vorschläge diesbezüglich: Marlier, Atkinson, Cantillon und Nolan (2007).
[4] Siehe die web-site von Eurostat, der Statistikbehörde der Europäischen Gemeinschaften: *http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/statistics/themes.*
[5] Ein Kind mit „Armutsrisiko” ist ein Kind, das in einem Haushalt mit „Armutsrisiko” lebt, d.h. in einem Haushalt, dessen durchschnittliches Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60% des nationalen durchschnittlichen Nettoäquivalenzeinkommens beträgt. Kinder sind Personen unter 18 Jahren.
[6] PPS (Kaufkraftstandards) sind „künstliche Euros”, welche die Unterschiede in den Lebenshaltungskosten in den unterschiedlichen Mitgliedsstaaten korrigieren.
[7] Die Armutsrisikolücke misst den Abstand zwischen dem Median-Äquivalenzeinkommen der Menschen unter der Armutsgefährdungsschwelle und dem Wert der Armutsgefährdungsschwelle; sie wird ausgedrückt als ein Prozentsatz der Schwelle.

- Der Prozentsatz der Kinder, die von **materieller Armut**[8] betroffen sind, ist identisch mit dem, welcher durch das (Einkommens-) Armutsrisiko betroffen ist (20%). Jedoch variiert die materielle Armut in einem bedeutend größeren Ausmaße zwischen den Mitgliedsstaaten: von 4-10% (in Luxemburg, den drei Nordländern, den Niederlanden und Spanien) bis hin zu 39-43% (in Ungarn, Lettland und Polen), 57% (Rumänien) und 72% (Bulgarien), wogegen die Bandbreite für die Armutsrisikorate von „nur" 10% bis hin zu 33% reicht. Es ist wichtig, das Armutsrisiko und die materielle Armut in Bezug zueinander zusetzen, da diese Indikatoren sich einander ergänzende Informationen beinhalten (siehe Marlier *et al*, in Kürze erscheinend). In sieben Ländern ist das Verhältnis zwischen dem Anteil der materiellen Armut von Kindern und dem des Armutsrisikos von Kindern höher als 1,6 (Bulgarien, Zypern, Ungarn, Lettland, Polen, Slowakei und Rumänien; das höchste Verhältnis in Bulgarien (72%/30%=2,4) und Zypern (28%/12%=2,3)). Im anderen Extrem beträgt dieses Verhältnis weniger als 0,6 in Luxemburg, Niederlanden, Schweden und Spaniern (das niedrigste Verhältnis findet man im Falle Luxemburgs: 4%/20%=0,2).

Ein weiteres Beispiel, das von einem EU-Indikator stammt, der auf der Basis der *EU-Arbeitskräfteerhebung (LFS)*[9] errechnet wurde, bezieht sich auf Kinder aus **Haushalten ohne Erwerbsarbeit**. In einem Haushalt zu leben, in dem sich niemand in einem entlohnten Arbeitsverhältnis befindet, wird höchstwahrscheinlich sowohl die aktuellen Lebensbedingungen der Kinder als auch die Rahmenbedingungen für ihre zukünftige Entwicklung stark beeinflussen.

Durchaus lässt das Fehlen eines erwerbstätigen Erwachsenen im Haushalt des Kindes nicht nur die Frage nach potentiellen finanziellen Problemen aufkommen; sie kann auch die aktuellen oder zukünftigen Möglichkeiten beschränken, vollständig an der Gesellschaft teilzuhaben.

Der EU-LFS 2007 zeigt, dass fast 9,4% der EU-Kinder in erwerbslosen Haushalten lebt, von 2,2-3,9% (in Zypern, Griechenland, Luxemburg und Slowenien) bis hin zu 12,0% in Belgien, 12,8% in Bulgarien, 13,9% in Ungarn und 16,7% in Großbritannien. In Bezug auf den Anteil der Erwachsenen (18-59 Jahre), die in erwerbslosen Haushalten leben, ist der EU-Durchschnitt fast identisch (9,3%), die Bandbreite der nationalen Quoten fällt jedoch geringer aus: von 4,7% in Zypern bis zu 12,3% in Belgien.

Um das Ausmaß, das die Erwerbsarbeit der Eltern zu dem Einkommen des Haushaltes beiträgt, besser zu verstehen, muss berücksichtigt werden, wie viele Eltern im Haushalt erwerbstätig sind, ob sie Teilzeit oder Vollzeit arbeiten und ob sie ganzjährig oder nur einen Teil des Jahres erwerbstätig sind.

Hierzu hat die EU eine Aufschlüsselung des Armutsrisikos durch die **Arbeitsintensität (WI) des Haushaltes** übernommen. Diese WI berücksichtigt nur Erwachsene im Erwerbstätigenalter. Sie reicht von 0 (niemand in bezahlter Erwerbstätigkeit während des gesamten Einkommen-Referenz-Jahres) bis zu 1 (alle Erwachsenen im Erwerbstätigenalter im Haushalt arbeiten Vollzeit während des gesamten Einkommen-Referenz-Jahres).

Der Erhebungswelle 2007 der EU-SILC zufolge:

- Kinder, die in Haushalten mit der WI 0 leben, haben ein sehr hohes Armutsrisiko: das EU Durchschnittsrisiko für diese Kinder ist 70%, beginnend mit 47-49% in Dänemark und Finnland bis hin zu 81-90% in Bulgarien, der Tschechischen Republik, Estland, Litauen, Portugal, Rumänien und Slowakei.
- Obwohl Kinder, die in Haushalten mit einer WI von 1 leben, ein weitaus geringeres Armutsrisiko besitzen, liegt ihr Armutsrisiko in der gesamten EU noch bei 8%. Dies variiert von 3-4% (Belgien, Bulgarien, Zypern, Tschechische Republik, Dänemark, Finnland, Malta, Slowenien) bis zu 11-13% (Griechenland, Lettland, Luxemburg, Polen) und 24% in Rumänien.
- Für Kinder, die in Haushalten mit einer WI unter 1, jedoch höher als oder gleich 0,5 leben, beträgt der EU-Durchschnitt 22%, wobei die nationalen Zahlen von 11-12% (Tschechische Republik, Dänemark, Finnland, Deutschland) bis zu 31-35% (Italien, Portugal, Rumänien, Spanien) reichen.

Eine Kernaussage der Sozialen OMK ist das multidimensionale Wesen der Kinderarmut und der sozialen Ausgrenzung. Dies wurde von mehreren Mitgliedern des EU-Netzwerkes unabhängiger Expert/innen im Bereich Sozialer Eingliederung in ihren nationalen Berichten über Kinderarmut und soziale Ausgrenzung 2007 hervorgehoben (Frazer und Marlier, 2007). So haben beispielsweise die Experten für Großbritannien ausgeführt:

„Kinderarmut ist wichtig, weil es eine Menge Beweise gibt, die kürzlich in einem Dokument des britischen Finanzministeriums untersucht wurden,

[8] Ursprünglich vorgeschlagen von Guio (2009), verbessert dieser Indikator deutlich den multi-dimensionalen Erhebungsumfang des EU-Portfolios für soziale Inklusion. Basierend auf der nur eingeschränkten Information des EU-SILC Datensatzes, konzentriert er sich auf den Prozentsatz der Menschen, die in Haushalten leben, welche sich mindesten drei Dinge von den folgenden neun nicht leisten können: 1) mit unerwarteten Ausgaben fertig werden; 2) eine Woche Jahresurlaub nicht zuhause verbringen; 3) Schuldenvermeidung (Hypothek oder Miete, Rechnungen für Wasser- und Energieversorgung oder Ratenkaufzahlungen); 4) eine Mahlzeit mit Fleisch, Hühnchen oder Fisch jeden zweiten Tag; 5) das Haus adäquat warm halten; 6) eine Waschmaschine; 7) ein Farbfernseher; 8) ein Telefon; 9) ein Auto.

[9] Siehe Eurostat web-site.

dass arme Kinder ein eingeschränktes Leben leben, einhergehend mit einem schlechteren Gesundheitszustand, einer schlechteren Ernährung, kälteren und eher renovierungsbedürftigen Wohnsituationen, einem höheren Risiko für Unfälle und Verletzungen. Sie sind stärker physischem Missbrauch und generell mehr Drangsalierungen ausgesetzt und haben zudem weniger Zugang zu Kinderbetreuungseinrichtungen. Ihre schulischen Leistungen sind schlechter und auch ihre Ergebnisse in Bezug auf Fertigkeiten und Arbeitsplätze fallen negativer aus. Eine aktuelle Untersuchung, die auf Daten der Erhebung der Geburtenjahrgangsgruppe 1980 zurückgreift, zeigt, dass die schon im Alter von 22 Monaten bestehenden Nachteile Wirkung auch auf das Berufsleben und den Verdienst im späteren Leben entfalten." *(Bradshaw und Bennett, 2007)*

Wir können an dieser Stelle nicht das Beweismaterial für das **multidimensionale Wesen der Kinderarmut und der sozialen Ausgrenzung** überprüfen, aber es ist wichtig, dies im Hinterkopf zu behalten, wenn man die einzelnen sozialen Indikatoren für die Situation der Kinder analysiert und nationale Ergebnisse vergleicht.

Es ist ebenfalls wichtig im Hinterkopf zu behalten, dass das Aufwachsen in Armut die persönliche Entwicklung einschränkt und langfristige Folgen für die Entwicklung und das Wohlergehen der Kinder und ihren zukünftigen Gesundheitszustand sowie ihr Wohlergehen als Erwachsene mit sich bringt. Es erhöht ihr Risiko arm zu sein und Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung als Erwachsene zu erleben. Das Ausmaß, in dem Armut von einer Generation zur nächsten vererbt wird, ist ein damit zusammenhängendes und immer wiederkehrendes Thema. Beweismaterial für die **Langzeitwirkung und die Vererbung von Generation zu Generation** ist schwierig zu sammeln, muss aber auch sorgfältig analysiert werden.[10]

3. Die EU-Taskforce für Kinderarmut und das Wohlergehen von Kindern: Typologie der Länder

Die „EU-Taskforce für Kinderarmut und das Wohlergehen von Kindern" (TF) wurde vom EU-Ausschuss für Sozialschutz (SPC) im November 2006 ins Leben gerufen. Der Schlussbericht wurde von allen 27 EU-Staaten und der Europäischen Kommission im Januar 2008 angenommen (Social Protection Committee, 2008) und ist daher nun Teil des **EU „Acquis"** und **sollte als solcher eingesetzt werden** (was gegenwärtig nicht der Fall ist).

Besonders wichtig ist hierbei: Der TF-Bericht beinhaltet den **ersten echten Benchmarking-Versuch**, der jemals auf der Ebene der EU gemacht worden ist - und er ist bis heute der einzige… . Er basierte fast ausschließlich auf den gemeinsam vereinbarten Indikatoren, die im Kontext der Sozialen OMK angenommen wurden.

Obwohl es weitere wichtige Themen gibt, die in dem TF-Bericht behandelt werden, richtet sich mein Hauptaugenmerk auf diesen Benchmarking-Versuch.

Die Typologie der Mitgliedsstaaten, die ich kurz vorstellen werde, basiert auf der TF-Methodologie, aber mit den von 2005 bis 2006 aktualisierten Zahlen.[11] Die Europäische Kommission hat eine Studie in Auftrag gegeben, die *inter alia* die TF-Typologie mit aktuelleren Zahlen auffrischen (und möglicherweise verfeinern) wird. Auch sollen Vorschläge für potentielle Indikatoren für das Wohlergehen von Kindern (siehe oben) an den SPC und seine Untergruppe für Indikatoren erarbeitet werden. Die Ergebnisse sollen Anfang 2010 veröffentlicht werden (Tarki und Applica, in Kürze erscheinend).

Die Konstruktion der Typologie:

- Erstens: in jedem Mitgliedsstaat wird das Ergebnis des Kinderarmutsrisikos (CPR) durch eine Punktzahl beurteilt, die die relative Situation der Kinder im Land zusammenfasst, und zwar in Bezug auf:
  - das Armutsrisiko für die gesamte Bevölkerung im Land;
  - das durchschnittliche Armutsrisko für Kinder in der gesamten EU; und
  - die durchschnittliche Intensität des Armutsrisikos für Kinder (d.h. Armutslücke) auf der EU-Ebene.
- Zweitens: Die Resultate des nationalen Armutsrisikos für Kinder werden mit anderen (relativen) Werten, die vergleichbar erstellt wurden, in Relation gebracht:
  - Kinder in arbeitslosen Haushalten;
  - Kinder in Haushalten mit Erwerbstätigen-Armut; und
  - Einfluss von sozialen Transferleistungen (ausgenommen Altersrenten und Pensionen) auf das Armutsrisiko von Kindern.

Vier Gruppen von (EU-25) Mitgliedsstaaten wurden von der TF in Bezug auf die wichtigsten Herausforderung(en), denen sie gegenüberstehen (d.h. bei welchen sie die meisten „-" Zeichen haben) ermittelt. Dies ist keinesfalls als ein „mit dem Finger auf jemanden zeigen" gemeint, sondern als konkretes Beispiel für das einzigartige Potential des **kontextualisierten Benchmarkings**, das als Teil der Sozialen OMK unternommen wurde.

---

[10] Nationale aufgefrischte Zahlen (und Aufschlüsselungen) für die verschiedenen gemeinsam vereinbarten Indikatoren, die für die Überprüfung der Sozialen OMK genutzt werden, sind auf der Eurostat web-site zu finden.

[11] Diese Zahlen von 2006 stammen von Maquet und Guio, 2008. Anmerkung: die von mir gerade präsentierten Zahlen sind für 2007; jedoch ist diese Typologie für die Zahlen von 2007 nicht vorhanden.

GRUPPE A

	Child poverty risk outcomes	Children living in jobless hhds	Children living in hhds confronted with in-work poverty risk	Impact of social transfers (excl. pensions) on child poverty risk
AT	+	+	++	++
CY	+++	+	+++	+
DK	+++	+	+++	++
FI	+++	++	+++	+++
NL	+	+	+	+
SE	+	(++)	++	++
SI	++	+++	+++	++

Source: Maquet and Guio, 2008

Gruppe A (Österreich, Zypern, Dänemark, Finnland, die Niederlande, Schweden und Slowenien) ist die Spitzengruppe in Bezug auf das Armutsrisiko für Kinder. Wie Sie aus dieser Tabelle ersehen können, sind die am besten abschneidenden Staaten die, die **gut abschneiden und sogar in allen Bereichen an der Spitze liegen**. In diesen Ländern tendieren die Haushalte mit Kindern zu der Kombination von:

- (relativ) niedrigen Niveaus der Arbeitslosigkeit;
- (relativ) niedrigen Niveaus von Erwerbstätigen-Armutsrisiko; und
- (relativ) effektiven sozialen Transferleistungen.

Dennoch sollten sich diese Staaten offensichtlich nicht auf ihren Lorbeeren ausruhen. Sie müssen weiterhin wachsam sein und ihre Leistungen verbessern - nicht nur im Sinne der CPR-Ergebnisse, sondern auch, breiter gefasst, in Bezug auf das Kindeswohl, das von dieser Typologie nicht erfasst wird.

GRUPPE B

	Child poverty risk outcomes	Children living in jobless hhds	Children living in hhds confronted with in-work poverty risk	Impact of social transfers (excl. pensions) on child poverty risk
BE	+	--	+++	+
CZ	-	--	+	+
DE	++	--	+++	+++
EE	--	--	+	-
FR	++	-	++	++
IE	-	---	+	+
SK	-	---	+	+

Source: Maquet and Guio, 2008

Gruppe B (Belgien, Tschechische Republik, Deutschland, Estland, Frankreich, Irland und Slowakei) besteht aus Staaten mit relativ guten bis unterdurchschnittlichen Ergebnissen für das Armutsrisiko. Die Hauptsorge besteht hier in dem **hohen Prozentsatz von Kindern in arbeitslosen Haushalten**. Deutschland und Frankreich konnten das Risiko der Kinderarmut begrenzen (und erhalten sogar ein „++“ Kinderarmutsrisiko in der ersten Tabellenspalte), was auf den relativ hohen und effektiven Sozialtransferleistungen beruht. In all diesen Ländern ist die Politik darauf ausgerichtet, dass sich Arbeit bezahlt macht und dass der Zugang zu qualifizierter Arbeit für Eltern, die sich vom Arbeitsmarkt am meisten entfernt haben, erleichtert wird. All dies kann erheblich zur Verminderung des Armutsrisikos für Kinder beitragen.

GRUPPE C

	Child poverty risk outcomes	Children living in jobless hhds	Children living in hhds confronted with in-work poverty risk	Impact of social transfers (excl. pensions) on child poverty risk
HU	---	---	-	+
MT	-	--	--	-
UK	--	---	--	+

Source: Maquet and Guio, 2008

Gruppe C (Ungarn, Malta und Großbritannien) besteht aus Ländern mit durchschnittlichen bis schlechten Ergebnissen für das Armutsrisiko von Kindern. In diesen Ländern addiert sich zur hohen Arbeitslosenquote der Eltern auch das Armutsrisiko für erwerbstätige Eltern. (In Großbritannien betrifft Arbeitslosigkeit besonders Alleinerziehenden-Haushalte, wogegen sie in Ungarn und Malta vor allem Paare mit Kindern betrifft.) In diesen Staaten könnte ein anderer Maßnahmen-Mix dazu beitragen, dass:

- Eltern in Arbeitslosen-Haushalten Zugang zu qualifizierten Jobs erhalten; und/oder
- die Beteiligung der Zweitverdiener auf dem Arbeitsmarkt verbessert wird.

Großbritannien und Ungarn schaffen es, das Risiko für Kinderarmut durch Sozialleistungen etwas abzuschwächen, während es in Malta vor allem die starken Familienstrukturen sind, die das Armutsrisiko für Kinder verringern.

GRUPPE D

	Child poverty risk outcomes	Children living in jobless hhds	Children living in hhds confronted with in-work poverty risk	Impact of social transfers (excl. pensions) on child poverty risk
EL	--	+++	--	---
ES	---	+	---	---
IT	---	++	---	--
LT	---	+	--	--
LU	--	+++	--	+
LV	---	-	--	--
PL	---	-	--	--
PT	--	+	--	--

Source: Maquet and Guio, 2008

Gruppe D (Griechenland, Spanien, Italien, Litauen, (Luxemburg), Lettland, Polen und Portugal) besteht aus Ländern, die ein relativ hohes Armutsrisiko für Kinder aufweisen. Obwohl sie geringe bis sehr geringe Anteile von Kindern in arbeitslosen Haushalten aufweisen, sind sie durch sehr hohes Armutsrisiko in erwerbstätigen Familienhaushalten charakterisiert. Der Hauptfaktor für das Risiko von Erwerbsarmut liegt in diesen Ländern bei der niedrigen Arbeitsintensität, die mit Niedriglöhnen einhergeht.

Die äußerst geringen Auswirkungen der Sozialleistungen sind außerdem sehr charakteristisch in diesen Ländern mit Ausnahme von Luxemburg (das in dieser Typologie ein Sonderfall ist). In vielen Ländern spielen die Familienstrukturen und die generationsübergreifende Solidarität eine große Rolle bei der Abmilderung dieser negativen Effekte.

Länder dieser Gruppe könnten umfassende Strategien entwickeln, um das Familieneinkommen besser zu unterstützen und den Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen zu erleichtern, insbesondere auch für Zweitverdiener.

4. EU-Taskforce für Kinderarmut und das Wohlergehen von Kindern: Kernempfehlungen zur Bemessung und zum Monitoring

Abgesehen von dem detaillierten Benchmarking-Versuch, bietet der TF-Bericht auch konkrete Empfehlungen. Empfehlungen…

… zugunsten der Entwicklung eines Instrumentariums für ein adäquates Monitoring der Maßnahmen und der Effizienz dieser Maßnahmen auf (sub-)nationalen Ebenen.

… für evidenzbasierte Zielsetzungen und Maßnahmen sowie für *Zielgerichtetheit*

… für eine regelmäßige EU-Berichterstattung über Kinderarmut und Kindeswohl (von der Europäischen Kommission und den EU-Staaten)

… für Indikatoren, um die verschiedenen Aspekte des Kindeswohls auf Landesebene und auf EU-Ebene besser beobachten zu können (finanzielle und nicht-finanzielle Aspekte)

… für adäquate statistische Entwicklungen auf (sub-)nationalen Ebenen und auf EU-Ebene.

Diese Empfehlungen sind daher auch Teil der EU *Acquis* und sollten als solche genutzt werden. Jedoch müssen die meisten von ihnen erst noch konkret implementiert werden.

5. Das soziale Engagement der EU fördern

Um das soziale Engagement der Mitgliedsstaaten und der EU als Ganzes wirklich zu fördern, sollte es eine der Hauptzielsetzungen des Europäischen Jahres gegen Armut und soziale Ausgrenzung 2010 sein, die **Ausarbeitung von Planzielen zu einer der zentralen und deutlich sichtbaren Charakteristika der Sozialen OMK** zu machen.

Es sollte ein System eingeführt werden, bei dem jedes Land in einen **Dialog mit der Kommission** eintreten sollte, um über geeignete nationale (und möglicherweise sub-nationale) Zielsetzungen zu diskutieren und dann auch anzunehmen.

Diese Ziele sollten auf einer gründlichen Analyse basieren und die Verpflichtung des Landes gegenüber der Europäischen Union zeigen, sich für das EU-Gesamtziel einzusetzen, einen entscheidenden Fortschritt bei der Bekämpfung der allgemeinen Armut und sozialen Ausgrenzung zu erzielen … speziell bei Kinderarmut und sozialer Ausgrenzung. In einigen Fällen würden dabei auch Zwischenzielsetzungen notwendig sein. Ergebnisbezogene Zielsetzungen würden durch angemessene Soll-Ziele ergänzt werden müssen.

Wenn diese Zielsetzungen von den einzelnen Mitgliedsstaaten angenommen worden sind, sollten sie weithin publiziert werden. Fortschritte bei ihrer Verwirklichung sollten sorgfältig und regelmäßig überprüft und veröffentlicht werden (als Anzeiger - **scoreboard**).

Dieser Dialog zwischen der Kommission und den einzelnen Ländern sollte auch die Verpflichtung aller Mitgliedsstaaten beinhalten, ihre Leistungen in jedem wichtigen Sektor der Sozialpolitik, darunter Leistungen in Bezug auf Armutsrisiko, Gesundheit, Ausbildung, Unterkunft, Beschäftigung, aktive Einbeziehung usw. zu verbessern. Wir brauchen dringend in jedem Land eine Verbesserung in allen Schlüsseldimensionen der Armut und der sozialen Ausgrenzung – und in diesem Kontext müssen die Fortschritte bei der sozialen Eingliederung und dem Kindeswohl sorgfältig überprüft werden.

Die Indikatoren der Sozialen OMK, die ich weiter oben kurz angeführt habe, spielen eine Schlüsselrolle, da sie Vergleichswerkzeuge zum Monitoring echter Fortschritte in den verschiedenen sozialen Dimensionen sowohl bei den einzelnen Ländern als auch bei der EU als Ganzes bieten.

Diese **nationalen Verpflichtungen zur Lieferung**, die man als seine Art „sozialer Liefervertrag" zwischen jedem einzelnen Land und der Union als Ganzes (repräsentiert durch die Kommission als unabhängige EU-Einrichtung) ansehen kann, wären ein entscheidender Schritt in Richtung sozialer Fortschrittspakt und der dazugehörigen jährlichen Auswertung des Anzeigers, wie sie vom Europäischen Anti-Armuts-Netzwerk (EAPN) gefordert wird. Diese Ziele wären auf einer Linie mit dem Geist der Sozialen Offenen Methode der Koordinierung und auch mit dem Subsidiaritätsprinzip, denn die endgültige Entscheidung über die nationalen Ziele wird weiterhin bei den einzelnen Staaten liegen.

Seminare und Analysen könnten durchgeführt werden, um den (fehlenden) Fortschritt zu diskutieren und die Maßnahmenverbesserung durch korrekt kontextualisiertes Benchmarking weiterzuentwickeln.

Zum Schluss, und direkt mit diesem Thema zusammenhängend, ist es höchste Zeit, **einen weitaus drastischeren Ansatz zur Überprüfung und Evaluierung der Maßnahmen** vorzustellen. Er richtet den Fokus stärker auf die tatsächlichen Ergebnisse als auf das Verfahren und geht mit einer unabhängigeren kritischen Analyse des bezüglich der Ziele erreichten Fortschritts einher. In diesem Kontext möchte ich vier Schlüsselprioritäten hervorheben:

a) die gemeinsam vereinbarten EU-Sozialindikatoren sollten systematischer in das Monitoring der Mitgliedsstaaten und die analytischen Rahmenwerke einbezogen werden - mit Blick auf das wechselseitige Lernen;
b) die statistische und analytische Kapazität sollte auf der EU-Ebene sowie den nationalen und sub-nationalen Ebenen verbessert werden;
c) Sozialverträglichkeitsprüfungen sollten in allen

relevanten politischen Arbeitsbereichen entwickelt und spezifische Expertengutachten sowie transnationale Austauschprojekte genutzt werden, um Wissen in diesem komplexen Gebiet aufzubauen (in dieser Hinsicht könnten soziale Experimente eine wichtige Fährte für weitere Forschungen sein); und

d) alle Staaten sollten verpflichtet werden, formale Regelungen zu treffen, um die zivilgesellschaftlichen Organisationen und unabhängigen Experten wirklich bei der Beobachtung und Überprüfung der sozialen Inklusionsmaßnahmen auf einer permanenten Grundlage mit einzubeziehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Literaturhinweise

Atkinson, T., Cantillon, B., Marlier, E. and Nolan, B. (2002), *Social Indicators: The EU and Social Inclusion*, Oxford University Press, Oxford.

Bradshaw, J. and Bennett, F. (2007), *Tackling child poverty and promoting the social inclusion of children: a study of national policies*, Brussels: European Commission.

European Commission (2009), *Portfolio of indicators for the monitoring of the European strategy for social protection and social inclusion - 2009 update*, Brussels: European Commission. Available from: http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=756&langId=en.

Frazer, H. and Marlier, E. (2007), *Tackling child poverty and promoting the social inclusion of children in the EU – Key lessons*, Independent overview based on the 2007 first semester national reports of the national independent experts on social inclusion, Brussels: European Commission. Available from: http://www.peer-review-social-inclusion.eu/network-of-independent-experts/2007/reports/first-semester-2007/synthesis-report-2007-1.

Guio, A.-C. (2009), *What can be learned from deprivation indicators in Europe?*, Luxembourg: Eurostat. Available from: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-RA-09-007/EN/KS-RA-09-007-EN.PDF

Maquet, I., and A.–C. Guio (2008). *Fighting child poverty in the European Union: how international benchmarking can contribute to awareness raising and enhance delivery at EU and national level. Paper presented at the conference on „Rethinking Poverty: Making Policies Work for Children", organized by the United Nations Children's Fund (UNICEF) and the Graduate Programme in International Affairs, New School University*, New York, 21-23 April 2008. Available from: http://www.equityforchildren.org/.

Marlier, E., Atkinson, A.B., Cantillon and B., Nolan, B. (2007), *The EU and Social Inclusion: Facing the challenges*, Bristol: The Policy Press.

Marlier, E., Cantillon, B., Nolan, B., Van den Bosch, K., and Van Rie, T. (forthcoming), *Developing and learning from measures of social inclusion in the EU*, in D.J. Besharov & K.A. Couch (Vol. Eds.), D.J. Besharov & N. Gilbert (Series Eds.), International policy exchange series. New York: Oxford University Press.

Social Protection Committee (2008), *Child Poverty and Well-Being in the EU: Current status and way forward*, Luxembourg: office for Official Publications of the European Communities. Available from: http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=751&langId=en&pubId=74&type=2&furtherPubs=yes.

Tarki and Applica (forthcoming), *Child Poverty and Well-Being in the European Union*, Report for the European Commission.

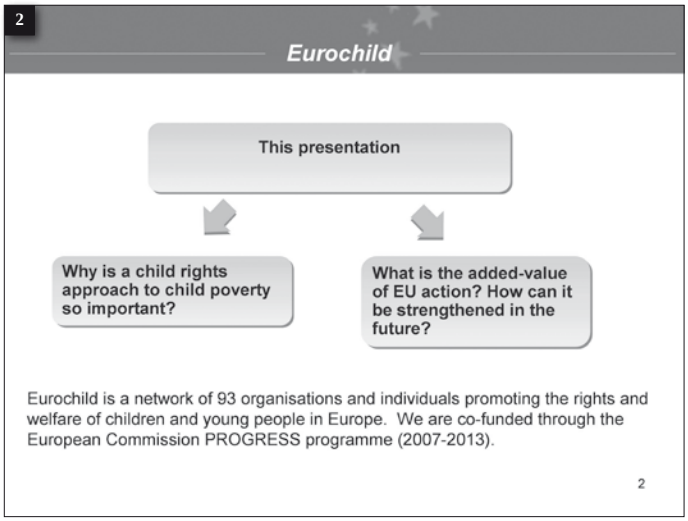
KINDERARMUT IN DER EU
AUS DER PERSPEKTIVE DER KINDERRECHTE

Jana Hainsworth
Generalsekretärin Eurochild AISBL, Brüssel

1 | Guten Tag. Ich danke der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen im Namen von Eurochild für die Einladung zu dieser wichtigen Veranstaltung. Sie kommt wie gerufen. Nächstes Jahr, 2010, ist das Europäische Jahr gegen Armut und Soziale Ausgrenzung. Wir haben gehört, dass etwa 19 Millionen Kinder aus den verschiedensten Gründen von Armut bedroht sind. Die Lage ist im Moment, da die Wirtschafts- und Finanzkrise voll ausgebrochen ist und sich zur sozialen Krise für Familien und Kinder auswächst, ganz besonders besorgniserregend. Wir müssen dafür sorgen, dass das Problem ganz oben auf der Tagesordnung bleibt, und so begrüße ich auch das Positionspapier. Ich werde meine Kommentare darüber in diesem kurzen Vortrag darlegen.

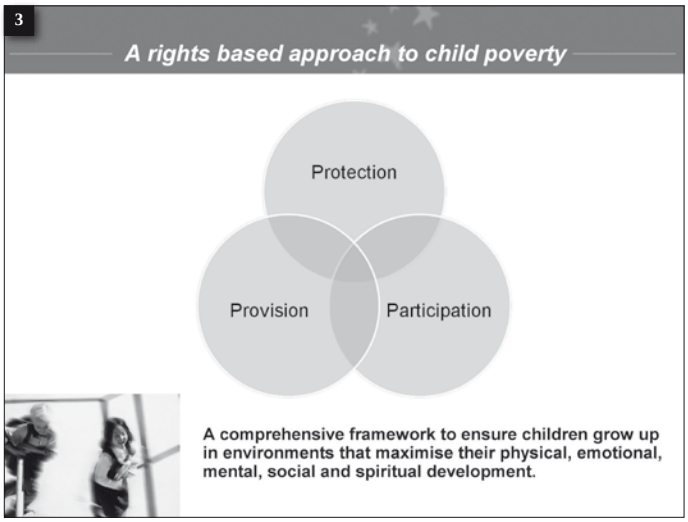
2 | Dabei werde ich mich auf zwei Hauptaspekte konzentrieren. Zunächst werde ich darlegen, warum wir glauben, dass der Ansatz über die Kinderrechte bei Kinderarmut besonders wichtig ist. Danach werde ich beleuchten, welchen Mehrwert Aktionen auf der Ebene der Europäischen Union bringen, und wie wir glauben, diesen in Zukunft noch steigern zu können.

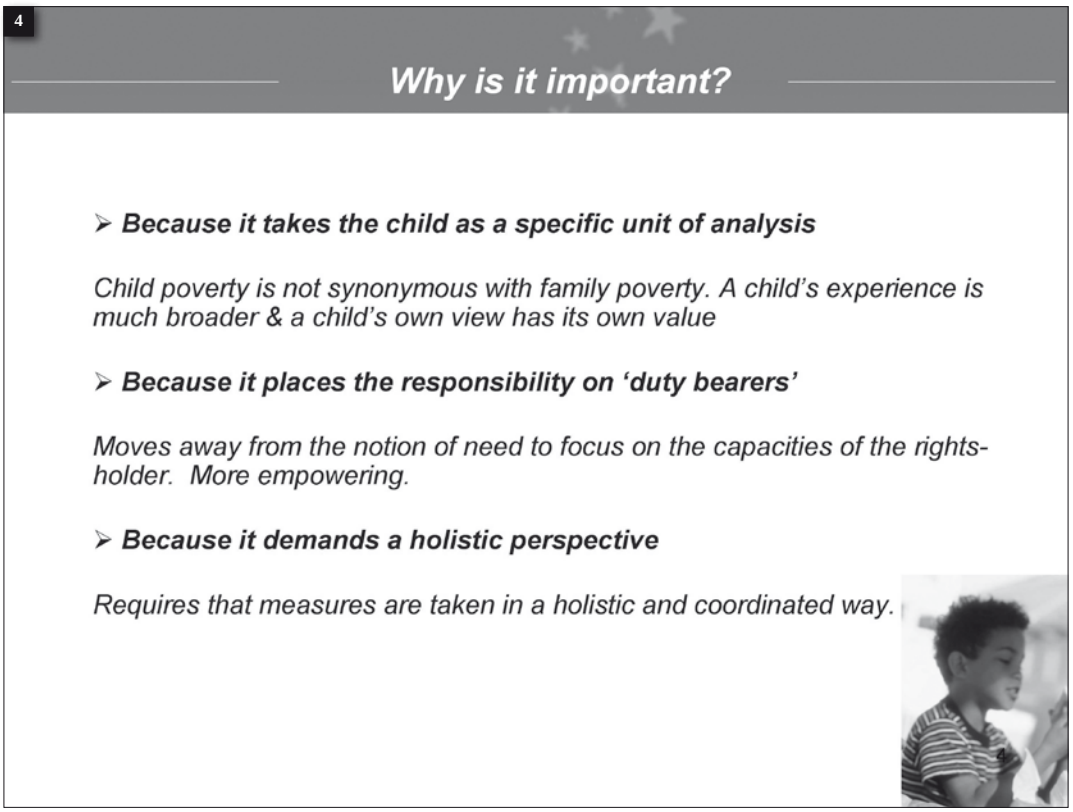
Um Eurochild kurz vorzustellen: Wir sind ein paneuropäisches Netzwerk von Organisationen und Individuen für das Wohlergehen und die Rechte von Kindern. Wir haben 93 Mitgliedsorganisationen, die in allen 27 Mitgliedsstaaten und einigen angrenzenden Ländern tätig sind. Wir werden mitfinanziert durch das PROGRESS Programm, das Finanzierungsprogramm der Europäischen Union, das die Offene Methode der Koordinierung für soziale Eingliederung und Sozialschutz, von dem Sie schon mehrfach gehört haben, unterstützend begleitet.



3 | Warum ist der Ansatz über die Rechte des Kindes so wichtig bei dem Problem der Kinderarmut?

Die UN-Kinderrechtskonvention (im Nachfolgenden UN-KRK genannt) wurde 1989 verabschiedet und ist die meist-ratifizierte Konvention weltweit, auch die USA wird sie jetzt unterzeichnen. Nur Somalia weigert sich beizutreten. Sie arbeitet auf drei Gebieten: dem Kinderschutz, der Zurverfügungstellung von Dienstleistungen und, besonders wichtig, der Beteiligung von Kindern. Wir glauben, dass der Ansatz über die Kinder-



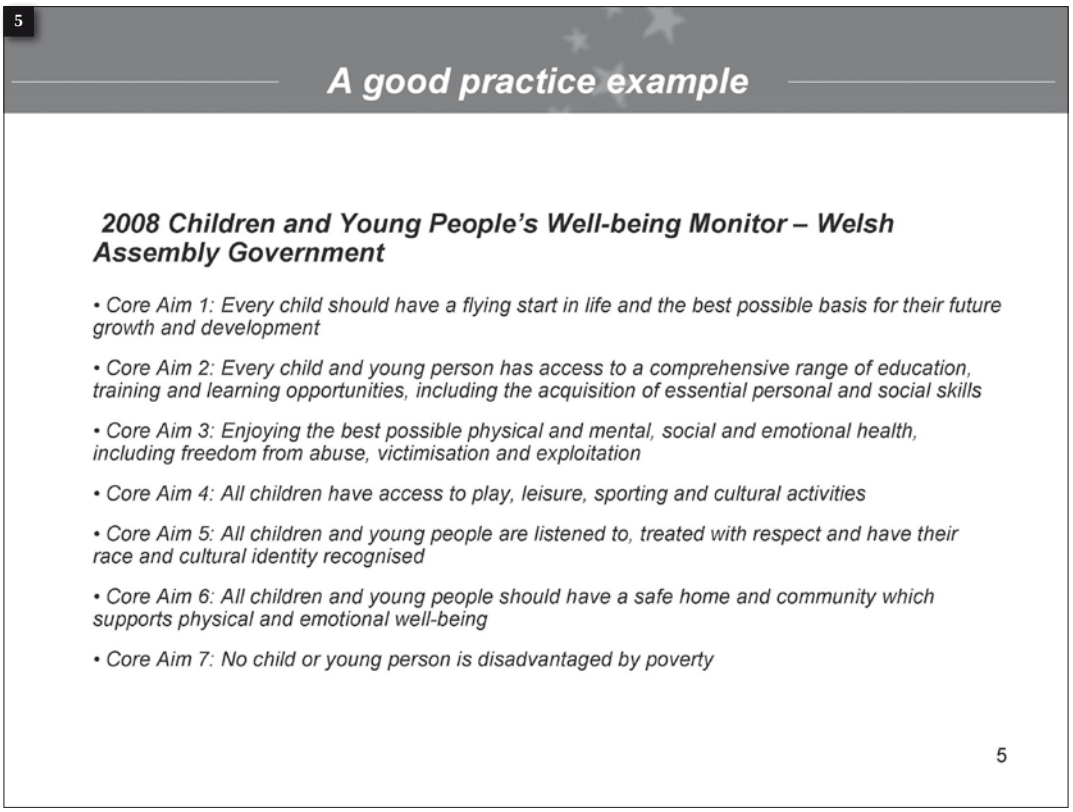


rechte fundamental ist, weil sie ein so umfassendes Rahmenwerk für die Betrachtung der Kinder darstellen und dafür sorgen, dass Kinder in einer Lebenswelt aufwachsen, in der sich ihre Potentiale optimal entwickeln können, sowohl physisch als auch emotional, intellektuell, sozial und spirituell. Es ist ein ganzheitlicher Ausblick auf Kinder. Wenn Sie die UN-Kinderrechtskonvention durchlesen, sind die Artikel sehr umfassend und multidimensional und alles greift irgendwie ineinander.

Leider müssen wir konstatieren, je tiefer wir in den Bereich der Kinderarmut eindringen, dass die Kinderrechte-Agenda und die Kinderarmut-Agenda sich fast auf parallelen Ebenen entwickeln. Ob sie sich jemals treffen? Ich war heute Morgen sehr erfreut zu hören, dass die Schwedische Präsidentschaft den Kinderrechten eine solche Bedeutung beigemessen hat.

4 | Was den Unterschied ausmacht, ist, wie wir die Maßnahmen entwickeln, da das Kind aus einem anderen Analyseblickwinkel betrachtet wird. Es ist also nicht unbedingt synonym mit Familienarmut. Natürlich ist Familienarmut wichtig, aber ein Kind hat seine eigene Perspektive, und es sieht andere Kinder-Arenen mit anderen Augen an: Schul- und Ausbildung, Gesundheit, Umwelt und alles in Beziehung zu Gleichaltrigen. Ganz wichtig ist es für uns, Kindern zuzuhören, wenn sie aus ihrer eigenen Perspektive berichten. Es gibt viele gute Beispiele, wie die aktive Einbeziehung der Kinder in der Praxis funktioniert; wie sie also ganz früh schon als Bürger mit eigenen Rechten partizipieren können.

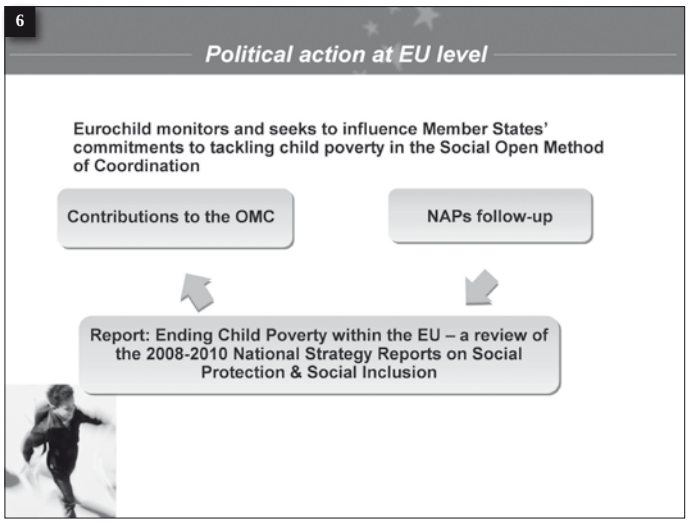
Die Kinderrechts-Perspektive ist auch wichtig, weil sie die Verantwortung auf Verantwortliche überträgt. Sie richtet sich am Empowerment-Modell aus, mehr Eigenverantwortung, weg vom Begriff der Bedürftigkeit, der traditionell für die Wohltätigkeit gegenüber Kindern gilt, hin zu Kindern als Bürger mit eigenen Rechten, als Handelnde für ihre eigene Entwicklung. Zu guter Letzt erfordert es, wie ich schon sagte, eine ganzheitliche Perspektive. Wenn Sie die UN-KRK als Ausgangspunkt nehmen, werden Sie sofort mit all den verschiedenen Dimensionen des Kindswohls konfrontiert.

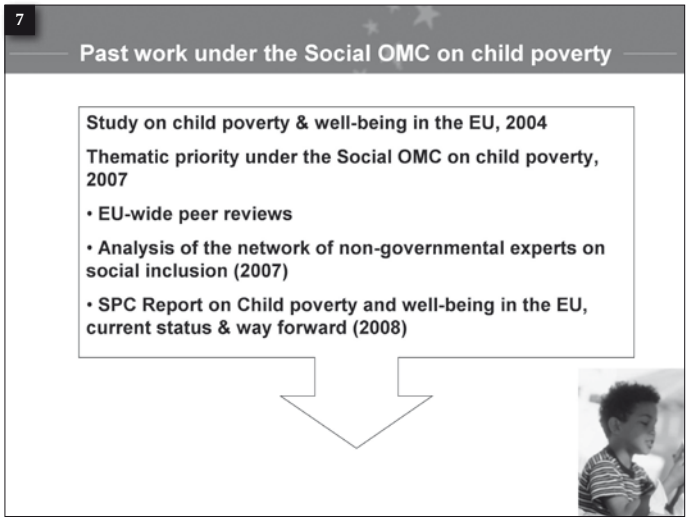


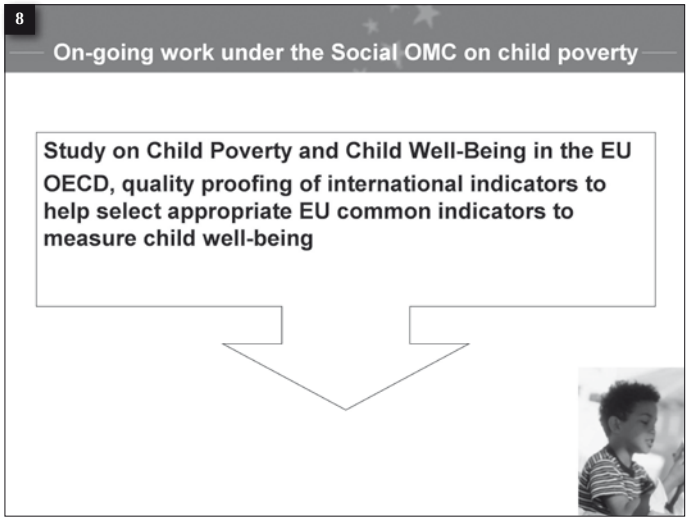
5 | Hier ist ein gutes Beispiel, und ich bin sicher, es ist nur eins von vielen. Eines unserer Mitglieder, Children of Wales, hat sich gegenüber der Regierung stark gemacht für ein Rahmenwerk, das die Kinderarmut in einem breitgefassten Rahmenkonzept des Kindeswohls sieht. Sie haben sieben Kernziele ausgearbeitet, die sich auch an Artikeln der UN-KRK ausrichten. Diese Präsentation beruht auf einer schriftlich ausgearbeiteten Rede. Sie werden eine Kopie erhalten. Die Rede enthält alle Hinweise auf die UN-KRK Artikel, die diesem Rahmenkonzept zugrunde liegen.

Lassen Sie uns nun sehen, was der Mehrwert auf der Europäischen Ebene ist. Die Offene Methode der Koordinierung für Soziale Eingliederung und Sozialschutz ist für uns ein wesentliches Hilfsprogramm.

6 | Seit 2004 hat Eurochild sehr aufmerksam die nationalen Strategieberichte der 27 Mitgliedsstaaten verfolgt, die Eric vorhin erwähnt hat. Erst kürzlich haben wir eine Analyse der Strategieberichte von 2008 bis 2010 erstellt. Am Eingang liegt ein Synthesebericht aus. Wir haben gerade eine kurze Zusammenfassung erstellt, einen Ländervergleich, der gewissermaßen darstellt, wie Mitgliedsstaaten den Kinderrechts-Ansatz im Kampf gegen Armut einsetzen. Wir glauben, dass die Nationalen Aktionspläne äußerst wichtig sind. Die OMK muss laufend verstärkt werden, vor allem mit Blick auf 2010. Denn das ist eine entscheidende Gelegenheit für uns, Kinderarmut weit oben auf die Tagesordnung zu setzen, mit Verpflichtungen für alle Mitgliedsstaaten.







7 | Lassen Sie uns eine Bestandsaufnahme machen. Kinderarmut ist seit 2000 auf der politischen Agenda nach oben geklettert. Diese Studie wurde 2004 von Petra Hoelscher durchgeführt und ist ein wichtiger Baustein. Dann 2007 kam der Taskforcebericht über Kinderarmut, den Eric erwähnt hat. Ich empfehle jedem, diesen Bericht zu lesen, da er eine sehr nützliche Analyse und ein Benchmarkingversuch quer durch alle EU-Mitgliedsstaaten darstellt. Das war ein bedeutender Fortschritt hin zu einer größeren Informationsbank und einem größeren Konsensus bezüglich des multidimensionalen Ansatzes für Kinderarmut.

Leider hat die Analyse des letztjährigen Berichts ergeben, dass Mitgliedsstaaten, obwohl sie im Jahr und an der Wissensanalyse teilgenommen hatten, die Lehren, die aus diesem Prozess gezogen wurden, größtenteils nicht angewendet haben. Wie Eric schon gesagt hat, wird permanent daran gearbeitet, mehr Ressourcen und Unterstützung zur Armutsbekämpfung zur Verfügung zu stellen.

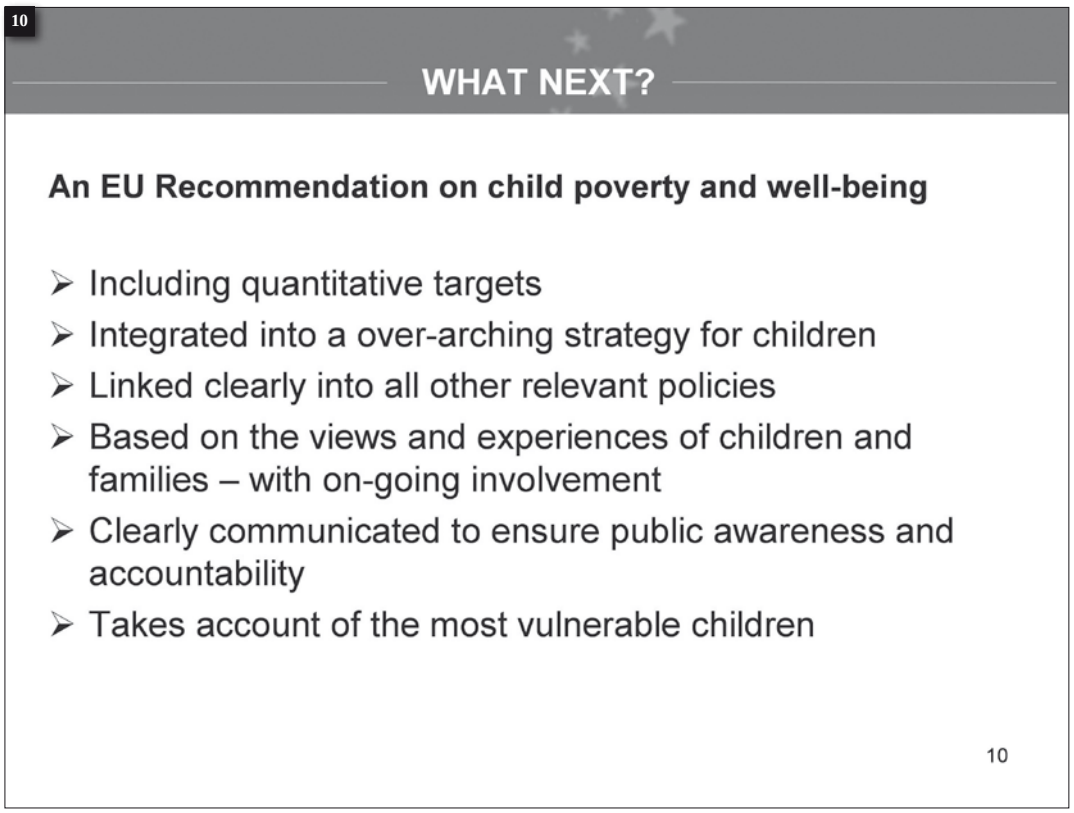
8 | Wie schon gesagt, wird im Moment eine Studie über Kinderarmut und Kindeswohl durchgeführt, die bis Jahresende Empfehlungen und Indikatoren für das Kindeswohl ausarbeiten wird, die hoffentlich nächstes Jahr zur Abstimmung bereit liegen. Weiterhin gilt eine enge Zusammenarbeit zwischen der EU und der OECD, mit dem Ziel der Qualitätsprüfung internationaler Statistiken (weniger der Indikatoren), um der EU in Zukunft bei der Auswahl geeigneterer Indikatoren für das Bemessen des Kindeswohls zu helfen.

9 | Parallel zu dieser Agenda und im Zusammenhang mit der Sozialen OMK ist eine größere Visibilität der Kinderrechte in der EU-Agenda vonnöten. 2006 wurde von den verschiedenen Kommissaren, angeführt vom Kommissar für Justiz, eine EU-Kommunikation über Grundrechte angenommen. Sie verpflichtet die EU zur Entwicklung einer umfassenden Strategie, um zu gewährleisten, dass die EU in all ihren internen und externen Aktionen die Rechte der Kinder fördert und sicherstellt. Der Fortschritt seit der Annahme dieser Kommunikation 2006 war enttäuschend langsam. Am 20. November nun wird Schweden die Präsidentschaft übernehmen, und es gibt schon eine Kommunikation aus Stockholm, die betont, dass die EU der Annahme dieser ehrgeizigen EU-Strategie zur vorrangigen Behandlung von Kinderrechten Priorität verleihen wird.

Wir freuen uns auf 2010, nicht nur weil dann die Soziale OMK verstärkt wird, mit dem Ziel, die Kinderarmut zu bekämpfen, sondern auch als Startschuss für eine umfassende EU-Strategie für Kinderrechte. Diese Strategie umfasst ein ganzes Maßnahmenbündel zur Kinderarmut. Beides ist komplementär und sollte zusammen angegangen werden.

Wir kämpfen dafür, dass in der Zukunft die Rolle der EU verstärkt wird und so die Kinderarmut und das Kindeswohl gefördert werden. Wir kämpfen für die Verabschiedung einer EU-Empfehlung zur Kinderarmut und dem Kindeswohl, hoffentlich noch für 2010. Aber wenn wir schon jetzt eine Kommunikation mit einer umfassenden Beratung anstoßen könnten, die alle wichtigen Akteure einschließt, dann könnte diese 2010 gestartet werden, mit einer Empfehlung für 2011. Eine Reihe von Empfehlungen standen schon in einer Kommunikation der Europäischen Kommission von 2008 über die Stärkung der OMK. Schon letztes Jahr gab es eine EU-Kommunikation über aktive Eingliederung, die heute schon mehrfach erwähnt wurde. Dies unterstreicht einige der Grundprinzipien rund um die drei Säulen *Beschäftigung*, *Einkommen* und *Beihilfen*. Wir meinen, es wurde schon ein großer Schritt vorwärts getan in dem Bemühen im Rahmenwerk der OMK einen stärkeren, direkteren Einfluss auf die Politik der Mitgliedsstaaten und auf die Meinungskonvergenz zu nehmen.

10 | Was wäre inhaltlich wichtig für diese EU-Empfehlung? Sie sollte quantitative Ziele haben. Eric hat schon auf die Notwendigkeit von Sozialverträgen auf nationaler Ebene hingewiesen. Wir glauben, dass wir ein EU-Planziel zum Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung brauchen. Ohne diese Art von Visibilität auf EU-Ebene wird sie immer der arme Bruder oder die arme Schwester anderer EU-Strategien sein, wie zum Beispiel der Beschäftigungsstrategie oder der Lissabon-Strategie für mehr Beschäftigung, die quantitative Ziele haben, für die die Mitgliedsstaaten auf jährlicher Basis verantwortlich zeichnen und die eine größere Visibilität garantieren. Wir sähen gerne ein EU-Planziel für die Ausrottung der Kinderarmut. Unser momentanes Ziel liegt bei einer Verminderung der Kinderarmut um 50% bis 2020 auf dem Weg hin zur kompletten Ausrottung der Kinderarmut. Idealerweise sollten das natürlich



50% für alle EU-Mitgliedsstaaten sein. Wir wollen, dass Kinderarmut in übergreifende Strategien für das Kindeswohl integriert wird.

Nächstes Jahr wird Spanien von Januar bis Juni die EU-Ratspräsidentschaft innehaben. In Spanien rufen sie auch gerade ein neues Rahmenwerk für Kinder ins Leben. Wir müssen für dieses übergreifende Rahmenwerk für Kinder sorgen, in dem der Kampf gegen die Armut eine Schlüsselrolle einnimmt, aber nur eine von vielen Bereichen zur Verbesserung des Kindeswohls darstellt. Hier sind wir im großen Bereich abteilungs- und politikübergreifender Arbeit. Unserer Meinung nach kann man sich nicht mit Kinderarmut befassen, ohne sich gleichzeitig mit Wohnverhältnissen, Gesundheit, Ausbildung, Freizeit und Beteiligung zu beschäftigen.

Wir möchten, dass viel mehr Rücksicht auf die Ansichten und Erfahrungen der Kinder und ihrer Familien genommen wird. Das kann nur durch viel mehr Beteiligung geschehen. Wie schon gesagt, gibt es sehr gute Beispiele dafür, wie Kinder schon im frühen Alter einbezogen und als Hauptakteure mit eigenen Rechten gesehen werden, die ihre Umgebung mit beeinflussen. Sie müssen ständig involviert sein. Dies darf kein einmaliger Vorgang sein, sondern die Kinder und die Familien müssen auf einer permanenten Basis eingeschaltet sein und gehört werden.

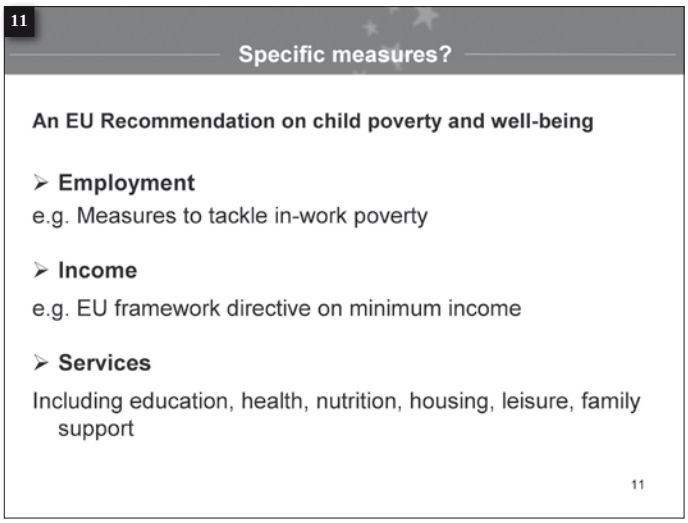
Wir brauchen eindeutig einen öffentlichen Informationsaustausch und ein größeres Bewusstsein für die Bedeutung des Kampfs gegen Armut und soziale Ausgrenzung und der Verantwortlichkeiten. Es gibt genügend Instrumente und ich glaube, der alljährliche Anzeiger wäre ein ausgezeichnetes Instrument für uns, und er wäre öffentlich zugänglich und einfach in der Anwendung. Ich glaube, die EU kann viele Instrumente in einer solchen Empfehlung fördern. Außerdem müssen wir sichergehen, dass wir die Situation der verletzlichsten Kinder mit in Betracht ziehen. Wenn wir die nationalen Strategieberichte über Sozialschutz und soziale Eingliederung analysieren, beschäftigen sich diese oft mit dem Kampf gegen Familienarmut. Aber was ist mit den Kindern, die am meisten ausgeschlossen sind, den alleinstehenden Minderjährigen, den Kindern, die ohne Elternbetreuung in Kinderheimen aufwachsen? Es besteht das große Risiko, dass gerade ihre Probleme in dem weiten Feld der Armut und der sozialen Ausgrenzung vernachlässigt werden. Wir brauchen gezielte Maßnahmen innerhalb des Rahmenwerks eines universellen Konzepts für das Kindeswohl.

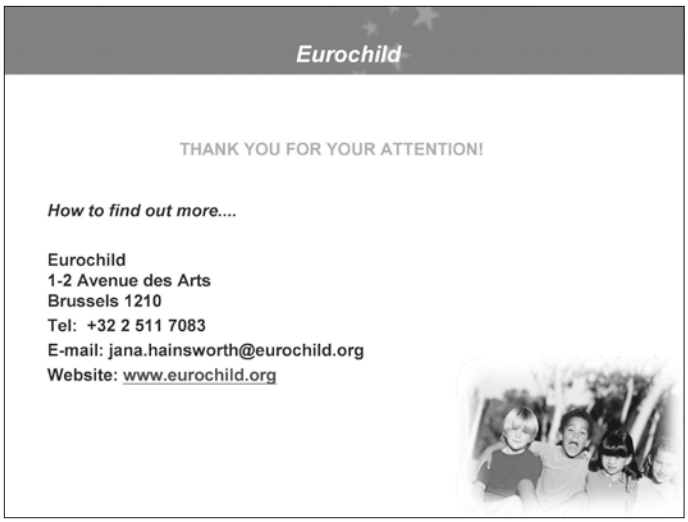
In Bezug auf spezifische Maßnahmen komme ich nun auf das Positionspapier der AGF zu sprechen. Natürlich erwähnen Sie, dass es noch nicht abgeschlossen ist, aber ich sage, es ist ein guter Ausgangspunkt. Eines vermissen wir allerdings: Es muss alles in einem Gesamtrahmen der Kinderrechte liegen.

11 | Was spezifische Maßnahmen angeht, könnte es sehr nützlich sein, die Grundpfeiler zu nutzen, die für die EU-Empfehlung für aktive Eingliederung ausgearbeitet wurden, mit Blick auf Beschäftigung, Einkommen und Sozialleistungen. Beschäftigung bedeutet natürlich mehr als nur Maßnahmen gegen das Armutsrisiko für Erwerbstätige zu ergreifen, aber das ist in der Tat eines der Kernprobleme. Ich glaube, bei einem Drittel der Kinder in Rumänien arbeiten beide Eltern. Das ist eine extrem hohe Quote. Wir müssen Eltern also nicht nur Arbeit verschaffen, sondern wir müssen dafür sorgen, dass sie in stabile, gut bezahlte Langzeit-Arbeitsverhältnisse kommen, die es den Menschen ermöglichen, ein Leben in Würde zu führen und ihren Kindern alle Möglichkeiten zu bieten, in einem optimalen Umfeld aufzuwachsen. Was das Einkommen angeht, wird vielleicht Michaela, die das EAPN vertritt, morgen über die Möglichkeit einer EU-Rahmendirektive für Mindestlohn sprechen. Viele Mitgliedsstaaten haben schon Gesetze über einen Mindestlohn, aber das ist noch längst nicht alles. Das ist vielleicht etwas, an dem wir im Europäischen Jahr arbeiten könnten: Was ist der Mindestlohn vor allem für Familien mit Kindern?

Wenn wir jetzt im weitesten Sinne auf Leistungen blicken, so haben Sie in Ihrem Positionspapier einige dargestellt. Aber ich glaube, da gibt es noch einiges zu tun, was die Ernährung angeht; vor allem, was die frühen Jahre anbetrifft. Was ist das früheste Alter, in dem wir beginnen können, mit Kindern und Familien zu arbeiten, um sicherzugehen, dass sie alle Möglichkeiten nutzen, um die richtigen Entscheidungen zu treffen? Der ganze Bereich von Familien- und Elternunterstützung ist für uns absolut wesentlich. Bei Eurochild haben wir eine spezielle Arbeitsgruppe, die sich mit den frühen Jahren beschäftigt, mit Erziehung und Betreuung, und wir versuchen mehr universelle Dienste anzubieten, zumindest von einem Jahr aufwärts, wo es nicht nur darum geht, Kleinkinder im Licht der Erwerbstätigkeit zu sehen. Zu sagen: „Kleinkinddienste stehen Ihnen nur zur Verfügung, wenn Sie arbeiten," ist gut und schön. Natürlich brauchen Kinder diese Art von sozialem Anreiz, aber wir müssen auch Familien durch diese Dienste verpflichten. Es ist nicht das eine oder das andere: Mütter, Väter, die ihre Kinder zu Hause betreuen oder Kinderbetreuung in Anspruch nehmen können. Ich finde, wir brauchen ein umfassendes Rahmenwerk, um sicherzustellen, dass Kinder vom frühesten Alter an die besten Entwicklungsmöglichkeiten erhalten.

Daran arbeiten wir, das wird unser Input zum Europäischen Jahr 2010 sein, in der Hoffnung, dass es eine breite Konsultation geben wird für eine EU-Empfehlung für Kinderarmut und Kindeswohl, die dann, wie ich schon sagte, mit der EU-Strategie für die Kinderrechte verknüpft werden könnte. Ich hoffe sehr, dass





der hochkarätige Einsatz und das Engagement aller Teilnehmer/innen hier und der exzellenten Redner/innen zu einer wahren Anerkennung der Dringlichkeit des Problems und zu einer Bereitschaft führen wird, es ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Wir von Eurochild arbeiten gerne mit Ihnen an der Ausarbeitung dieser Position. Unsere Beiträge für die EU-Empfehlung werden mit unseren Mitgliedern entwickelt. Wir haben am 17. September eine politische Arbeitsgruppe für einen Entwurf unseres Beitrags zur EU-Empfehlung, der mit unseren Mitgliedern noch ausgearbeitet wird. Abschließend freue ich mich auf die zukünftige Zusammenarbeit mit Ihnen.

PODIUMSDISKUSSION

Von Chancengleichheit keine Spur – Wo bleibt die nachhaltige Politik gegen Kinderarmut?

Teilnehmerinnen und Teilnehmer:
William Lay, *Direktor der COFACE, Brüssel*
Dr. Michaela Moser, *Vizepräsidentin des EAPN, Brüssel/Wien*
Gabriele Zimmer, *MdEP, EL/NGL*

Moderation:
Ulrike Meyer-Timpe, *Journalistin, Autorin bei der überregionalen Wochenzeitung DIE ZEIT, Deutschland*

(Auszüge)

Ulrike Meyer-Timpe: Herzlich willkommen zu dieser Podiumsdiskussion mit Expertinnen und Experten, die teilweise direkt in Brüssel arbeiten und uns einen Einblick geben können in das, was in Brüssel möglich ist und was dort bereits geschieht.

Im Vorfeld dieser Veranstaltung musste ich feststellen, dass das Thema der Tagung - „Kinderarmut - eine europäische Herausforderung“ - bei den meisten Menschen auf Kopfschütteln stößt. Das liegt wohl daran, dass die EU bei den Bürgern das Image hat, alles andere als eine soziale Organisation zu sein. Dass sie im Gegenteil als Institution gilt, die sich in erster Linie den Interessen der Wirtschaft widmet, speziell der großen Konzerne. Ich denke, dass die EU einen ganz großen Nachholbedarf hat, was soziale Fragen anbetrifft. Das Thema Kinderarmut ist dabei sicherlich von herausragender Bedeutung. Tatsächlich hat sich die Lissabon-Strategie der EU zum Ziel gesetzt, Europa bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dort ist aber auch erwähnt, dass ein größerer sozialer Zusammenhalt und die Bekämpfung von Ausgrenzung und Diskriminierung verstärkt angegangen werden sollen bis 2010. Nun muss man leider feststellen, dass bis heute von Chancengleichheit für Kinder aus allen Familien keine Spur ist.

Wir wollen jetzt bei dieser Diskussion fragen: Wo bleibt die nachhaltige Politik gegen Kinderarmut? Zu diesem Gespräch begrüße ich ganz herzlich William Lay. Er ist seit 1983 Direktor von COFACE, das ist ein Zusammenschluss der Familienorganisationen in der EU. Er ist in Brüssel tätig, wo er sich bei EU-Institutionen für Kinder und Familien einsetzt.

Außerdem begrüße ich ganz herzlich Michaela Moser. Frau Moser kommt von der Österreichischen Armutskonferenz, das ist ein Netzwerk gegen Armut und Ausgrenzung. Und gleichzeitig ist Frau Moser Vizepräsidentin des Europäischen Anti-Armuts-Netzwerks, kurz EAPN.

Und last but not least begrüße ich sehr herzlich Gabi Zimmer. Frau Zimmer, die ehemalige PDS-Vorsitzende, ist bereits seit 2004 für die Linke im Europäischen Parlament und dort tätig im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales. Frau Panayotopoulos-Cassiotou, die wir ebenfalls eingeladen hatten, musste leider kurzfristig absagen.

Herr Lay, Sie sind seit über 25 Jahren in Brüssel tätig und machen sich dabei auch stark für die Bekämpfung von Armut und für die Stärkung der Familien. Hier in Deutschland ist das Thema Kinderarmut erst vor zehn Jahren im Bewusstsein der Menschen angekommen, bis dahin wurde es tabuisiert. Wie war das in Brüssel, wie ist es europaweit gewesen?

William Lay: Vielen Dank, dass Sie mir als erstem das Wort erteilen. Wenn Sie mich fragen, was mir vor Jahren eingefallen wäre, ganz allgemein, in Sachen Armut, dann gab es in den 80ern das erste europäische Programm gegen Armut, das von den Mitgliedsstaaten angenommen und dann durch die Europäische Kommission implementiert wurde…

Ulrike Meyer-Timpe: Ging es dabei um Kinderarmut?

William Lay: Es ging um Armut im Allgemeinen. Dann kam ein zweites Programm, usw. Es ging, glaube ich, bis drei. Dann brauchten wir eine Erneuerung; eines der Länder nahm eine Blockadehaltung ein. Sie nannten das Land gerade, ein Tabu; es war Deutschland. Es war kurz nach dem Fall der Mauer und es ging darum, dass es in Deutschland keine Armut gab.

Zu der Zeit hatten wir einen deutschen Präsidenten der COFACE, Albrecht Hasinger. Vielleicht erinnern sich einige von Ihnen an ihn. Die Europäische Kommission trat an ihn heran, er solle doch die deutsche Regierung überzeugen einzuräumen, dass es doch Armut in Deutschland gäbe, und dass wir diese Armut bekämpfen müssten. Natürlich haben Sie Recht, es war ein Tabu. Jetzt, seit etwa zehn Jahren, ist das Thema Armut sehr weit oben auf der Tagesord-

nung. Glücklicherweise, meine ich, denn was hat es für einen Sinn, die Armut zu bekämpfen, wenn man nicht über sie spricht und sie sichtbar macht. Wir sprachen über Bewusstseinsbildung usw. und Druck, der auf Institutionen ausgeübt werden musste, vor allem auf die Mitgliedsstaaten.

Ulrike Meyer-Timpe: Hat sich die Situation in den letzten zehn Jahren denn gebessert?

William Lay: Ja, natürlich, mit der Einführung der OMK, usw. Es hat sich geändert, und ich muss zugeben, das war sehr nötig. Aber, wie Sie schon in Ihrer Einführung sagten, Sozialpolitik ist auf europäischer Ebene wirklich irgendwie die arme Verwandtschaft. Da geht es mehr um Wirtschaft, Industrie, Handel, Landwirtschaft, usw.

Aber Sozialpolitik ist immer noch eine Zuständigkeitsfrage auf allen sozialen Bereichen, sogar bei Beschäftigung, die vielleicht das herausragende Gebiet in europäischer Sozialpolitik darstellt. Aber bei allen Maßnahmen in Bezug auf soziale Angelegenheiten liegt die Zuständigkeit immer noch hauptsächlich bei den Mitgliedsstaaten. Jeder Fortschritt durch die OMK, die Lissabon-Strategie, die Strategie der sozialen Eingliederung, auch für die Chancengleichheit für Männer und Frauen ist sehr wichtig und spielt eine Rolle im Kampf gegen die Armut. Wie schon so oft gesagt, es muss ein umfassender Maßnahmenkatalog sein. Wie auch immer, da haben wir sozialpolitisch noch einige harte Nüsse zu knacken um Fortschritte zu erzielen.

Ulrike Meyer-Timpe: Frau Moser, sehen Sie das ähnlich oder sind Sie eher skeptisch, was die Entwicklung der letzten zehn Jahre anbetrifft? Wir hier in Deutschland haben den Eindruck - aber das mag eben mit unserer vorherigen Blindheit zu tun haben -, dass in den vergangenen zehn Jahren die Kinderarmut enorm explodiert ist.

Dr. Michaela Moser: Wenn Sie z.B. die Berichte der europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen - die finden einmal jährlich in Brüssel statt - verfolgen, ist einer der zentralen Punkte, der dort immer wieder zur Sprache kommt, die wenig spürbaren Fortschritte. Es gibt vielleicht etliche relevante politische Maßnahmen, die getroffen werden, die aber nicht unbedingt ihren Weg zu den Menschen finden, für die sie gedacht waren. Wir müssen auch sehen, dass einige der guten Resultate, die wir z.B. in der Präsentation von Herrn Marlier gesehen haben, in einigen Ländern - ich kann da jetzt selbst von Österreich z.B. reden, auch ständig in Gefahr sind. Das heißt auch, dass es für uns als NGOs auch in den letzten zehn Jahren nicht nur darum ging, für Verbesserungen zu kämpfen, sondern auch ständig darum, dass dort, wo es sinnvolle, positive Maßnahmen gibt, diese nicht beschnitten werden. Und ich glaube, wenn man dieses Versprechen mit dem entscheidenden Beitrag sich ansieht, muss man auch den Blick auf die gesamte Lissabon-Strategie richten.

Ich glaube, dass die Stoßrichtung jetzt sicher auf ein soziales und auch ein ökologisch nachhaltiges Europa zielen muss. Das muss sich in der Gesamtstrategie auswirken, sonst kann die Bekämpfung von Kinderarmut, die Bekämpfung von Armut allgemein, nicht wirklich greifen. Ich glaube, das ist eine wichtige Lehre der letzten zehn Jahre.

Ulrike Meyer-Timpe: Frau Zimmer, ist die EU überhaupt die richtige Institution, um den Kampf gegen die Kinderarmut durchzufechten? Ist die EU nicht tatsächlich in ihren Möglichkeiten sehr beschnitten gegenüber den nationalen Regierungen?

Gabriele Zimmer: Ja, natürlich ist es so. Das hängt aber auch mit dem Selbstverständnis der Europäischen Union zusammen. Die Europäische Union ist ja nicht aus dem Nichts entstanden, sondern sie ist ja ein Produkt eines politischen Willens oder von mehreren politischen Willen manifestiert und über viele Jahre entwickelt. Ich halte es für ein Problem, gerade in der Diskussion um den Kampf gegen Armut, gegen soziale Ausgrenzung immer wieder nur darauf zu verweisen, dass das Sache der Nationalstaaten sei, die Europäische Union habe damit nichts zu tun. Und wir merken ja, dass sich z.B. auch in der Kommission im entsprechenden zuständigen Bereich durchaus Veränderungen vollzogen haben. Dort sind auch zunehmend mehr Menschen, die sagen: „Es kann nicht sein, dass die Europäische Union nicht einmal bereit ist, konkrete Zielstellungen im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung aufzunehmen.“ Und insofern ist diese Diskussion im Europaparlament dazu auch sehr interessant, und ich glaube schon, dass wir in der letzten Legislatur im Parlament ein Stück vorangekommen sind.

Zum einen hatten wir im vergangenen Jahr 2008 den Bericht, für den ich auch selber mit zuständig war, Maßnahmen für den Kampf gegen Armut, soziale Ausgrenzung, speziell Kinderarmut in der Europäischen Union. Diesem Bericht haben immerhin zwei Drittel aller Abgeordneten des Europaparlaments zugestimmt. Und wir haben damals mit diesem Bericht erstmalig ein Dokument des Europaparlaments gehabt, das ganz klar gefordert hat: Wir wollen als Mehrheit der Abgeordneten des Europaparlaments konkrete Zielstellungen im Kampf gegen Armut, im Kampf gegen Kinderarmut.

Ulrike Meyer-Timpe: Herr Lay, wir haben verschiedene Länder in der EU, die im Kampf gegen die Kinderarmut durchaus erfolgreich sind und den übrigen Ländern als Vorbild dienen könnten. Allerdings hat Herr Hoofe, der Staatssekretär im Familienministerium, heute Vormittag gesagt, dass es nicht möglich sei, Patentrezepte zu importieren. Sehen Sie das auch

so oder gibt es Strategien, die Sie den anderen EU-Staaten zur Nachahmung empfehlen würden?

William Lay: Ich würde sagen, was bisher in der Europäischen Union ganz allgemein sozialpolitisch passiert, oder nicht passiert ist, geschah vor allem durch einen Mangel an Zuständigkeit, an Austauschmöglichkeiten und an Information. Jetzt geht man ein bisschen weiter mit der Offenen Methode der Koordinierung, usw. mit Zielsetzungen, Indikatoren, Expertengutachten, Berichten und vielem mehr. Es bedeutet, dass ein Land von einem anderen lernen kann, indem es sagt: „Das funktioniert in dem Land, warum nicht bei uns?“ Natürlich findet dieser Austausch schon statt, aber er ist auch immens wichtig. Jedes Land hat seine eigene Geschichte und Kultur. Man kann die skandinavischen Länder mit ihrer fortschrittlichen Sozialpolitik nicht mit Ländern vergleichen, die gerade das Joch des Kommunismus abgeschüttelt haben. Der Entwicklungsstand in den einzelnen Ländern ist sehr unterschiedlich, und das sind auch die Inhalte der Sozialpolitik. In der Weltanschauung tendieren mediterrane Länder traditionell wohl mehr zum Familienverband, während die Skandinavier Familie völlig anders auffassen. Da gibt es in der Tat große Unterschiede, die das alles nicht einfacher machen, aber man kann sagen, dass es, was die gesellschaftliche Entwicklung im Allgemeinen angeht, in den etwa 50 Jahren Existenz der Europäischen Union große Fortschritte für die europäische Bevölkerung gegeben hat. Wir sollten der Sache nicht zu pessimistisch gegenüberstehen.

Ulrike Meyer-Timpe: Man erinnere sich nur an die Situation von Portugal. Portugal war das Armenhaus Europas, bevor es in die EU aufgenommen wurde. Inzwischen haben wir andere Armenhäuser, aber Portugal hat sich im Laufe der Jahre - auch durch EU-Hilfe – weiterentwickelt, und damit hat sich auch die Situation für portugiesische Kinder verbessert.

Dennoch ist es natürlich nicht damit getan, dass wir uns immer wieder auf die Entwicklung des Lebensstandards allgemein beziehen und somit auf die wirtschaftliche Entwicklung. Das hat sich auch in verschiedensten Fragen von Ihnen aus dem Publikum gezeigt. Hier in Deutschland lautet eine Forderung: Alle Kinder müssen gleiche Bildungschancen haben. Gibt es eine EU-Diskussion über Bildungsgerechtigkeit als wichtigen Aspekt im Kampf gegen die Kinderarmut?

Dr. Michaela Moser: Die Bildung hat natürlich einen sehr hohen Stellenwert in der Armutsbekämpfung allgemein und auch im speziellen, wenn es um Kinderarmut geht. Ich glaube aber, dass es wichtig ist, hier einen sehr umfassenden Bildungsbegriff zur Anwendung zu bringen. Einerseits also, und das ist natürlich sehr wichtig, die schulische und auch die vorschulische Bildung. Das wurde ja heute schon genannt. Und hier gibt es in vielen Ländern große Probleme, vor allem auch mit der Unterschiedlichkeit des Zugangs und der Qualität. Das ist sehr wichtig auch im Anschluss daran, dass sich der Lebensstandard gehoben hat. Aber er hat sich eben nicht für alle Menschen in einem Land in gleichem Maße gehoben. Dass ein Land reicher wird, heißt noch lange nicht, dass alle in diesem Land in gleichem Maß an diesem Reichtum teilhaben können. Ich denke, was wichtig ist, gerade auch im Anschluss an den Input, den wir zu Kinderrechten gehört haben, ist, die Subjekthaftigkeit der Kinder zu sehen und auch die Wichtigkeit der Persönlichkeitsbildung, der Entwicklung sozialer Kompetenzen, hier also wirklich einen weiten Bildungsbegriff zu haben. Ich sehe das sehr deutlich in unserem Umfeld und in der Arbeit mit Menschen mit Armutserfahrungen, die ja sehr oft eben auch Kinder mit Armutserfahrungen haben. Ich glaube auch, dass dieses Wissen über die Welt - wie man sich heute in der Welt bewegt - am Arbeitsmarkt immer wichtiger wird, aber eben auch, um mit den Anforderungen an das eigene Leben zurechtzukommen.

Gabriele Zimmer: Bildung ist kein Politikfeld für die Europäische Union in dem Sinne, sondern wird eben leider doch sehr abgeteilt behandelt. Also wir haben die Frage der Berufsausbildung, die behandeln wir z.B. im Ausschuss für Soziales und Beschäftigung. Im Kultur- und Bildungsausschuss wird dann mehr oder weniger über die Frage des Hochschulzugangs, der Hochschulbildung und der Vergleichbarkeit der Hochschulabschlüsse geredet. Aber der gesamte Ansatz von Bildung als ein ganzheitlicher Ansatz spielt in der Europäischen Union jetzt in dem Sinne leider keine Rolle.

Also die Fragen der frühkindlichen Bildung und der Schulbildung, werden auch in der EU durchaus diskutiert, wo man aus meiner Sicht mit der OMK, also mit dem Instrument über den Austausch von Erfahrungen, doch ebenfalls die Erfahrungen von Mitgliedsstaaten mit verallgemeinern, zur Diskussion stellen könnte, so dass andere Staaten sich wiederum hier orientieren können. Also ich finde, da gibt es eine ganze Menge, was getan werden kann.

William Lay: Ja, zur Bildung. Wie Sie sagten, liegt die Bildung in der Zuständigkeit der Staaten, aber auch die EU hat einige Entscheidungen getroffen und sogar eine Bildungs-Direktive erlassen. Es gibt eine Direktive zur schulischen Ausbildung von Migrantenkindern, die, glaube ich, 1977 erlassen und vor ein paar Jahren aktualisiert wurde.

Wir dürfen auch nicht die verschiedenen europäischen Bildungsprogramme vergessen, die aufgestellt wurden, zum Beispiel Comenius für die Bildung bis einschließlich der Sekundarstufe, Leonardo für die berufliche Bildung und Berufsausbildung, Erasmus für die Hochschulbildung, usw. Das sind sehr wichtige Fragen und die Kommission und die Europäische Union im Allgemeinen haben auf dem Bildungssektor das für sie im Moment Mögliche getan.

Im weiteren Verlauf der Diskussion, zu der Ulrike Meyer-Timpe auch Eric Marlier und Jana Hainsworth auf das Podium bat, reagierten die Konferenzteilnehmer auf die vorgestellten Diskussionsinhalte und Vorträge.

Ulrike Meyer-Timpe mahnte an, dass **EU-Statistiken** zu einer Relativierung der Armutswahrnehmung führen könnten - beispielsweise bei dem Vergleich Deutschland - Rumänien, der zu einer zu positiven Wahrnehmung der Situation in Deutschland führen kann. Eric Marlier betonte in seiner Antwort die Notwendigkeit eines echten Benchmarkings. Man solle prüfen, was hinter der jeweiligen Armutsstatistik eines Landes stehe: ob es andere Länder gäbe, die vor ähnlichen Herausforderungen stünden bzw. mit ihnen bereits fertig geworden seien oder sie sogar niemals hatten. Benchmarking solle dazu führen, die eigene Situation besser zu verstehen und weiter zu verbessern.

Marion MacLeod *(Children in Scotland, GB)* hinterfragte, ob quantitative **Zielsetzungen/Indikatoren** nicht dazu führten, dass Regierungen sich mit ihren Maßnahmen auf die Menschen konzentrierten, die kurz vor der Erreichung der nächst höheren Stufe stünden und die anderen vernachlässigten. Sie wollte wissen, wie man die Indikatoren modifizieren müsse, um diesem Problem gerecht zu werden. Eric Marlier verwies hierzu auf die Indikatoren für die Armutslücke, für materielle Armut, für die Wohnsituation. So stelle die Armutslücke eine Messung der Armut dar und vermittle eine Vorstellung, was mittlere Armut in jedem Land sei. Die Herausforderung sei jedoch nicht die Definition von möglichst vielen Indikatoren. Stattdessen müssten die Staaten und die EU die Indikatoren einsetzen, um zu sehen, was funktioniere und was nicht.

Günter Danhel *(Institut für Ehe und Familie, Österreich)* regte eine Diskussion über die Möglichkeit der stärkeren politischen Gewichtung von Kindern und Familien im politischen Raum an. Als Beispiel nannte er vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung die Diskussion eines **Wahlrechts von Geburt an**.

Jana Hainsworth sah keine besondere Unterstützung ihrer Organisation Eurochild für die Wahrnehmung des Wahlrechts durch die Eltern für ihre Kinder, worauf der Vorschlag von Danhel hinauslaufen würde – selbst wenn die frühere Einbindung von Kindern in die politische Debatte grundsätzlich begrüßenswert sei. Auf die Möglichkeit der Meinungserfassung von Kindern durch Umfragen in den Ländern wies Eric Marlier hin.

James O´Brien *(Finnland)* fragte nach der **Armutsquote** der Kinder, die außerhalb von Haushalten leben, also Kindern, die auf der Straße oder in Anstaltsfürsorge leben.

Länderübergreifend, so Marlier, gebe es diesbezüglich keine Statistiken, einige Länder sammelten jedoch Material, wie z. B. über Roma-Kinder. Auch gebe es seitens der EU, aber auch der Staaten eine generelle Bereitschaft, in den Aufbau statistischer Kapazitäten zu investieren, um extrem benachteiligte und sozial ausgegrenzte Bevölkerungsgruppen besser zu erfassen. Jana Hainsworth hob die Arbeit von Eurochild in dieser Angelegenheit hervor. Man käme jedoch kaum an vergleichbares Zahlenmaterial, da die Länder beispielsweise betreutes Wohnen und Pflegeunterbringung unterschiedlich definierten. Es gebe jedoch Hinweise, dass die Erwachsenen, die sozial am meisten ausgegrenzt seien, z.B. Obdachlose, oft Heimerfahrung hätten.

Ernest Geze *(Slowakei)* lenkte die Debatte in Bezug auf die Kinderarmut auf den Aspekt der **Messbarkeit von Liebe und Zuwendung**, da auch diese für die Entwicklung des Kindes wichtig seien. Michaela Moser verwies darauf, dass immerhin die Möglichkeit bestünde, Studien zur Lebensqualität von Kindern zu erstellen, und dass materielle und soziale Faktoren stark ineinander griffen. Sie betonte, dass die Fragen der Erwerbsarbeit und der reproduktiven Fürsorgearbeit ein Stück weit aus der Mode gekommen seien. Man müsse eigentlich das „Ganze der Arbeit“ (Adelheid Biesecker) in den Blick nehmen, d.h. die verschiedenen Arbeitsprozesse, in die Menschen involviert seien. Gerade wenn man Kinder aufziehe und unterstütze sei der Aspekt der Fürsorgearbeit und damit der Arbeitsmarktpolitik sehr wichtig. In der politischen Debatte, wie auch in der Kinderarmutsdebatte, werde dies zu oft außer Acht gelassen. Dies hätte sehr starke Auswirkungen auf die Arbeitszeitpolitik. Es stelle sich hierbei die Frage, wie Fürsorge in ein System der sozialen Sicherheit, das zurzeit sehr erwerbsarbeitszentriert sei, sinnvoll integriert werden könne.

Marion MacLeod betonte, dass man bei der Arbeit mit verschiedenen Kindern auch die Faktoren sehen müsse, die die schlechten Zukunftsaussichten gerade von armen Kindern abmildern können, zumal es keinen echten Beweis dafür gebe, dass Reichtum und Glück unabdingbar miteinander verbunden seien. Man müsse ganzheitliche Faktoren auf Individualebene herunterbrechen.

Liebe und Zuwendung jedoch, da waren sich die Experten einig, seien als solche nicht messbar.

Elvira Mendez *(Asociación Salud y Familia, Spanien)* fragte nach politischen Strategien und Maßnahmen, die die schlechte medizinische Versorgung und Ausbildungssituation **illegaler Einwanderkinder** verbessern könnten. Gabriele Zimmer antwortete, dass in den Diskussionen um die Grundrechtecharta und um verschiedene

Vorschläge der Kommission der Aspekt der Situation von Kindern von Migrant/innen unterbeleuchtet sei und dass auf die Situation dieser Kinder wesentlich mehr Obacht gegeben werden müsse.

Hiltrud Stöcker-Zafari *(Verband binationaler Familien und Partnerschaften, Frankfurt/M.)* machte darauf aufmerksam, dass Deutschland die **UN-Kinderrechtskonvention** nur unter Vorbehalt unterzeichnet habe und daher Kinder, die keinen deutschen Pass haben, anders behandeln könne. Sie hob zudem hervor, dass der Migrationshintergrund als Indikator für Armut gelte. Durch **fehlende Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse** werde allerdings der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert und Migrantenfamilien hausgemacht arm gehalten.

Ute Gerhard *(Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Berlin)* fragte, wie es jenseits der Marktpolitik überhaupt möglich sei, **den sozialen Fragen** und auch den **Kinderrechten mehr Kraft auf der EU-Ebene** zu geben, wenn denn die EU für die sozialen Fragen nicht zuständig sei. Gabriele Zimmer sah dies als eine Kernfrage der Europäischen Union, die sowohl den Charakter als auch die Entwicklung, die Zukunft der EU betreffe und in deren Diskussion sich mehr Menschen einschalten sollten. Die Frage sollte man weder den Regierungen überlassen, noch hoffen, dass das Europäische Parlament sie klären werde.

Kai Sachs *(Paritätischer Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein)* sprach die Frage der **Einbeziehung der Kinder und Jugendlichen** auf nationaler Kongressebene als gleichberechtigte Partner an, um auch deren Sichtweise zu berücksichtigen und das Thema nicht allein Experten zu überlassen. Auch Michaela Moser stimmte zu, dass es mehr Partizipation der Kinder und Jugendlichen geben müsse, die über Befragungen hinausgehe. Jana Hainsworth begrüßte den sich abzeichnenden Wandel in der Wahrnehmung, inwieweit Kinder in die Entscheidung, die sie selbst betreffen, eingebunden werden könnten. Auch sei zu fragen, wie das, was Kinder selbst als Kindeswohl empfinden, in das Geldsystem integriert werden könnte.

Die fehlende Partizipation und die Frage der Umsetzung wurden als Desiderata festgehalten.

BEGRÜSSUNG

Peggi Liebisch
Geschäftsführerin des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter – Bundesverband (VAMV) e.V., AGF e.V., Berlin

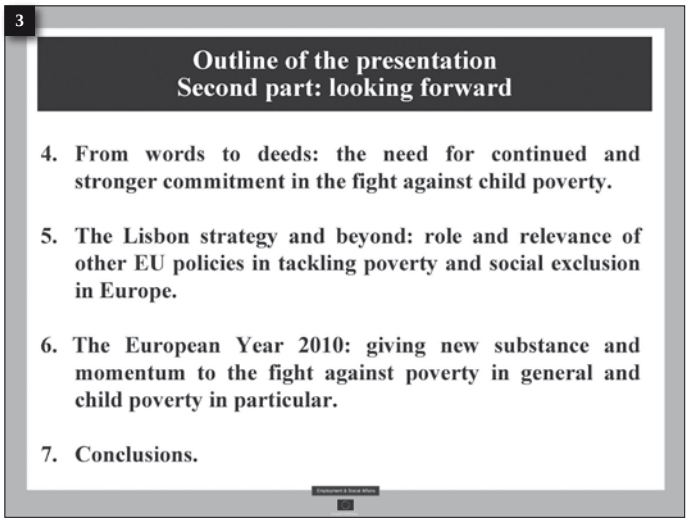
Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

mein Name ist Peggi Liebisch, ich bin Bundesgeschäftsführerin des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter und begrüße Sie heute ganz herzlich im Namen der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen, die diese Tagung hier organisiert und durchführt. Ich werde Sie heute durch den Tag führen, die Diskussion leiten und Ihnen auch organisatorische Hinweise geben. Ich hoffe, Sie hatten gestern Abend einen schönen Abend und eine angenehme Nacht. Wir werden heute, nachdem wir gestern einen Überblick über viele Gebiete bekommen haben, uns mehr persönlich einbringen können. Wir haben heute einen Seminarteil, in dem wir uns in Form eines Europa-Cafés aktiv beteiligen. Ich werde Ihnen später noch erklären, wie wir das durchführen.

Heute Morgen möchten wir zwei Vorträge hören: Zuerst Frau Antonia Carparelli von der EU-Kommission in Brüssel. Auf ihren Vortrag bin ich sehr gespannt, weil wir gestern schon ein paar Anhaltspunkte bekommen haben, was die EU-Kommission in Bezug auf Bekämpfung von Armut und speziell Bekämpfung von Kinderarmut sich zum Ziel gesetzt hat. Frau Carparelli ist Direktorin in der EU-Kommission für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, und sie wird uns heute ausführlich die Strategien der EU im Kampf gegen Kinderarmut erläutern. Herzlich willkommen, Frau Carparelli!

STRATEGIEN DER EU IM KAMPF GEGEN KINDERARMUT

Antonia Carparelli
Abteilungsleiterin in der EU-Kommission für Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Brüssel



1 | Ich möchte der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen für die Veranstaltung dieses Symposiums an diesem wunderbaren Ort danken. Ich weiß, dass Sie gestern schon einen sehr erfolgreichen Sitzungstag hatten, mit Einblicken in das Betätigungsfeld der Europäischen Union auf dem Gebiet der Bekämpfung von Kinderarmut. Heute werde ich Ihnen einen Überblick über die Europäische Strategie im Kampf gegen Kinderarmut geben. Ich weiß, für einige von Ihnen ist das eine Wiederholung, aber ich hoffe, dass für viele von Ihnen diese Wiederholung trotzdem nützlich ist.

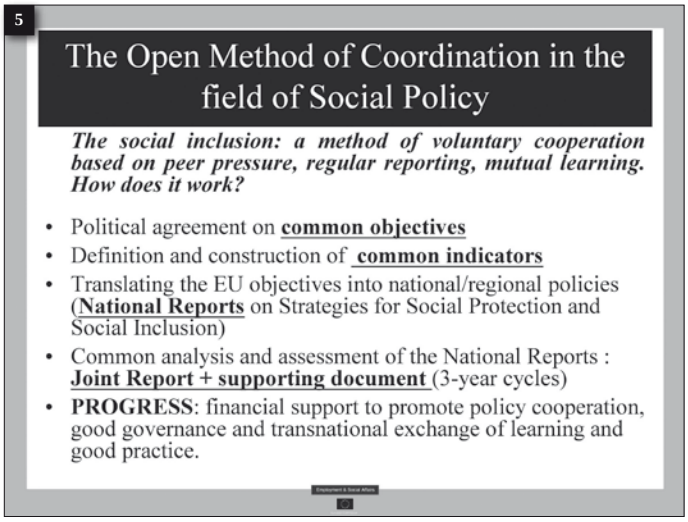
2 | **3** | Mein Beitrag ist in zwei Teile unterteilt. Der erste Teil ist im Grunde eine Bestandsaufnahme von dem, was in den letzten zehn Jahren getan wurde. Im zweiten Teil werde ich auf die zentralen methodischen Entwicklungen eingehen, die die europäische Strategie in den nächsten Monaten und Jahren bestimmen werden.

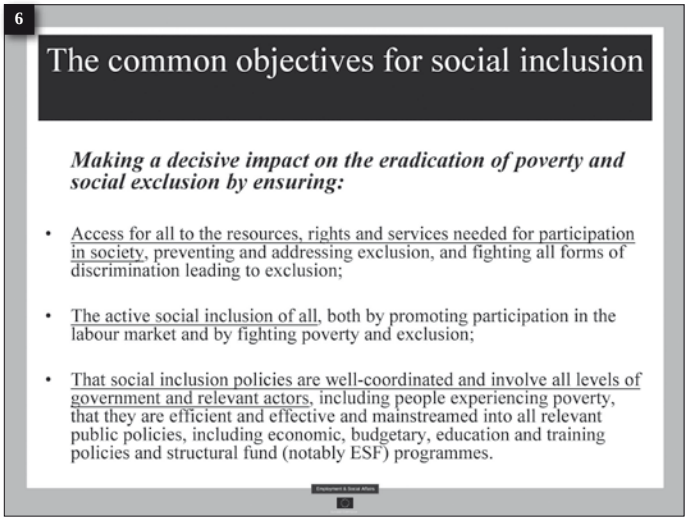
4 | Teil eins ist eine Vorstellung der so genannten Offenen Methode der Koordinierung für Soziale Eingliederung und Sozialschutz. Diese Strategie wurde vor fast 10 Jahren etabliert. Sie wurde zusammen mit der Lissabon-Strategie initiiert, als die Staatshäupter und Europaminister beschlossen, dem langjährigen Engagement der Europäischen Union im Kampf gegen die Armut und soziale Ausgrenzung eine größere Bedeutung zu verleihen.

5 | Die Offene Methode der Koordinierung ist eine freiwillige Maßnahme zur Zusammenarbeit, da sie vor allem eine nationale Zuständigkeit darstellt und nicht eine EU-Zuständigkeit. Dennoch kamen alle Minister und Staatshäupter überein, dass der Kampf gegen die Armut und Ausgrenzung im gemeinsamen Interesse liege. Daher sollte das europäische Engagement auf diesem Gebiet vorangetrieben werden. Die Offene Methode der Koordinierung beruht auf gemeinsamen Zielsetzungen. Der Fortschritt zur Erreichung dieser Zielsetzungen wird durch gemeinsame Indikatoren überwacht und beurteilt. Ich weiß, dass Eric Marlier, der einer der unmittelbaren Protagonisten bei der Definierung und Ausarbeitung der gemeinsamen Indikatoren war, Ihnen gestern ausführlich darüber berichtet hat.

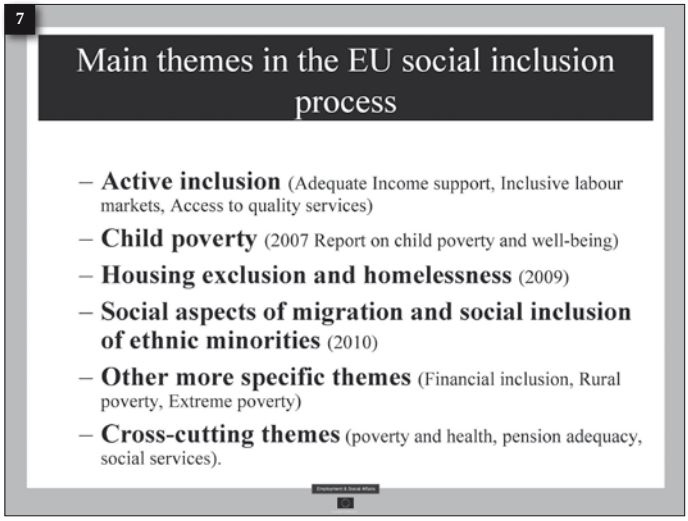
Es geht um die Übersetzung der europäischen Ziele in nationale Strategien. Die Mitgliedsstaaten sind verpflichtet nationale Strategien und nationale Berichte über den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu erstellen. Diese Berichte werden alle drei Jahre vorgestellt. Der Prozess wurde in den letzten zehn Jahren reformiert und ist jetzt als Dreijahreszyklus konzipiert. Alle drei Jahre arbeiten die Mitgliedsstaaten ihre nationalen Strategien aus, die gemeinsam von den Mitgliedsstaaten und der Kommission geprüft und in einem gemeinsamen Bericht veröffentlicht werden. Dies ist nicht etwas, was alle drei Jahre passiert und dann aufhört, denn die zwei Zwischenjahre werden für gründliche Analysen genutzt und für Berichte über Themen, die bei den nationalen Strategien aufgetreten sind. Die Methode wurde begleitet von dem Community Action Programme begleitet, das finanzielle Unterstützung für Aktivitäten, die mit der Offenen Methode der Koordinierung zusammenhängen, bereitstellte.

Seit 2007 wurde das Community Action Programme durch das PROGRESS Programm ersetzt. Es finanziert Studien, Ausarbeitung von Statistiken, Projekte und unterstützt Europäische Netzwerke, denn die Dimension des „governance“ ist ein wichtiger Baustein in der Offenen Methode der Koordinierung. Es finanziert auch Expertenberichte, welche ein zentrales Element der Offenen Methode der Koordinierung sind. Dies sind Übungen, in denen einige Mitgliedsstaaten ein Best Practice Programm oder ein Kernthema vorstellen, mit dem sie beschäftigt sind und mit anderen Mitgliedsstaaten darüber debattieren. Wie gesagt, das mag für viele eine Wiederholung sein, aber ich hoffe, einige Elemente haben auch zur Auffrischung gedient.





6 | Auch eine Erinnerung an die gemeinsamen Ziele kann nicht schaden. 2000 haben die Europaminister sich verpflichtet, einen entscheidenden Schritt hin zur Ausrottung von Armut und sozialer Ausgrenzung zu tun. Diese Verpflichtung wurde



ausgedrückt in den drei gemeinsamen Zielen für die soziale Eingliederung, welche 2001 definiert wurden. Diese möchte ich Ihnen kurz kommentieren, denn sie folgen einer Methode, die Sie auch auf anderen Gebieten der Offenen Methode der Koordinierung wiederfinden. Die erste hat mit Solidarität zu tun. Es geht also um den Zugang für alle zu Ressourcen, Rechten und Diensten, die für die Teilnahme an der Gesellschaft nötig sind. Die zweite hat mit Effektivität und Effizienz zu tun. Denn soziale Eingliederung geht nicht nur um Solidarität und Beteiligung, sondern auch um aktive soziale Eingliederung und Teilhabe, denn das ist gut für die Gesellschaft, „gut für alle". Wir möchten die Eingliederung in den Arbeitsmarkt fördern, denn das ist nicht nur gut für die Ausgegrenzten, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt. Das dritte Ziel hat mit „Good Governance" zu tun, mit guter Regierungsführung.

Die politischen Maßnahmen müssen also gut koordiniert werden, und die Einbeziehung der Menschen, die direkt betroffen sind, ist ein entscheidendes Element dieser Strategie. Ich betone diesen Punkt, da hier etwas Neues in der Offenen Methode der Koordinierung dazukam, nämlich der Gedanke, dass wir, um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Politik zu schaffen, Bottom-up Prozesse aufbauen müssten, das heißt, bei den Leuten anzufangen, die am direktesten betroffen sind. Die Offene Methode der Koordinierung ist, wie gesagt, seit fast zehn Jahren in Kraft. Während dieser Zeit hat sich eine Reihe von Themen sehr viel stärker in den Vordergrund geschoben als andere.

7 | Gehen wir die Themen durch, die häufiger und mit größerem Nachdruck auf der OMK-Agenda aufgetaucht sind. Eines davon ist Kinderarmut und ich werde es in einigen Minuten detaillierter behandeln. Lassen Sie mich zunächst schnell die anderen Themen referieren. Zuallererst die aktive Eingliederung von Menschen, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind, den Menschen also, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu adäquaten Ressourcen haben, um in Würde zu leben. Die Kommission hat bereits eine Menge Arbeit auf diesem Gebiet getan. Ich korrigiere mich, denn die Europäische Union hat viel Arbeit getan, denn dies ist nicht nur die Arbeit der Kommission, sondern auch die der Mitgliedsstaaten. Erst letztes Jahr hat die Kommission gemeinschaftliches Soft Law erlassen, eine Empfehlung an die Mitgliedsstaaten. Die Empfehlung hat viel damit zu tun, wie man mit der Ausgrenzung von Gesellschaft und Arbeitsmarkt umzugehen habe, über angemessene Einkommenssicherung, Erbringung von Leistungen und mögliche Eingliederung in den Arbeitsmarkt.

Ich präsentiere die Themen in mehr oder weniger chronologischer Reihenfolge, denn sie waren Teil der Themenjahre, als wir uns ein Jahr lang mit dem jeweiligen Thema beschäftigt haben. Das zweite Thema, Kinderarmut, welches unser Hauptthema ist, war das zentrale Thema des Themenjahres 2007. Es brachte den Bericht hervor, den Eric, als einer der Autoren des Berichts, schon ausführlich vorgestellt hat. Letztes Jahr wurde der Zyklus voll, und die Mitglieder haben in Ruhe ihre Berichte eingesandt. Dieses Jahr ist ein Themenjahr, das wir der Wohnsituation, der Ausgrenzung und der Obdachlosigkeit widmen. Wir sind uns schon mehr oder weniger einig mit dem Ausschuss für Sozialschutz, stützendes Komitee und Bezugsstruktur für die Offene Methode der Koordinierung. Laut Beschluss wird das nächste Jahr der sozialen Eingliederung von Migranten und ethnischen Minoritäten gewidmet.

Lassen Sie mich kurz noch einige spezifische Themen erörtern, an denen gearbeitet wird. Wir versuchen auf Anfragen aus Mitgliedsstaaten einzugehen, die sich sehr stark auf bestimmten Gebieten engagieren. Dies galt zum Beispiel für einige neue Mitgliedsstaaten und das Thema „ländliche Armut". Es gilt auch für extreme Armut und finanzielle Eingliederung. Wir haben versucht, auf diesen Gebieten Wissen anzusammeln und unsere Instrumentarien zu nutzen: Expertengutachten, Erfahrungsaustausch, Konferenzen, Studien usw. Natürlich versuchen wir auch all die anderen gebietsübergreifenden Probleme im Auge zu behalten, die sich auf die beiden anderen Bereiche beziehen, welche Teil des OMK Prozesses sind, nämlich Gesundheit, Langzeitpflege und Altersrente. Die drei Gebiete sind eng miteinander verknüpft.

8 | Ich komme jetzt auf die Errungenschaften der Offenen Methode der Koordinierung auf dem Gebiet der Kinderarmut zu sprechen. Dies war, wie gesagt, von Anfang an ein Schlüsselthema in der Offenen Methode der Koordinierung (OMK).

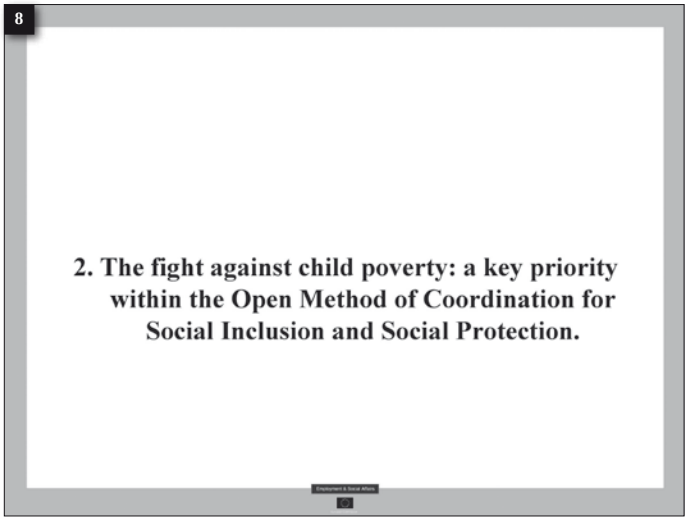
9 | Es gab eine wichtige Verlautbarung des Europarats im März 2006, parallel zu der Tatsache, dass im Nationalen Strategiebericht die Kinderarmut als ein wichtiges Problem auftauchte. Im Frühjahrstreffen von 2006 forderten die Staatshäupter Mitgliedsländer auf, Sofortmaßnahmen einzuleiten, um die Kinderarmut schnell und signifikant zu reduzieren und allen Kindern gleiche Chancen einzuräumen, ohne Rücksicht auf ihren sozialen Hintergrund.

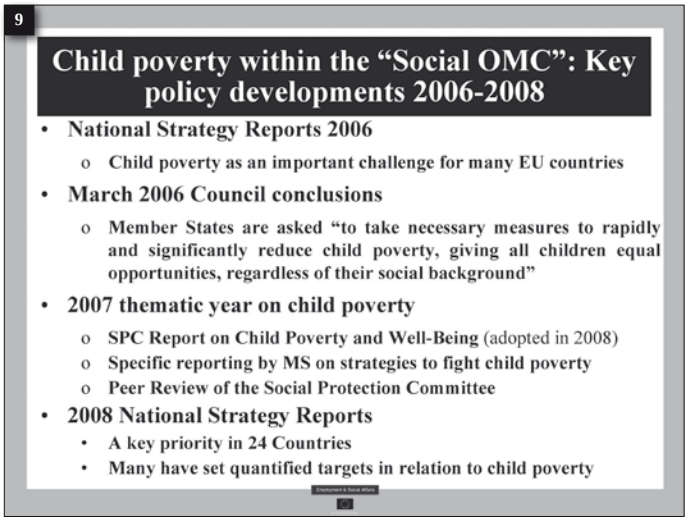
Als Ergebnis arbeiteten 2007 die Mitgliedsstaaten und die Kommission zusammen an dem besagten Bericht. Die Mitgliedsstaaten erklärten sich einverstanden über ihre Strategien im Kampf gegen Kinderarmut gesondert zu berichten. Der Ausschuss für Sozialschutz (SPC) engagierte sich in einem in-depth-peer review um diese Strategien zu überprüfen. Wir haben schon gesehen, wie das die politische Agenda von Mitgliedsstaaten verändert hat, die das noch 2006 in ihren Berichten nicht als Priorität angesehen hatten. In den Nationalen Strategieberichten 2008 haben 24 Staaten Kinderarmut als Priorität angegeben. 17 Staaten haben sich messbare Ziele für den Kampf gegen Kinderarmut gesetzt. Ich würde sagen, das ist ein erheblicher Fortschritt.

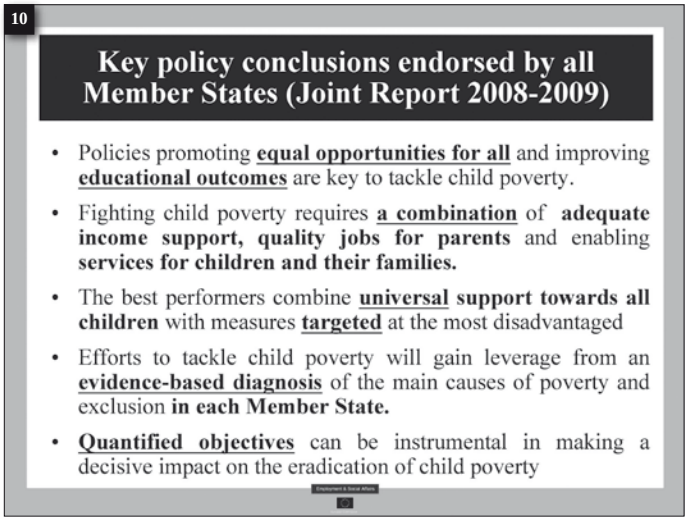
10 | Vielleicht wurde das gestern schon angesprochen, aber es ist hilfreich, sich das Wissen, das die Kommission und die Mitgliedsstaaten im Verlaufe dieses Prozesses angesammelt haben, vor Augen zu führen. Hier ist eine Liste von Punkten, die das gemeinsame Verständnis von Schlüsselelementen zusammenfasst, die nötig sind, um einen effektiven Maßnahmenkatalog zum Kampf gegen Kinderarmut einzuführen.

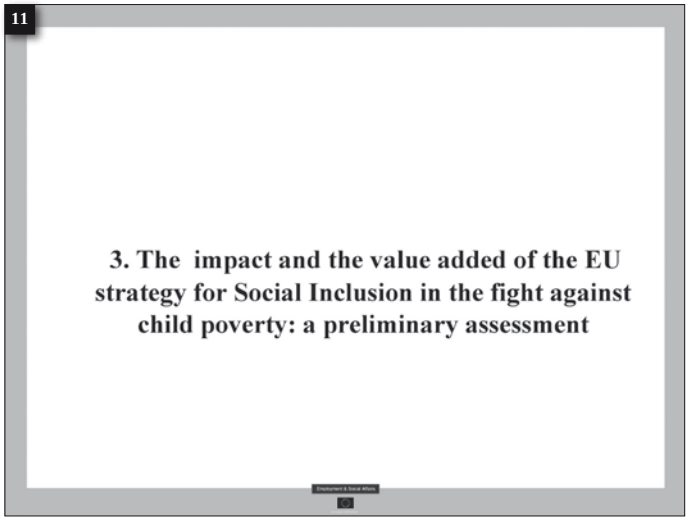
Erstens, Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit für alle und zur Verbesserung der Bildungsergebnisse sind unabdingbar im Kampf gegen Kinderarmut. Die Sicherstellung gleicher Chancen ist besonders wichtig auf der Bildungsebene. Zweitens: Der Kampf gegen Kinderarmut erfordert eine Kombination aus adäquater Einkommenssicherung, qualifizierten Arbeitsplätzen für Eltern und der Verfügbarkeit von Diensten für Kinder und ihre Familien. Drittens: die bestplatzierten Länder kombinieren universelle Hilfe für alle Kinder mit speziellen Maßnahmen, die auf Interventionen zielen.

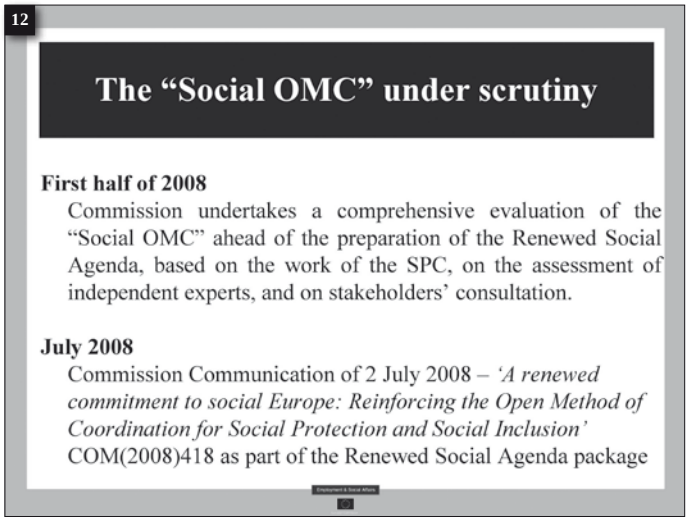
Ein allgemeiner Ansatz, kombiniert mit einigen speziellen Interventionen, die die am meisten benachteiligten Kinder ansprechen, scheint der effektivste Ansatz zu sein, um Kinderarmut zu bekämpfen. Viertens: Bemühungen, die Kinderarmut zu bekämpfen, profitieren von einer evidenzbasierten Diagnose der Hauptursachen für Armut und soziale Ausgrenzung in jedem Mitgliedsstaat. Wenn die Maßnahmen auf einer Fundamentalanalyse der Wurzeln und Gründe hinter der Kinderarmut beruhen, verleiht ihnen das Effektivität und Glaubwürdigkeit. Zu guter Letzt, quantifizierte Ziele können sehr hilfreich sein um bei der Ausrottung der Armut entscheidende Erfolge zu erzielen. Alle Mitgliedsstaaten sind sich, meiner Mei-











nung nach, mehr oder weniger einig, dass dies die Hauptbestandteile im Kampf gegen Armut sind.

11 | 12 | Ich komme nun zur Bewertung des Prozesses: Wie wird er beurteilt, sowohl von Mitgliedsstaaten als auch von Interessenvertretern? Die Offene Methode der Koordinierung ist Gegenstand recht lebhafter Debatten. So mancher meint, die OMK wären eine Art Talk Show ohne sichtbare Erfolge. Andere glauben, dass sie wirklich Veränderungen bewirken. Natürlich ist das Glas halb voll in dem Sinne, als sie das Bewusstsein geschärft und Strukturen für die Kooperation mitgestaltet haben. Dafür gibt es konkrete Beweise. Aber es ist auch halbleer, denn es bleibt viel zu tun. Das genau ist die Botschaft, die eine großangelegte Auswertungsstudie, die die Kommission im vergangenen Jahr durchführte, vermittelt. Im Frühjahr 2008 führten wir eine grundsätzliche Evaluierung der Offenen Methode der Koordinierung für Sozialschutz und Soziale Eingliederung durch: die Kommission, die Mitgliedsstaaten, aber auch die unabhängigen Experten, auf die wir uns stützen und die Interessenvertreter. Dies geschah vor der Erstellung der Erneuerten Sozialagenda, die die Kommission im Juli 2008 vorstellte.

13 | Wie fiel nun die gemeinsame Bewertung der OMK durch die Kommission und die Mitgliedsstaaten aus? Es gab einen gemeinsamen Konsens, dass die OMK das Bewusstsein geschärft und die nationalen politischen Agenden beeinflusst hat. Sie hat bei der Entwicklung evidenzbasierter Maßnahmen mitgewirkt. Sie hat bei der Ausformung eines gemeinsamen Ansatzes für gemeinsame Herausforderungen mitgewirkt. Sie hat gegenseitige Erfahrungen und Benchmarking gefördert und die Involvierung von Interessenvertretern unterstützt.

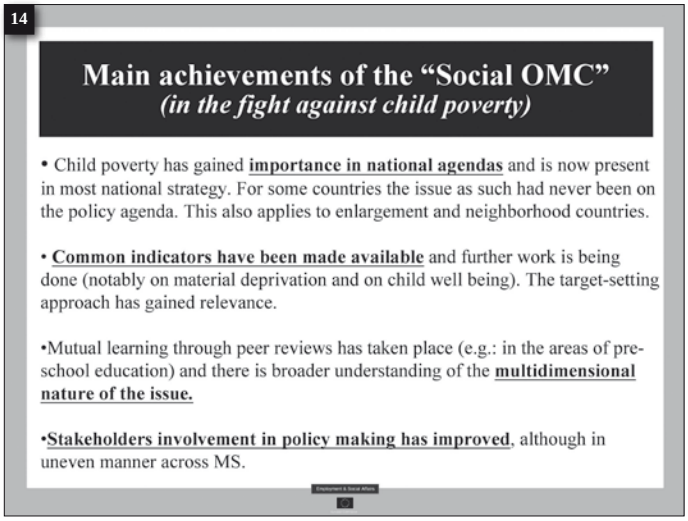
14 | Speziell auf dem Gebiet der Kinderarmut: Für einige Mitgliedsstaaten war Kinderarmut überhaupt kein Thema in der politischen Entscheidungsfindung. Ich will hier niemanden mit Schimpf und Schande belegen, aber ich erinnere mich gut an Vertreter des Ausschusses für Sozialschutz, die meinten: „Bis jetzt war sie kein Thema auf unseren nationalen politischen Agenden." Wir haben handfeste Beweise, dass der EU-Prozess die nationalen Agenden beeinflusst hat.

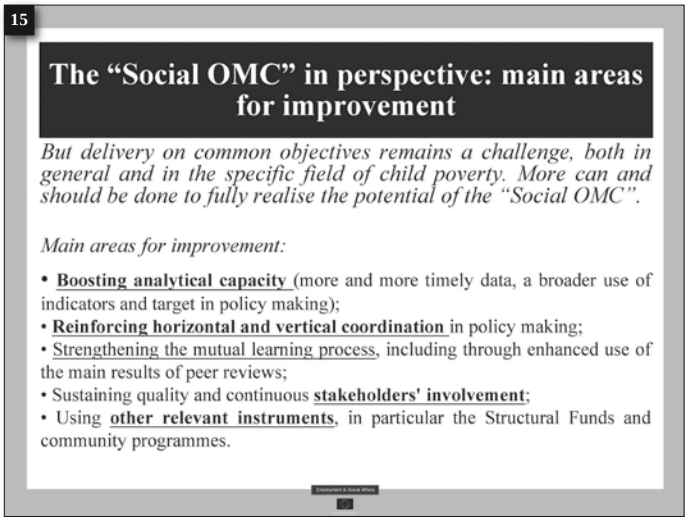
Zweitens haben die Indikatoren, über die wir jetzt verfügen, unser Verständnis für die Realitäten und Trends verbessert. Wir haben auch Beweise für die Arbeit der *Peer Reviews* und des gegenseitigen Lernprozesses durch solche Expertengutachten. Eine meiner ersten Erfahrungen, als ich zu meinen Referat stieß, war ein *Peer Review* über Kinderarmut, in dem Luxemburg - hier kann ich den Namen nennen - die Erfahrungen erörterte, die es bei der Arbeit mit Kindern mit Migrationshintergrund gesammelt hatte, indem es für diese Kinder die frühe Einschulung einführte und in kontinuierlichen Überprüfungen die erstaunlich positiven Resultate durch dieses Programm konstatierte, woraufhin mehrere andere Mitgliedsstaaten dieses Programm übernahmen. Das war ein klarer Fall von gegenseitigem Lernen. Wir haben auch die Einbeziehung der Interessenvertreter gefördert, auf europäischer und auf nationaler Ebene. Obwohl wir, wie gesagt, nicht behaupten können, dass in allen Ländern gleichwertige Entwicklungen stattgefunden haben, erleben wir doch eine wachsende Effektivität in einigen Mitgliedsstaaten.

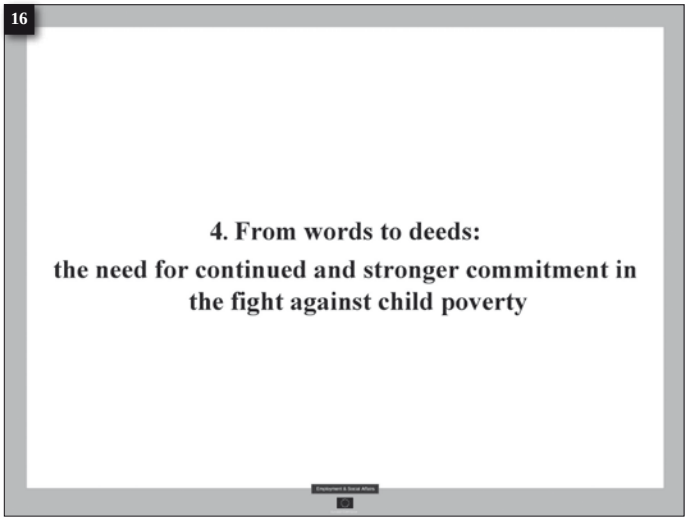
15 | Wir haben ehrlich zugegeben, dass die Offene Methode der Koordinierung insgesamt zu wenig genutzt wurde. Wir haben auch einige Verbesserungsbereiche benannt wie die Steigerung der Analysekapazität, die Koordinierung der Maßnahmen, sowohl gebietsübergreifend, als auch auf verschiedenen politischen Ebenen, sowohl national und europäisch als auch regional. Wir haben auch festgestellt, dass es noch viel zu verbessern gibt, was den gegenseitigen Lernprozess und die Einbeziehung der Interessenvertreter angeht. Und auch bei der Schaffung besserer Beziehungen zu anderen europäischen Instrumentarien, wie den Strukturfonds.

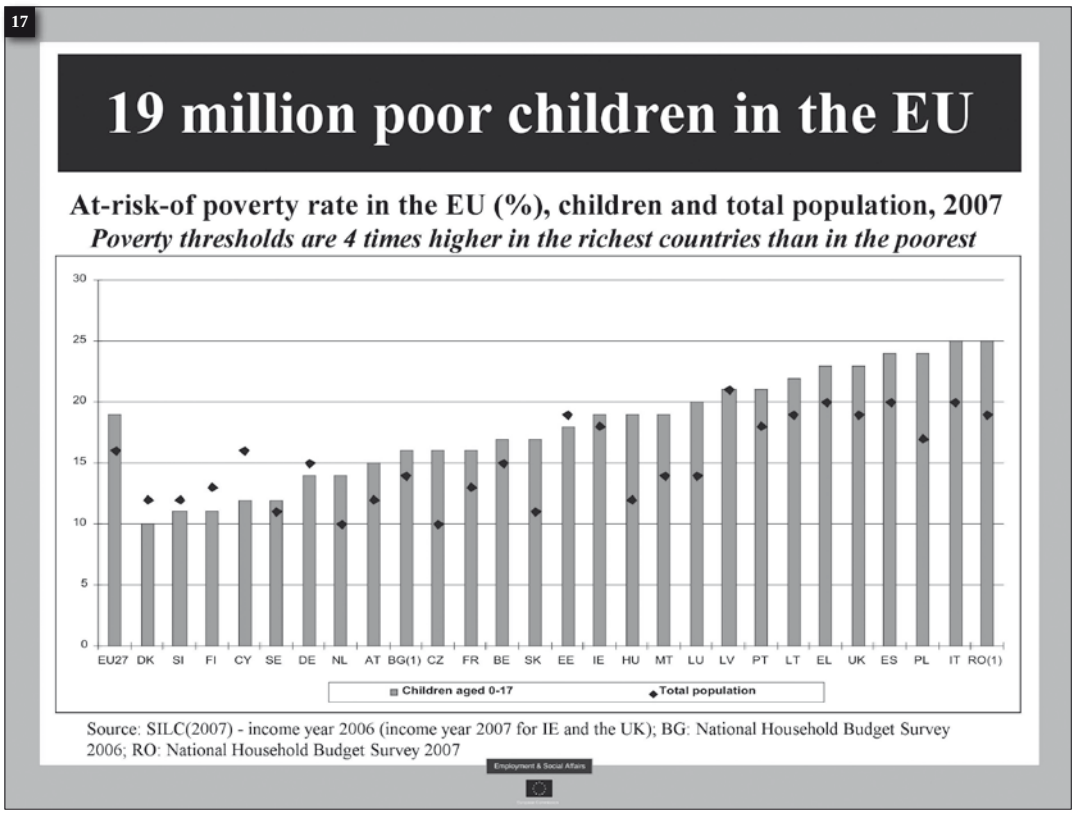
16 | Kommen wir jetzt zu einer Evaluierung, was wir konkret für die Menschen erreicht haben: von der Planung zur Realität. Eric hat Ihnen sicher gestern diese Graphik gezeigt, sie zeigt die neuesten Zahlen über Kinderarmut in Europa.

17 | Sie sehen, es gibt keinen Grund, sich bequem zurückzulehnen. 19 Millionen arme Kinder in Europa. Diese Zahl ist eine Schande, und sie gibt uns eine Vorstellung, wie viel Arbeit noch vor uns liegt. Ich kann einige neue Elemente hinzufügen,









denn wir arbeiten an einem wichtigen Bericht. Mit „wir“ beziehe ich mich auf die Kommission, den Ausschuss für Sozialschutz und die Untergruppe für Indikatoren. Wir erstellen gerade ein Gutachten über die Auswirkung des Wachstums auf soziale Errungenschaften. Es geht nicht nur um die Zahlen, die ich Ihnen gerade präsentiert habe, es geht um Trends. Und das ist immens wichtig bei der politischen Entscheidungsfindung. Die gute Nachricht ist, dass wir langsam eine Zeitreihe haben, in kleinem Maßstab. Es gehen nun die ersten Datenreihen ein.

18

From processes to results: is there evidence of improvements?

Latest data on child poverty give more than one reason for concern, not only when we look at the most recent figures, but also when we look at trends. Headline poverty indicators are now available for the period 2005-2007. They clearly show that:

- On average, in the period 2005-2007 at-risk-of-poverty rates for children have remained broadly unchanged at EU level (19%).While the risk of poverty has clearly declined in the new MS (from 25% to 21%), it has slightly increased in the EUR 15, and some countries that were traditionally "good performers" have not managed to keep their good record.
- OECD data (with longer time-series, with the 50% threshold) suggest that child poverty remained stable or increased in most EU countries between the mid-1990s and the mid-2000s.
- Even more worryingly, available data refer to 2007 and do not still reflect the impact of the crisis.

Employment & Social Affairs

19

The need for continued and stronger policy commitment

Over the last two decades poverty risks seem to have shifted away from the elderly towards the younger people, and children in the first place.

This trend, which is visible in most advanced economies, is not only worrying from the point of view of social justice, but clearly points to policy inadequacies and inconsistencies in addressing the "demographic challenge".

Despite increasing political awareness of the issue, policy intervention has not managed to curb the trend, which has apparently continued in most recent years.

The reasons that were behind the "alarm" launched in 2006 by the European Council are still there.

There is now extensive knowledge about the nature and the causes of child poverty, as well as about the policies and the tools that are needed to address the issue.

What is now needed is policy action and determination at all level of government.

Employment & Social Affairs

18 | Wir haben Indikatoren für die drei Jahre von 2005 bis 2007. Was zeigen sie? Zunächst sind die Armutsquoten für Kinder europaweit im Mittel weitgehend unverändert geblieben. Es blieb bei 19%, drei Jahre hintereinander, 2005, 2006 und 2007. Im Wesentlichen haben wir es in den Jahren guten Wachstums nicht geschafft, sie zu verringern und die Armutsquote für Kinder wirkungsvoll zu bekämpfen. Wenn wir uns die Trends ansehen, wird klar, dass es eine Abnahme des relativen Armutsrisikos gegeben hat. Sie werden sich erinnern, wie das gemessen wird, da gestern darüber gesprochen wurde. Es fiel von 25% auf 21% in neuen Mitgliedsstaaten, ein echter Erfolg. Warum hat sich jedoch die Gesamtquote nicht geändert? Weil von den alten Mitgliedsstaaten, dem Europa der 15, einige Länder, die traditionell gut abgeschnitten hatten, ihre gute Leistung nicht wie-

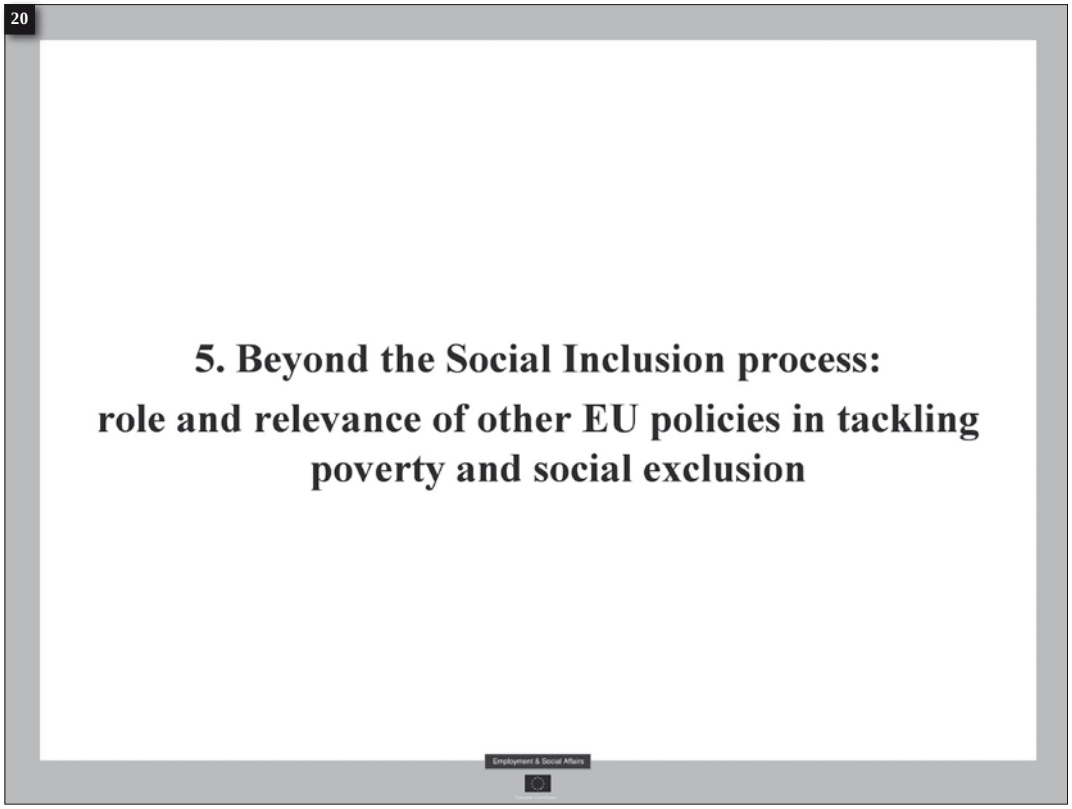
derholen konnten. Ich will jetzt nicht alle an den Pranger stellen, aber es ist doch interessant, dass Deutschland zu den Ländern gehörte, in denen die Quoten für Kinderarmut in den vergangenen drei Jahren nicht nur nicht besser wurden, sondern sich sogar leicht verschlechtert haben.

Es ist auch interessant, dass wir keine gemeinsamen Indikatoren für längere Perioden haben. Aber wenn wir uns OECD-Statistiken ansehen, die sich über mehr oder weniger zwei Jahrzehnte erstrecken, erkennen wir, dass die Kinderarmut in den meisten europäischen Ländern von Mitte der 90er Jahre bis Mitte der 2000er Jahre stabil geblieben oder sogar angewachsen ist. Aber Vorsicht, dies sind alles alte Zahlen, die aus der Zeit vor der momentanen Wirtschaftskrise stammen; von der haben wir leider keine Statistiken über Armut, denn Daten über Armut sind nur mit Zeitverzögerung von fast zwei Jahren zu erhalten. Aber was uns definitiv bekannt ist, ist der klar definierte, enge Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armut, weshalb wir sicher nicht damit rechnen können, dass die Armutszahlen sich inzwischen verbessert haben.

19 | Was können wir im Wesentlichen aus den Daten erschließen, über die wir verfügen?

Erstens scheint sich das Armutsrisiko in den letzten zwei Jahrzehnten weg von den Älteren hin zu jüngeren Menschen, vor allem zu Kindern verlagert zu haben. Das geht klar aus den OECD-Statistiken hervor, aber auch aus unseren jüngsten Indikatoren Dieser Trend ist ein klarer Hinweis auf politische Unzulänglichkeiten und auf die widersprüchlichen Probleme der demographischen Herausforderung. Es bedeutet, dass die politischen Maßnahmen nicht die Tatsache widerspiegeln, dass Kinder eine sehr knappe Ressource zu werden drohen. Obwohl das Problem weitestgehend bekannt ist - das spiegelt sich zum Beispiel in dem Alarm wider, den die Europaminister 2006 geschlagen haben - konnte der Maßnahmenkatalog nicht adaptiert und der Trend konterkariert werden.

Hier endet der erste Teil.



20 | Es wird eine Reihe von interessanten Entwicklungen geben, die wir in den kommenden Monaten beobachten sollten, und dies nicht nur im Bereich der Sozialpolitik.

Eine unserer Lektionen, die wir aus dem letzten Jahrzehnt gelernt haben, ist, dass Sozialpolitik allein im Kampf gegen die Armut nicht genügt. Sie muss durch mehr Engagement auf allen politischen Feldern ergänzt werden.

21

The importance of mainstreaming

One important lesson from the experience of the past decade: fighting poverty and exclusion is not only a matter for social policies.

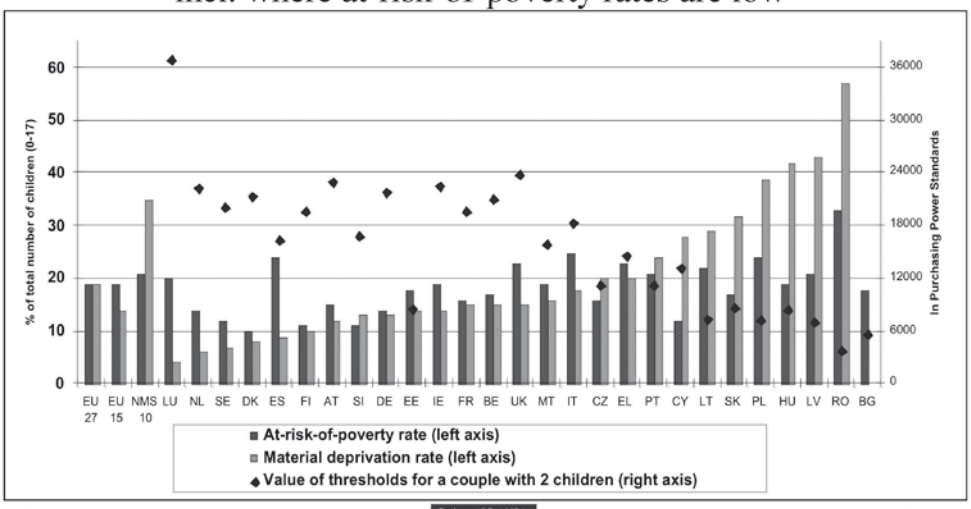
- Social policies have to do with income distribution. However, poverty reduction is not only about income redistribution but also about wealth creation. This is particularly true for less rich countries.
- Sound and sustainable economic growth is essential to lift people out of poverty.
- Joblessness or marginality on the labour market remain the first cause of poverty and in most cases a decent job for the parent(s) is the most durable way to lift children out of poverty.
- Therefore, active labour market policies remain a reference instrument in the fight against poverty, including child poverty.
- We have also learned about the decisive role of education as well as how various forms of discrimination can lead to exclusion and poverty.
- This is why the contribution of the European Union to the fight against poverty goes well beyond the strategy for Social Inclusion and this is why mainstreaming is so important.

Employment & Social Affairs

22

Material deprivation measures vs. at-risk of poverty rates

Highest deprivation rates in new Member States, incl. where at-risk-of-poverty rates are low

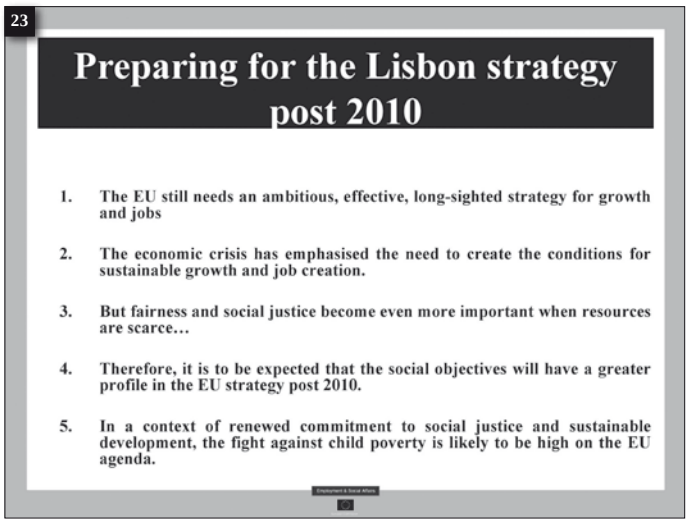


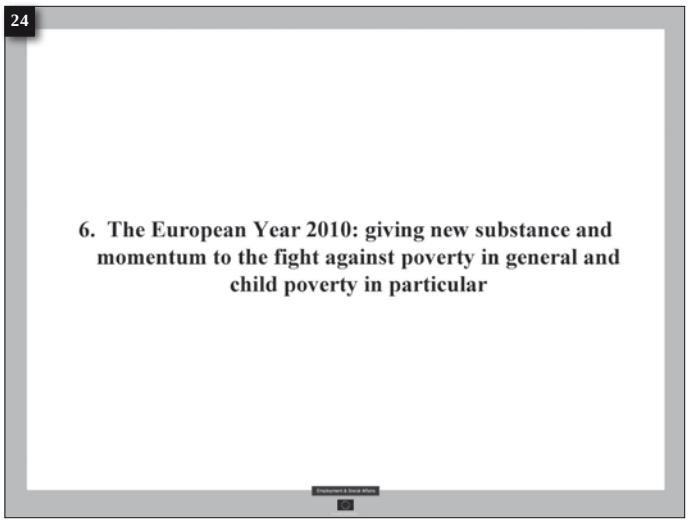
Employment & Social Affairs

21 | Die Diskussionen, die sich bereits in Parlament über das Programm der nächsten Kommission entwickeln, konzentrieren sich hauptsächlich auf die Zukunft der Europäischen Strategie für „Wachstum und Arbeit“. Dies ist nicht überraschend, denn die Wirtschaftskrise führt dazu, dass die wirtschaftliche Lage vorrangig behandelt wird.

Man sollte die Bedeutung einer vernünftigen, nachhaltigen Wirtschaftpolitik im Kampf gegen die Armut keinesfalls unterschätzen. Beim Kampf gegen die Armut geht es um Einkommensverteilung, aber auch um Wohlstandsbildung. Ich möchte Ihnen hier eine Graphik mit einem neuen Indikator präsentieren.

22 | Dies ist eine weitere wichtige Errungenschaft der Offenen Methode der Koordinierung, die Schaffung eines neuen Indikators, namens





„Indikator für materielle Armut“. Er ist eine Neuentwicklung, die mehrere Jahre Forschung erforderte. Er ergibt ein völlig anderes Bild der Armutsgeographie in Europa. Er wird nicht unseren Schlüsselindikator ersetzen, aber er ist wichtig beim Verständnis, warum der Kampf gegen Armut nicht nur eine Angelegenheit für sozialpolitische Maßnahmen ist.

Sehen Sie hier: Der Schlüsselindikator aus der vorherigen Graphik ist der rote Balken, und die materielle Armut ist der blaue Balken. Wie Sie sehen, gibt es eine klare Korrelation zwischen materieller Armut und BIP pro Kopf. Die materielle Armut ist sehr, sehr viel höher in Ländern mit einem niedrigeren BIP pro Kopf. Dieser Indikator ist europaweit gültig. Wie er sich zusammensetzt? Aus einer Liste von Dingen, die als wesentlich angesehen werden, um nicht im Zustand materieller Armut zu sein. Sie wurden durch einen Bottom-up Prozess ermittelt, durch eine Eurobarometer-Meinungsumfrage. Hier haben Sie eine Abbildung, die den Anteil von Kindern im Zustand materieller Armut in verschiedenen Mitgliedsstaaten aufzeigt.

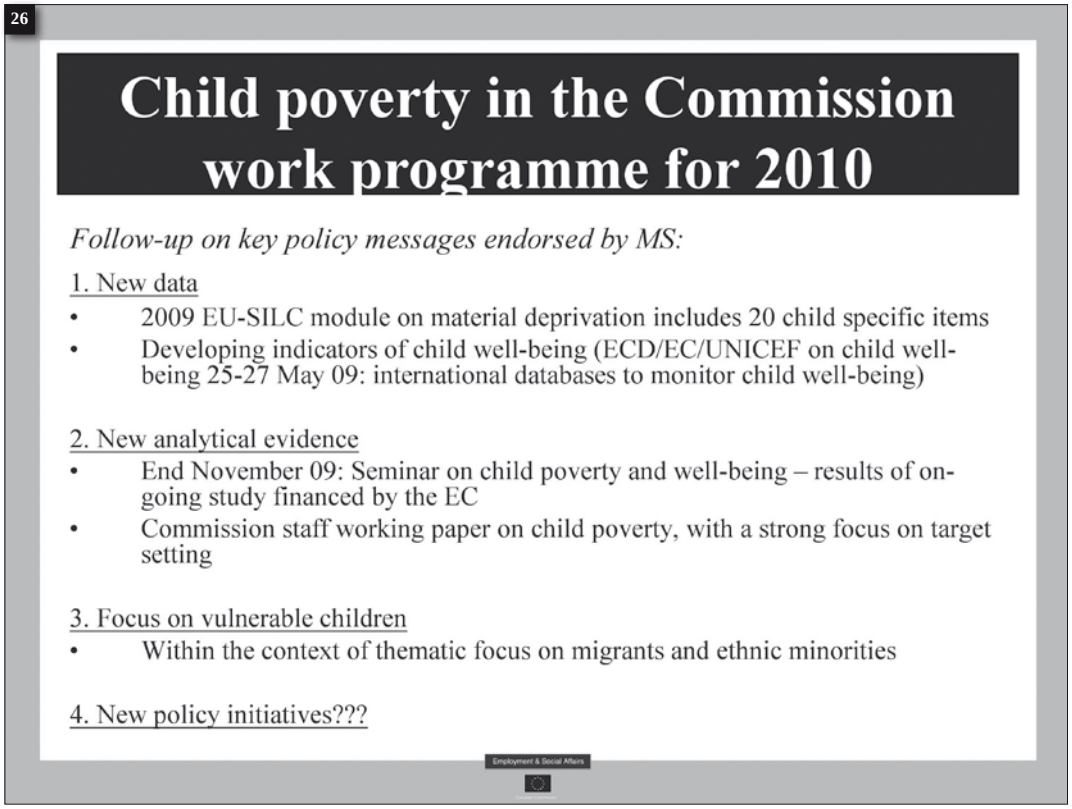
Auch in diesem Fall haben wir die Zeitreihen von 2005 bis 2007. Wir können sehen, dass in den letzten drei Jahren die Quoten für materielle Armut in neuen Mitgliedsstaaten erheblich und in alten Mitgliedsstaaten in geringerem Maße abgenommen haben. Also hat das Wirtschaftswachstum nicht geholfen, in den letzten Jahren relative Armut zu reduzieren und Ungleichheiten zu verringern. Gleichwohl konnte extreme Armut, die schärfste Form des Mangels, vermindert werden, vor allem in neuen Mitgliedsstaaten, in den relativ ärmeren Ländern, aber auch in alten Mitgliedsstaaten. Das heißt, dass Wirtschaftswachstum weiterhin ein Schlüsselinstrument im Kampf gegen Armut ist.

23 | Darum braucht die Europäische Union eine ambitionierte, effektive, weitsichtige Wachstums- und Beschäftigungsstrategie. Ich behaupte, die Krise hat die Notwendigkeit verstärkt, Bedingungen für ein gesundes und robustes Wachstum auf der Ebene der Europäischen Union zu schaffen. Andererseits, und unser Schlüsselindikator spricht da Bände, ist auch der soziale Zusammenhalt ein Hauptmerkmal des europäischen Modells. Fairness und soziale Gerechtigkeit werden immer wichtiger, je knapper die Ressourcen werden.

Das Fazit, das wir aus dieser Präsentation der zwei Realitäten - Indikatoren für relative Armut und materielle Armut - ziehen, ist, dass der Kampf gegen die Kinderarmut nicht nur von äußerster Wichtigkeit aus der Perspektive der sozialen Gerechtigkeit ist, sondern auch eine unerlässliche Investition in die Zukunft. In den kommenden Monaten müssen wir die Entwicklungen in der Lissabon-Strategie genau beobachten. Es ist interessant, dass dies in einem entscheidenden Jahr, nämlich dem Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung stattfindet.

24 | Also, 2010 wird das Europäische Jahr gegen Armut.

Der Initialvorschlag kam von den Netzwerken und die Kommission hat diesen Vorschlag in die Soziale Agenda 2005-2010 aufgenommen. Er ist jetzt Realität und wir bereiten uns darauf vor. Das Rechtsinstrument wurde von der Kommission 2007 vorgestellt, diskutiert und dann vom Rat und Parlament 2008 gebilligt. Das Rechtsinstrument benennt äußerst klar die Hauptziele des Jahres, nämlich: Anerkennung von Rechten, gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung, Einbeziehung, Zusammenhalt, Engagement und konkrete Maßnahmen.



25 | Was erwarten wir von diesem Europäischen Jahr? Natürlich erwarten wir eine Steigerung der öffentlichen Wahrnehmung in Bezug auf das Problem der Armut und der sozialen Ausgrenzung, mehr Engagement außerhalb des Kreises derjenigen, die sich traditionell mit dem Kampf gegen Armut beschäftigen, eine bessere Einbeziehung der regionalen Ebene und eine sichtbare Präsenz auf der politischen Agenda. Wir haben bereits gesehen, dass Kinderarmut eine Priorität in den nationalen Programmen ist, denn wir haben jetzt nahezu alle nationalen Programme für das Europäische Jahr erhalten. Nach unserer Einschätzung ist Kinderarmut in all diesen Programmen unübersehbar. Sowohl die spanische als auch die belgische Ratspräsidentschaft, die beide die Umsetzung des Europäischen Jahres begleiten werden, haben ihr Engagement für das Anliegen der Kinderarmut signalisiert.

26 | Und was plant die Kommission für 2010? Zunächst werden wir natürlich alle Botschaften bearbeiten, die ich eingangs gelesen habe und die die Mitgliedsstaaten befürwortet haben. Wir fördern die Analyse auf dem Gebiet der Kinderarmut durch neue Datenerfassung, vor allem durch aktuelleres Datenmaterial. Natürlich werden wir uns auf ein Thema konzentrieren, das sich beim Kampf gegen die Kinderarmut in den Vordergrund drängt: das Thema der Zielvorgaben. Im November wird ein Seminar veranstaltet und die Kommission wird wohl ein Arbeitspapier der Kommissionsdienststellen vorbereiten um ein besseres Verständnis dafür zu schaffen, inwieweit das Formulieren von quantitativen Zielsetzungen im Kampf gegen Kinderarmut hilfreich sein kann. Wir setzen die Produktion neuer Daten fort, zum Beispiel durch die Perfektionierung der Statistiken über materielle Armut durch die Einbeziehung kind-spezifischer Datenelemente. Wir arbeiten mit der OECD und der UNICEF im Bereich Kindeswohl zusammen.

Was politische Initiativen im Bereich der EU angeht, müssen wir noch etwas warten, bis der politische Kontext abgeklärt ist. Wie Sie wissen, wird im Januar die neue Kommission gewählt. Es besteht eine große Unsicherheit, weil wir auf das Inkrafttreten des Lissabon-Vertrags für die offizielle Amtseinführung von Präsident Barroso warten, obwohl die Nominierung der Staatschefs und natürlich die Berufung der Kommission vorliegt. Die Kommissionsdienststellen warten eigentlich nur auf die Klärung der politischen Rahmenbedingungen.

Abschließend glaube ich, dass unsere gegenwärtige und zukünftige Arbeit durch drei Themen beherrscht wird. Erstens sind wir sicher, dass wir alle politischen Voraussetzungen für das schaffen müssen, was wir einen Paradigmenwechsel nennen können. Es wird der Allgemeinheit immer bewusster, dass das Kind sowohl Objekt als auch Subjekt der Politik sein muss. Dies ist eine inhärente Wahrnehmung und ein Ausgangspunkt für zukünftige Arbeit, vor allem im Hinblick einer Verknüpfung mit der Kinderrechtsagenda. Darüber wurde ja gestern ausführlich debattiert.

Ein zweiter Schwerpunkt sind besonders benachteiligte Kinder. Die Ursachen für die Trends, die hervorgetreten sind, die beunruhigenden Trends, sind bedingt durch die neuen Trends der Globalisierung, der Migration, aber auch in gewissem Maße durch die Veränderung und Erweiterung der Europäischen Union. Wir erleben immer mehr Formen extremer Armut: bei Kindern mit Migrationshintergrund, bei ethnischen Minderheiten und in Ländern, in denen der Wohlfahrtsstaat noch nicht so weit entwickelt ist, dass Kinderarmut als Problem angegangen wird.

Dies bekräftigt das von mir bereits Gesagte: Wir müssen weiterhin den Gesamtkomplex des Problems angehen, uns aber gleichzeitig auf besonders benachteiligte Gruppen konzentrieren. Die Liste hier ist nicht vollständig. Da sind auch Kinder in Heimeinrichtungen, Kinder von alleinerziehenden Eltern, die neuen Formen der Armut, die auf einen hohen Benachteiligungsgrad hindeuten. Zu guter Letzt müssen wir uns stärker auf Qualitätsdienstleistungen konzentrieren. Das haben wir bei der Arbeit über aktive Eingliederung gelernt, da wo es ganz gute Grundlagen für Integration geben kann: am Arbeitsmarkt, beim Mindesteinkommen, usw. Aber das funktioniert nur, wenn sie durch effektive, integrierte, universelle Dienstleistungen untermauert werden. Das sind die drei Bereiche, die wir uns in unserer zukünftigen Arbeit ansehen werden. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Peggi Liebisch:
Herzlichen Dank, Antonia Carparelli, das war sehr interessant und ich habe viele Fragen. Wir werden nachher diskutieren, denn wir werden jetzt erst Frau Moser hören. Ich bin gespannt auf Ihren Vortrag, Frau Moser. Michaela Moser haben wir gestern schon kennengelernt, sie war Teilnehmerin der Podiumsdiskussion. Sie ist Vizepräsidentin der EAPN, des Europäischen Anti-Poverty-Networks. Und ich bin fast sicher, dass ihre Sicht der Dinge etwas anders ist. Sie wird uns jetzt aus der Sicht der Nichtregierungsorganisationen des Netzwerkes die EU-Strategien gegen Kinderarmut interpretieren. Wir dürfen gespannt sein.

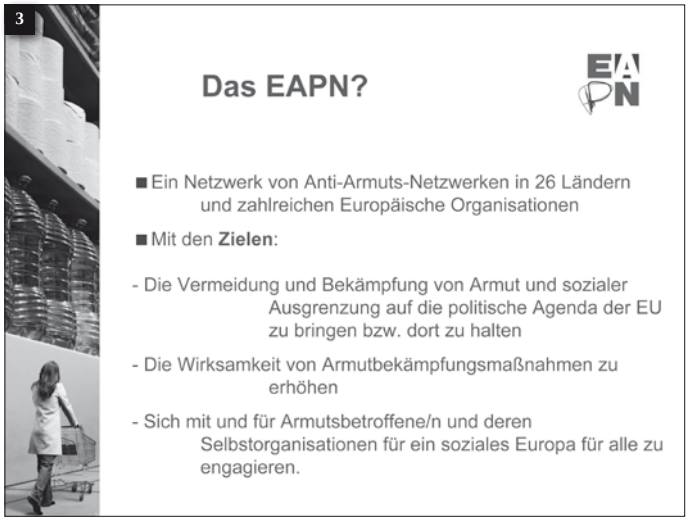
WAS BRINGT DIE ARMUTSPOLITIK DER EU?

Dr. Michaela Moser
Vizepräsidentin des EAPN, Brüssel/Wien

1 | Vielen Dank auch von meiner Seite für die Einladung. Ich habe ja schon gestern einige Elemente des Ansatzes des EAPN auch im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Kinderarmut angedeutet, die für uns eben sehr stark im Kontext der Armutsbekämpfungspolitik allgemein steht. Die Frage, die ich von den Veranstalter/innen für diesen Vortrag bekommen habe, war: Was bringt die Armutsbekämpfungspolitik der EU? Ich kann und möchte keine eindeutige und endgültige Antwort darauf geben. Ich glaube - oder ich hoffe -, dass das Kapitel noch nicht abgeschlossen ist. Aber ich möchte auf einige Erfolge und Schwächen, Hindernisse und auch Chancen, Notwendigkeiten und Visionen hinweisen. Eine Vorbemerkung möchte ich noch dazu machen: Ich werde jetzt sehr viel über allgemeine Armutsbekämpfungspolitik sprechen und erst am Ende noch einmal auf die Kinderarmut zurückkommen.

2 | Ich habe diese Folie mit dem Titel „Arme Kinder fallen nicht vom Himmel“ versehen, weil es für uns als EAPN sehr wichtig ist, immer den Gesamtkontext und die Armutsbekämpfungspolitik als solche zu sehen, neben den vielen spezifischen Gruppen und spezifischen Maßnahmen, die in der Armutsbekämpfung natürlich notwendig sind. Da haben wir aber zum Glück unsere Mitglieds- und Partnerorganisationen: sehr gute Organisationen, die sich spezifisch um Kinderangelegenheiten, um Wohnungslosigkeit, um Menschen mit psychischen Problemen, also um die verschiedenen Probleme und um verschiedene Risikogruppen speziell und um die spezifischen Maßnahmen kümmern. Für uns als gesamtes Armutsnetzwerk ist es sehr wichtig, den Blick aufs Ganze zu richten und zu sehen bzw. zu unterstreichen, dass diese grundlegenden Strategien und Maßnahmen der Armutsbekämpfungspolitik sehr wichtig sind und auch ganz zentrale Effekte haben - in dem Fall eben auf die Bekämpfung von Kinderarmut.

Arme Kinder fallen nicht vom Himmel. Sie leben normalerweise in armen Haushalten, oder - wie wir gestern auch schon zur Sprache gebracht haben - nicht in Haushalten, sondern in Institutionen, die aber meist nicht entsprechend ausgestattet sind, um diese Kinder aus der Armut zu holen.



3 | Ganz kurz noch: Was ist das EAPN? Das EAPN ist ein Netzwerk von Anti-Armuts-Netzwerken in mittlerweile 26 Ländern. Dem Netzwerk gehören auch zahlreiche europäische Organisationen an, die sicherstellen, dass wir zum Blick aufs Ganze immer auch die spezifischen Bedürfnisse, Interessen, Vorschläge von unterschiedlichen Gruppen, bzw. aus der Sicht auch unterschiedlicher Problemlagen, in unsere Gesamtarbeit mit einbeziehen. Ziele des EAPN sind die Vermeidung und die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf die politische Agenda der EU zu bringen, und sie auch dort zu halten. Das verlangt immer wieder einige Anstrengungen, wie wir noch sehen werden.

Es geht aber auch darum, die Wirksamkeit der Armutsbekämpfungsmaßnahmen zu erhöhen. Es gibt ja sehr viele Maßnahmen, wie wir jetzt gerade gehört haben. Nicht immer kommen sie auch entsprechend an. Es ist für uns sehr wichtig, uns mit und für Armutsbetroffene, also mit Menschen mit Armutserfahrungen und deren Organisationen, gemeinsam für ein soziales Europa zu engagieren. Viele Mitgliedsorganisationen des EAPN oder der nationalen Netzwerke sind Dienstleister, sind soziale Organisationen, Wohlfahrtsverbände. Sie sind sozusagen Spezialisten, Sozialarbeiter/innen, was auch immer. Aber es ist sehr wichtig - und das wird in den letzten Jahren auch in vielen Ländern gestärkt - auch mit Selbstorganisationen von Menschen mit Armutserfahrungen ganz dezidiert zusammenzuarbeiten und immer wieder deutlich zu machen - das war von Anfang an ein wichtiges Prinzip des EAPN - dass effektive Maßnahmen nur umgesetzt werden können, wenn die Betroffenen direkt mit einbezogen werden.

4 | Ja, was bringt die Armutsbekämpfungspolitik der EU? Ich habe hier ein paar Zitate von einigen der europäischen Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen zusammengestellt. Das sind pessimistische, negative Aussagen, wie Sie sehen werden. Also die Frage oder der Gedanke: Wie kann die Lissabon-Strategie ein Erfolg sein, wenn es noch stets so viel Ungleichheit gibt? Auch freundliche Worte über Solidarität verlieren immer mehr an Bedeutung, wenn nicht bald hohe Standards eingeführt werden.

- Der Gedanke, dass Jobs mehr zählen als Menschenleben, wurde geäußert.
- Die Erfahrung, dass die öffentliche Meinung über Armutsbetroffene sich negativ verschärft hat und viele glauben, dass Menschen mit Armutserfahrungen, die in Armut leben, nur arbeitsscheu sind. Dass eben viele auch deshalb stigmatisiert und angegriffen werden.
- Der Seufzer – muss man in dem Fall schon sagen –, dass Menschen mit Armutserfahrungen ihre Geschichte tausend Mal erzählen müssen, also immer wieder und wieder die gleichen Erfahrungen der konkreten Realität berichten müssen.
- Und auch die Analyse, dass Migrant/innen von vielen Sozialleistungen ausgeschlossen sind, dass viele immer noch keine anständige Wohnmöglichkeit haben, nicht heizen können und dass es für viele keine Mindestsicherung gibt oder an eine Mindestsicherung zu kommen, einem Behördenhindernislauf gleicht.

Das sind nur einige der Statements, die von Menschen mit Armutserfahrungen gemacht wurden. Natürlich ist das sozusagen eine Negativauswahl. Es sind die Erfahrungen jener, bei denen auch sinnvolle Maßnahmen, die ja getroffen werden, gar nicht ankommen.

Ich denke, auch das muss uns zu denken geben und schränkt den positiven Blick auf die vorhandenen Strategien und Maßnahmen ein. Es gibt sehr viele Menschen, die mit diesen Maßnahmen nicht erreicht werden. Es gibt sehr viele Lücken. Die Maßnahmen sind nicht effektiv genug.

Nichtsdestotrotz möchte ich noch ein bisschen weiter zurückgehen. Wir haben ja gestern auch in der Diskussion schon kurz Folgendes gestreift: Welche Kompetenzen hat überhaupt die EU, was kann sie überhaupt sagen zu sozialen Fragen? Das hat sich im Laufe der Zeit auch verändert. Das ist insofern auch wichtig, weil es auch bedeutet, dass das nicht in Stein gemeißelt ist.

5 | Dass es im Moment nur sehr weiche Empfehlungen von Seiten der EU geben kann, heißt also nicht, dass das immer so bleiben muss. Wir sehen dann auch, es war früher noch weniger möglich: Es gab zunächst in den 70er, 80er Jahren die so genannten EU-Poverty Programme, das waren vor allem Programme zur Förderung von Forschung, Austausch zu Armutsfragen. Ein sehr wichtiger Meilenstein war dann der Vertrag von Amsterdam, der es mit einer Klausel überhaupt ermöglicht hat, dass eine Koordination in der Sozialpolitik erfolgt. Also vorher war noch weniger möglich.

Wir sehen die Bewegung ist quasi aufsteigend, und es geht natürlich noch mehr. Es kam dann die Lissabon-Strategie, da haben wir schon viel davon gehört und wir werden noch mehr hören von der mit ihr verbundenen Offenen Methode der Koordinierung: Beschäftigung, Sozialschutz, soziale Eingliederung. Seit 2006 gibt es aus allen Ländern für diese Bereiche regelmäßige strategische Berichte.

Wichtig ist im Rahmen der Lissabon-Strategie auch die so genannten nationalen Reformprogramme für Beschäftigung und Wirtschaftspolitik in den Blick zu nehmen, auch wenn wir mit diesen meist weniger befasst sind.

Seit 2006 hat vor allem die EU-Sozialagenda, neue Impulse gegeben, wovon ich jetzt das Konzept der aktiven Eingliederung - Active Inclusion - herausgegriffen habe. Es wurde schon genannt, ich werde dann noch einmal darauf zurückkommen.

Und 2010 - sehr wichtig - kommt das europäische Jahr der Armutsbekämpfung, das hoffentlich auch ein Stück weit ein Window of Opportunity ist. Gemeinsam mit der Tatsache, dass es neue Institutionen geben wird, dass eine neue Kommission zusammentritt, dass das Parlament gerade gewählt wurde, stellt das eine wichtige Möglichkeit dar, sich mit besseren Strategien einzuschalten.

6 | Einige der Meilensteine sind aus unserer Sicht auch Stolpersteine, z.B. die Strukturfonds, zu denen auch die Sozialfonds gehören. Da gibt es natürlich sehr viele Mittel, um verschiedenste Dinge zu bewegen, nicht immer werden aus unserer Sicht diese Mittel gut eingesetzt. In vielen Ländern ist es sehr schwierig, dass Nichtregierungsorganisationen - vor allem auch kleinere Organisationen - in irgendeiner Form auf diese Mittel Zugriff haben, mitbestimmen können, wie die Mittel eingesetzt werden. Also dieses Prinzip der Partizipation, der Einbeziehung von Betroffenen oder von Menschen, die nahe an Betroffenen sind oder mit Menschen mit Armutserfahrungen arbeiten, wird hier aus unserer Sicht sehr schlecht berücksichtigt. Das ist ein Stolperstein. Ein weiterer Stolperstein ist die EU-Politik zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse und sozialen Dienstleistungen. Wir haben immer wieder gehört, wie wichtig diese sozialen Dienstleistungen sind. Genau hier gibt es eigentlich seit Jahren einen andauernden Kampf von einigen Gruppen, diese sozialen Dienstleistungen, diese Dienstleistungen von allgemeinem Interesse zu schützen, ein Stück weit - sage ich jetzt - vor dem freien Markt, weil wir wissen, dass bestimmte Angebote, wenn es um die Gesundheit von Menschen geht, wenn es um Bildung geht, nicht so gut und jedenfalls für viele oder nicht für alle gut funktionieren, wenn sie einfach den Gesetzen des Markts unterworfen werden. Und ein Stolperstein ist auch immer wieder die generelle Ausrichtung der EU-Politik auf Wachstum und Beschäftigung; Wettbewerb und Innovation spielen da eine ganz wichtige Rolle. Gegen Wettbewerb und Innovation wäre nichts zu sagen, wenn sich der Wettbewerb z.B. auf die beste Armutsbekämpfung oder die Innovation beziehen würde. Auch Wachstum und Beschäftigung ist natürlich an sich keine schlechte Sache. Man muss sich nur fragen, welches Wachstum.

Und ich glaube schon - hier sehe ich die Wachstumspolitik der EU kritischer als meine Vorrednerin, - dass wir hier zumindest einen genaueren Blick darauf werfen müssen, was diese Wachstumspolitik wirklich bringt und wem sie was bringt. Und wir dürfen jetzt in den Zeiten der Krise nicht vergessen, dass auch in Wachstumszeiten

Menschen gekündigt wurden, dass Jobs abgebaut wurden. Es ist nicht nur jetzt ein Zeichen der Krise.

7 | Kurz noch mal die Lissabon-Agenda, die sich als Dreieck darstellen lässt. Ich habe versucht, dieses Dreieck ein bisschen schief zu zeichnen, weil es von Anfang an etwas schief lag. Wirtschaftswachstum und Beschäftigung höher, der soziale Zusammenhalt immer ein wenig untergeordnet. Es gibt diesen Satz „Die Union soll zur wettbewerbsfähigsten und auf dem dynamischsten Wissen basierenden Wirtschaftsmacht der Welt werden, mit nachhaltigem Wirtschaftswachstum", der mit folgendem Halbsatz weitergeht, den viele sehr oft vergessen (haben): „mit mehr und besseren Arbeitsplätzen", und dann wird die Schrift immer kleiner und den Teil, der da lautet: „und stärkerem sozialen Zusammenhalt" konnte und kann man in vielen Texten oft gar nicht mehr lesen. Es gab auch in der so genannten Mid-Term Review, als die Lissabon-Strategie 2005 evaluiert wurde, eine Gefahr der Streichung der sozialen Säule. Barroso sagte damals: „Wir haben zwei kranke Kinder - Beschäftigung und Wachstum, da können wir uns nicht auch noch um den sozialen Zusammenhalt kümmern." Es gab dann damals die Kampagne „Save Our Social Europe", und es ist gelungen die soziale Dimension zu retten - und es ist jetzt natürlich wichtiger denn je und wird in den Räten auch von offizieller Seite zumindest rhetorisch unterstützt, dass der soziale Zusammenhalt weiterhin eine wichtige Rolle spielen muss.

8 | Das hier sind die Ziele, wie sie ursprünglich, also für die OMK, in Nizza formuliert wurden. Sie wurden dann später - das haben wir in der vorherigen Präsentation gesehen - umstrukturiert. In dieser ersten Formulierung der Ziele sind sehr wichtige Prinzipien enthalten, z.B. die Prävention von Armut und Ausgrenzung, die auf keinen Fall aus dem Blick verloren werden darf und die Maßnahmen für die am stärksten Gefährdeten.

Das EAPN war damals mit den Zielen recht zufrieden. Hatten wir doch im Jahr davor ein Papier mit dem Titel „Ein Europa für alle" veröffentlicht, das sehr ähnliche Forderungen enthielt.

9 | Bei der Strategie der aktiven Eingliederung, von der wir auch in verschiedenen Inputs schon öfter gehört haben, geht es nicht zuletzt um das Kleingedruckte. Achten Sie deshalb bitte vor allem auf das jeweilige Adjektiv.

Ein portugiesischer Wissenschaftler hat in einem Vortrag beim EU Social Roundtable vor einiger Zeit auf den Azoren darauf hingewiesen und das habe ich mir bis heute sehr gut gemerkt und wende das auch immer an: Es geht um adäquate monetäre Mindestsicherung, also um „Minimum Income". Ich habe das jetzt mit monetärer Mindestsicherung übersetzt, weil es im Deutschen dabei oft eine Verwechslung mit den Mindestlöhnen gibt. Um qualitätsvolle soziale Dienstleistungen - also die Qualität ist entscheidend - und um aktive - und ich würde dazu sagen aus unserer Sicht - auch integrative Arbeitsmarktpolitik.

Das „aktiv" darf also nicht nur als Aktivierung verstanden werden, sondern muss auch als integrativ gesehen werden. Als EAPN sind wir seit einiger Zeit - das wurde auch gestern im Vortrag von Jana noch einmal angemerkt - insbesondere auch bemüht, die Bedingungen und eine Rahmenrichtlinie in Richtung einer adäquaten Mindestsicherung zu fordern. Es gibt in sehr vielen Ländern überhaupt keine Mindestsicherungssysteme, und in vielen anderen Ländern keine adäquaten Mindestsicherungssysteme. Und wir wissen, dass die monetäre Mindestsicherung ein ganz wichtiges Element der Armutsbekämpfung ist, auch was die Bekämpfung von Kinderarmut betrifft. Wenn es auf der Einkommensseite hinten und vorne nicht stimmt, dann kann das nur sehr teilweise und vor allem nicht in allen Bereichen ausgeglichen werden, auch nicht mit den besten sozialen Dienstleistungen. Und es ist eine Tatsache, dass viele Menschen am Arbeitsmarkt keinen entsprechenden Job finden. Alle drei Aspekte müssen deshalb ineinander greifen. Wir haben im Moment als EAPN aber kampagnenmäßig besondere Priorität auf die Mindestsicherung gesetzt. Unter dieser Adresse - www.adequateincome.eu - können auch Sie für Mindestsicherungssysteme in ganz Europa unterschreiben.

10 | Derzeit - das habe ich schon angedeutet - sind wir aus unserer Sicht in einer ganz zentralen Situation, in einer Zeit, in der sich einiges entscheiden kann, nämlich wie es „Beyond Lisbon", also nach der Lissabon-Strategie, die ja bis 2010 reicht, weiter geht. Wir denken, dass Europa an einem Scheideweg steht. Es muss eine Entscheidung getroffen werden. Es gibt verschiedene Konzepte, die vielleicht auch kombiniert werden können, das wird man sehen. Hier ist das jetzt einmal ein bisschen pointiert gegenübergestellt: Einerseits, Lisbon Plus wie dieses Konzept manchmal genannt wird - wobei man sich fragen muss, ob es nicht eher ein Lisbon Minus ist, - das eine Stärkung von Wettbewerb und Innovation,

Stärkung der Außenpolitik, eigentlich eine Stärkung des Bisherigen darstellt. Also ein Weitergehen in der bisherigen Stoßrichtung der Politik von Wachstum und Beschäftigung.

Oder - das wäre der zweite und nicht unbedingt jetzt in totaler Opposition zu sehende Weg: ein soziales und nachhaltiges Europa. Aber die Frage ist eben, wo setzt man die Priorität für ein soziales und nachhaltiges Europa? Hier braucht es einen Paradigmenwechsel hin zu ganz klar definierten gleichberechtigten fünf Säulen, *Wirtschaft, Soziales, Beschäftigung*, aber eben auch *Ökologie*. Und durchziehen muss sich auch aus unserer Sicht die *globale Verantwortung*, die kommt sehr oft in den Debatten über die Weiterentwicklung der Europäischen Union viel zu kurz. Aus Sicht des EAPN geht es aber auch darum, und ich glaube, es ist auch wichtig, mit vielen Menschen darüber ins Gespräch zu kommen.

11 | Welches Europa wollen wir? Es braucht sozialen Fortschritt. Wir glauben, dass dieser soziale Fortschritt möglich ist - auch in Zeiten der Krise. Es wird jetzt so getan, als müsste in Zeiten der Krise gerade wieder besonders auf Wachstum und Beschäftigung gesetzt werden. Wir wissen, dass

Wachstum und Beschäftigung nicht automatisch wie durch Wunderhand sozialen Zusammenhalt mit sich bringen, sondern dass dafür etwas getan werden muss, und dass eigentlich genau jetzt, in Zeiten der Krise, soziale Investitionen notwendig wären, sich aber in den Konjunkturpaketen so gut wie nicht finden. Zur Bekämpfung der Armut braucht es auch den Abbau von Stereotypen und einen garantierten Zugang zu Grundrechten. Ich denke, das ist allen hier wahrscheinlich selbstverständlich.

Wir haben gestern schon kurz darüber gesprochen, dass es auch demokratiepolitische Verbesserungen braucht. Wir sind noch nicht am Zenit unseres demokratiepolitischen Systems angekommen. Es braucht stärker partizipative Elemente, und es gibt viele Fragen zu den Rechten von Minderheiten. Ein sehr wichtiger Punkt, der im EAPN in den letzten Jahren auch an Bedeutung gewonnen hat, ist die Frage nach dem gesellschaftlichen Reichtum. Im österreichischen Netzwerk haben wir diesen Slogan: „Wer von Armut spricht, darf von Reichtum nicht schweigen." Es geht also um Verteilungsfragen, es geht darum, wie der vorhandene gesellschaftliche Reichtum gerecht verteilt werden kann.

Und zuletzt geht es auch darum, dass Armutsbekämpfung ein lokales und globales Anliegen ist. Es ist uns wichtig als europäisches Armutsnetzwerk - und ich glaube, das kommt auch in der Frage der Kinderarmut immer wieder zum Vorschein - dass armutsbetroffene Kinder hier und dort in den südlichen Ländern nicht gegeneinander ausgespielt werden, und dass es dann nicht heißt „Ja, aber schaut euch mal an, wie die Leute in Afrika leben, die Kinder verhungern dort, es ist hier keine wirkliche Armut.", sondern ein Bewusstsein zu wecken, dass es letztlich der gleiche Kampf ist, ein gemeinsamer Kampf um ein Leben ohne Armut.

12 | Das EAPN hat für die Zeit nach 2010 sehr viele Forderungen entwickelt und auch ein umfangreiches Papier dazu veröffentlicht. Es geht aus unserer Sicht vor allem auch darum, eine neue Vision zu bilden, das braucht die Europäische Union, das brauchen vor allem auch die Menschen. „An EU we can trust" haben wir das, was wir zu brauchen glauben, genannt. Im Deutschen klingt das sehr pathetisch: „Eine EU, der wir vertrauen können". Aber es ist eben so, dass Menschen - das haben wir z.B. bei den Wahlen fürs Europäische Parlament gesehen - mehr und mehr das Vertrauen verlieren, sollten sie es überhaupt jemals gehabt haben, dass diese EU auch ihnen und auch im sozialen Bereich etwas bringt.

Deshalb muss in den Vordergrund gestellt werden, dass Menschen- und Umweltinteressen Priorität haben und nicht Profite, und dass die Wirtschaftspolitik im Dienst sozialer und nachhaltiger Entwicklung steht und nicht umgekehrt.

Ich glaube, auch das ist ein Problem in der aktuellen Diskussion: Es werden sehr oft Instrumente und Ziele vermischt. Man kann darüber produktiv streiten, ob Wachstum ein relevantes Instrument ist, um sozialen Zusammenhalt zu erreichen, als Ziel an sich, da wäre ich schon viel skeptischer. Und die Bekämpfung von Armut, sozioökonomischen Ungleichheiten und sozialer Ausgrenzung und die Verteidigung von Grundrechten sind die zentrale Herausforderung und auch eigentlich die Voraussetzung für jeden Fortschritt. Um so einen großen Wandel, man kann fast sagen: Paradigmenwechsel, der EU-Politik zu erreichen, den wir für notwendig halten, braucht es natürlich starke Allianzen.

13 | In den letzten Monaten ist etwas gelungen, was, glaube ich, schon ein sehr wichtiger Schritt in diese Richtung ist: Es haben sich die sozialen Organisationen - das EAPN ist auch Teil der Sozialplattform - die Umweltorganisationen, die entwicklungspolitischen Organisationen und die europäischen Gewerkschaften zusammengeschlossen und gemeinsam ein Manifest verabschiedet. Der Zusammenschluss dieser Gruppen nennt sich Spring Alliance, das Manifest heißt Spring Alliance Manifesto.

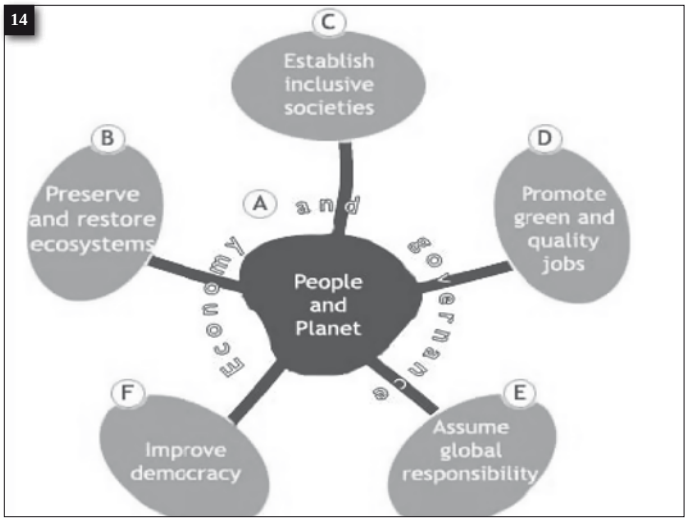
14 | In diesem Manifest geht es darum, dass sich die Ökonomie und das Regieren, die Politik, prioritär am Wohlbefinden der Menschen und dem Erhalt unseres Umweltsystems orientieren.

Das ist die zentrale Forderung, und dann gibt es einige untergeordnete Forderungen: der Erhalt und zum Teil die Wiederherstellung unseres schon angegriffenen Ökosystems, eine inklusive Gesellschaft zu schaffen. Wir haben schon viel zu den einzelnen Detailforderungen gehört: Es geht auch um soziale und ökologieverträgliche Jobs, „neue Jobs für neue Bedürfnisse“ heißt das im Positionspapier des EAPN. Es gibt im Umwelt-, aber auch im Sozialbereich sehr viele notwendige Tätigkeiten, die neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen würden. Die ganze Frage der globalen Verantwortung muss mitgedacht werden und die Demokratie muss sich verbessern. Ich hatte vorhin ja schon betont, dass wir auch demokratiepolitische Entwicklungen dringend brauchen.

15 | Hier finden sich die konkreten Forderungen des EAPN bzw. die Überschriften dazu: Was stellen wir uns in Bezug auf die Strategien, die nach 2010 entwickelt werden, jetzt konkret vor? Es wird eine neue Strategie kommen, das steht schon mal fest. Wir denken, dass diese eine Strategie des Sozialen und der Nachhaltigkeit sein muss, die ganz klar Fortschritte in der Bekämpfung von Armut und Ungleichheiten als Ziele enthält. Teil einer solchen Strategie sollte ein Sozialpakt oder sozialer Pakt, ein „Social Pact“, wie ihn das EAPN fordert, sein. Wir wollen diesen Pakt, weil wir glauben, dass es notwendig ist, dass alle Institutionen der Europäischen Union, das heißt die Kommission, das Parlament, der Ministerrat - also auch die Staatschefs aller Länder-, gemeinsam einen sozialen Pakt unterzeichnen, der ganz konkrete Verbesserungen, und damit auch mehr Rechte und Solidarität garantiert. Dabei geht es um das Schaffen von neuen Beschäftigungsmöglichkeiten, da geht es darum, auch die Auswirkungen der Wachstumspolitik genauer zu analysieren, vor allem die Frage der Ungleichheit. Es gibt sehr viele Studien - in England ist gerade eine sehr interessante Publikation dazu veröffentlicht worden - die zeigen, dass man über Wachstum lange streiten kann und es ein Level an Wachstum in den reichen Ländern gibt, wo mehr Wachstum

13

14



15

nichts mehr bringt, und die wirklich zentrale Frage die der Verteilung ist.

Die Frage der Verteilung und damit die Frage der sozialen Ungleichheit hat ungeheuer großen Einfluss auf sehr viele Indikatoren des sozialen Zusammenhalts und des guten Lebens in einer Gesellschaft. Von einem sozialen Pakt, der für mehr sozio-ökonomische Gleichheit sorgt, würden deshalb nicht nur Armutsbetroffene profitieren, sondern die gesamte Gesellschaft, das wäre auch wichtig zu vermitteln. Für die Erörterung weiterer Details in dieser Frage haben wir jetzt leider nicht die Zeit, darauf können wir aber eventuell in der Diskussion zurückkommen.

Ansonsten empfehle ich Ihnen, das Papier des EAPN zu „Post 2010“ zu lesen. Das gibt es in Englisch und in Französisch, und es werden hier noch einmal eine ganze Liste an detaillierten Instrumenten und Forderungen beschrieben, die dieser soziale Pakt enthalten sollte. Wichtig ist es auch, eine dynamische Partnerschaft für die notwendigen Veränderungen zu kreieren. Das heißt, es geht um die Frage von „Good Governance“: In welcher Form können sich Menschen beteiligen? Es gibt immer mehr positive Ansätze, es gibt immer mehr Beteiligungsprozesse und -möglichkeiten in den letzten Jahren, da hat die EU-Strategie in vielen Ländern - also jedenfalls ich kann das für Österreich sagen - einen wichtigen Beitrag geleistet. Unserer Regierung, unseren Ministerien wäre es nie im Leben eingefallen, die NGOs zu beteiligen. Und auch heute ist es immer wieder so, dass wir zu einem Treffen eingeladen werden und dann erfahren, die Kommission kommt zu einem Besuch, und auf der Liste der Kommission steht Punkt 5, Stakeholder-Gespräche. Und eine Woche zuvor wird im Ministerium dann schnell ein Stakeholder-Gespräch organisiert. Wir sind dafür dankbar, denn es bedeutet, dass wir einen Fuß in die Tür bekommen, z.B. eben auch im Wirtschaftsministerium rund um die nationalen Reformprogramme, wo normalerweise NGOs nicht eingebunden sind.

Da geht es aber dann auch darum, dass natürlich diese Beteiligung der NGOs sehr wichtig und sinnvoll ist. Vor allem muss es auch Menschen mit Armutserfahrung selbst inkludieren, es braucht dafür aber die notwendigen Strukturen. D.h. es muss klar sein, wie sind die Spielregeln, womit kann man auch rechnen, dass das aufgenommen wird, - aber auch die Frage der Ressourcen müssen geklärt werden. Denn NGOs brauchen Ressourcen, um sich angemessen beteiligen zu können.

Ich möchte jetzt noch einmal zurückkommen auf das Thema dieser Konferenz, auf das engere Thema der Kinderarmut also.

16 | Ich denke, dass alle diese Schritte, die ich genannt habe, große Auswirkungen auch auf die Frage der Kinderarmut haben und möchte vielleicht noch ein paar konkrete Vorschläge auch zu Ihrem Positionspapier machen, zu Punkten, von denen ich finde, es wäre wichtig, diese noch mitzubedenken. Oder vielleicht auch anzuschärfen, denn vieles davon ist ja im Positionspapier schon enthalten.

Das ist zum einen der Blick auf den oder die Einzelne und auf den Gesamtkontext. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, die spezifischen Bedürfnisse von Kindern zu sehen, und auch, was es dafür in den verschiedenen Politikfeldern braucht. Aber es ist ebenfalls sehr zu beachten und anzuführen, wie sehr der Gesamtkontext - und zwar nicht nur der sozialpolitische, sondern auch der wirtschafts- und finanzpolitische - auch die Frage der Kinderarmut beeinflusst.

Die Wichtigkeit der Beteiligung von Kindern und Eltern, das ist enthalten, denke ich, aber das kann nicht oft genug betont werden.

Wir haben gestern auch viel davon gesprochen, wie sehr die direkte Beteiligung von Kindern notwendig ist. Es ist aber auch notwendig - genauso notwendig - auch Eltern sehr stark an allen Vorschlägen und Strategien, die zur Armutsbekämpfung gemacht werden, zu beteiligen. Es braucht, das wurde heute auch schon sehr oft gesagt, universale Systeme und spezifische Maßnahmen, und es braucht - da bin ich auch gestern in der Diskussion schon kurz drauf eingegangen - eine gerechte Verteilung von Arbeit und Einkommen. Da ist zum einen der Blick auf das Einkommen wichtig, also die adäquate Mindestsicherung. Dazu gehört auch eine verteilungsgerechte Reform des Steuer- und Abgabensystems.

Der Punkt Steuern kommt ja in dem Papier vor, ich denke aber, dass eigentlich die notwendigen Reformen weit darüber hinausgehen, also Stichwort: Reichtum, Verteilung des Reichtums. Woher kommt das Geld, um soziale Infrastruktur, um Sozialleistungen zu finanzieren, wer profitiert im Moment von einem Steuersystem? Auch das hat Einfluss auf Fragen der Bekämpfung von Kinderarmut. Was das Kapitel Arbeit betrifft, dazu

habe ich gestern schon angemerkt, dass es wichtig ist, das Ganze der Arbeit zu sehen und nicht zu schnell - das würde ich allen NGOs jedenfalls raten - diese offizielle Engführung von Arbeit auf Erwerbsarbeit zu übernehmen. Vor allem, wenn es um Fragen auch der Kinderbetreuung, des Aufziehens von Kindern, des Lebens mit Kindern geht, wissen wir, dass es jede Menge von Arbeiten gibt, und sehr viele davon unbezahlt sind. Diese Arbeiten müssen in den Blick kommen, sie müssen aufgewertet werden und sie müssen in arbeitsmarkt- und sozialpolitische Überlegungen integriert werden.

Und das geht sehr oft weit über die gängigen Überlegungen zur Work-Life-Balance hinaus. Ja, auch Maßnahmen für Geschlechtergerechtigkeit gehören dazu. Das wird sehr oft übersehen, wenn es um Kinderarmut geht. Der Zusammenhang von Kinderarmut und Frauenarmut ist sehr stark gegeben, den sollten wir nicht aus dem Blick verlieren. Wir sehen das unter anderem eben auch an den hohen Armutsraten von Alleinerziehenden. Und man kann hier meistens von Alleinerzieherinnen mit kleinem „i“ sprechen: Auch das denke ich, ist wichtig, auch wenn es alleinerziehende Männer gibt - die sollen nicht unsichtbar gemacht werden - aber die Realität ist, dass die große Mehrheit der Alleinerziehenden immer noch Frauen sind. Und dass diese große Mehrheit von Armut besonders betroffen ist.

Wir brauchen also eine innovative Arbeitsmarkt- und auch Zeitpolitik. Der Zeitfaktor ist ja sehr wichtig, wenn es um Frauenarmut geht, und ich denke auch, wenn es um Kinderarmut geht.

Wir haben gestern gehört, dass auch die Frage der Fürsorge, der Liebe, der Zuwendung, die man den Kindern geben kann, relevant ist. Und das hat nicht nur - aber eben auch sehr viel - mit der Zeit zu tun, die zur Verfügung steht.

Auch Investitionen in soziale Dienstleistungen sind sehr wichtig, wenn es um gerechte Verteilung geht, um Zugang zu Möglichkeiten.

Zusätzlich aber, und das wurde auch genannt, und das ist ja auch ein wichtiger Punkt in Ihrem Papier, den ich noch mal unterstreichen möchte, braucht es einen Fokus auf Teilhabe.

Dabei geht es einerseits um demokratiepolitische Innovationen, das habe ich schon gesagt, aber auch um Antidiskriminierungs- und Antistigmatisierungsmaßnahmen. Wir dürfen nicht übersehen, dass Chancengleichheit alleine oft zu wenig ist.

Es kann formal gleiche Chancen geben, aber es ist sehr oft so, dass Diskriminierungsmechanismen es sozusagen Menschen verunmöglichen, diese Chancen zu ergreifen. Wir brauchen Chancen und Möglichkeiten, aber auch die Fähigkeiten, diese Chancen zu ergreifen, sonst bleibt die Rede von der Chancengleichheit eine leere Hülse, eben dann, wenn es nicht die Möglichkeit gibt oder wenn man nicht befähigt wird, eine vorhandene Chance auch zu ergreifen oder wenn man von anderen durch Diskriminierung, durch Stigmatisierung davon abgehalten wird.

17

Ein gutes Leben für alle!

Das eigenen Leben und nicht das einer/s anderen leben - Gesundheit - Gutes Wohnen, gute Ernährung - körperliche Integrität - Gefühle und Gedanken entwickeln und ausdrücken können - Sinne, Vorstellungskraft und Gedanken nutzen können - Praktische Vernunft entwickeln und sich eine Vorstellung vom eigenen guten Leben machen - Beziehungen zu Mitmenschen und zur Natur und zu Dingen herzustellen und zu pflegen - Zugehörigkeit und Respekt erfahren - für andere zu sorgen und umsorgt zu werden - Zeit und Möglichkeit für Muße und Spiel zu haben - zu lachen - sich arbeitend und handelnd in die Welt einschalten und diese mitgestalten können

17 | Zuletzt noch ein persönliches Statement, denn ich wurde in der Vorbereitung auch nach meinem persönlichen Zugang gefragt, also dazu, was mein persönlicher Fokus oder Vorschlag für die Armutsbekämpfungspolitik wäre, auch und gerade für die Bekämpfung von Kinderarmut. Hier ist es mir ein Anliegen zu sagen, dass ich es wichtig finde, dass wir immer wieder den Fokus auch weg von der Armut und hin zu einem guten Leben für alle richten, also zu unserem gemeinsamen Ziel.

Dass wir deutlich machen: Es geht nicht „nur“ - nur in Anführungszeichen - um Maßnahmen für armutsbetroffene Kinder und ihre Eltern, für armutsbetroffene Erwachsene, es geht um uns alle. Es geht um das Gesamte des Zusammenlebens in einem Lebensraum, in einem Staat, in Europa, auf der ganzen Welt. Und es geht darum, welche Verwirklichungschancen, welche Fähigkeiten es gibt. Ich habe einige davon aufgeschrieben: Das ist mehr oder weniger die Liste der Verwirklichungschancen, wie sie von der Philosophin Martha Nussbaum zusammengestellt wurde.

Sie werden sehen, dass viele dieser Verwirklichungschancen auch in anderen Dokumenten zu finden sind, z.B. in der Peking-Frauenplattform (ein schon älteres, aber immer noch relevantes Papier), oder in Studien, wie der großen Weltbankstudie „Voices of the Poor“, in der armutsbetroffene Menschen auf verschiedenen Kontinenten in Gruppendiskussionen zu Fragen des guten Lebens befragt wurden.

Hier und aus anderen Studien wird deutlich, dass auch weltweit gesehen nicht so unterschiedlich ist, was Menschen unter einem guten Leben verstehen, was Menschen für ein gutes Leben brauchen. Das kann sich im Detail unterscheiden, reicht aber von der körperlichen Gesundheit und Integrität, dem Dach über dem Kopf, das die meisten von uns brauchen, der Kleidung und Ernährung bis hin zur Möglichkeit, Gedanken entwickeln zu können, Gefühle entwickeln zu können, Beziehungen pflegen zu können, auch zur Umwelt.

Außerdem geht es darum, sich einschalten zu können in den eigenen Lebenskontext, arbeiten und handeln zu können. Und es geht auch darum - das wird in der beliebten Rede von der Work-Life-Balance oft vergessen - dass wir auch Zeit und Möglichkeit für Muße und Spiel haben, auch das gehört zum Menschsein dazu. Das ist vielleicht schwer in EU-Strategien aufzunehmen, sollte aber deshalb nicht aus dem Blick kommen.

Darüber hinaus ist es für uns alle wichtig, Zugehörigkeit und Respekt zu erfahren, für andere zu sorgen und auch selber umsorgt zu werden.

Das sind alles Dimensionen, die wir im Blick behalten müssen, auch wenn es um Armutsbekämpfung geht und vor allem eben, das ist mir persönlich ein großes Anliegen, im Auge zu behalten, dass das Ziel ein gutes Leben für alle ist, also viel mehr als bloß die Vermeidung von einem Übel. Wir sind ambitionierter, wir möchten mehr.

18 | Die letzte Folie besagt eigentlich, dass eine EU und auch eine Welt ohne Armut möglich ist. Das ist für uns als EAPN zentral, daran zu glauben und darauf hinzuarbeiten.
Konkret sind wir, wie es schon mehrmals hier erwähnt wurde und von vielen gefordert wird, auch dafür, dass quantitative Ziele in der Armutsbekämpfung gesetzt werden, es also Vorgaben gibt, die Armut um XX% zu reduzieren.

Dabei muss jedoch klar sein: Das eigentliche Ziel ist die Beseitigung der Armut, also dass es keine Armut mehr gibt.

Danke sehr.

DISKUSSION DER VORTRÄGE

Im Anschluss an die Vorträge diskutierten die Konferenzteilnehmer/innen die von Antonia Carparelli und Dr. Michaela Moser vorgestellten Überlegungen und Thesen. Die Moderation übernahm Peggi Liebisch, Bundesgeschäftsführerin des VAMV. Sie hob den von beiden Referentinnen angesprochenen Paradigmenwechsel hervor. Antonia Carparelli verlange, dass Kinder Subjekte und Objekte in der Gestaltung von Politik sein sollten; Michaela Moser wiederum fordere einen Paradigmenwechsel in dem Sinne, dass die EU in der Zukunft fünf gleichberechtigte Säulen haben müsse, wobei die Wirtschaft nicht mehr Priorität genießen, sondern im Dienste sozialer Entwicklung stehen solle.

Mit dieser Zusammenfassung begann die Sammlung der Fragen und Kommentare aus den Reihen der Konferenzteilnehmer/innen. Die Referentinnen antworteten zusammenfassend in zwei Antwortrunden.

Erste Fragerunde

Generell wurde seitens der Konferenzteilnehmer/innen das Instrument der OMK begrüßt und als positiv eingeschätzt. In diesem Zusammenhang betonte Erika Biehn *(VAMV Nordrhein-Westfalen)*, dass Betroffenenverbände in Deutschland nun stärker an politischen Prozessen beteiligt werden.

Gabi Schmidt *(Arbeitsministerium Nordrhein-Westfalen)* wies kritisch darauf hin, dass von der OMK durch den Streamlining-Prozess nicht viel bleibe. Sie fragte, inwiefern dies zu re-regulieren wäre oder in die neue Lissabon-Strategie passe.

Für die Einschätzung Antonia Carparellis, ob die von Michaela Moser entwickelten Visionen realisiert werden könnten, interessierte sich Ute Gerhard *(Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Berlin)* und fragte nach der Möglichkeit eines Paradigmenwechsels zu einem sozialeren Europa und wie die Chancen hierfür auch für die Zeit nach 2010 stünden.

Mit welchen Indikatoren das EAPN seinen Erfolg seiner Zielsetzungen innerhalb der EU messe, wollte Reinhard Loos *(Sachausschuss Familienlastenausgleich des Familienbundes der Katholiken)* wissen. Darüber hinaus hinterfragte er kritisch die Gestaltung der Transferpolitik durch das Instrument der Steuerpolitik. Im Bereich der direkten Steuern könne man gerade in Hinblick auf die Armutsbekämpfung wenig erreichen.

Antonia Carparelli:
Dies sind schwierige Fragen. Und zwar nicht, weil sie schwierig an sich sind, sondern weil ich nicht der richtige Ansprechpartner bin, da die politische Ausrichtung der Europäischen Union und der Kommission nicht in meiner Hand liegen. Meiner Meinung nach liegt sie nicht nur in den Händen der Staatshäupter, sondern auch in den Händen der Wähler.

Ich werde die Fragen der Reihe nach beantworten. Es freut mich zu hören, dass die Wahrnehmung vorherrscht, die Offene Methode der Koordinierung für Sozialschutz und soziale Eingliederung habe für eine Stärkung gesorgt, denn das war eines der Hauptziele der Strategien. Wie gesagt, gibt es keine genau festgelegten Kompetenzen der Union im Bereich der sozialen Eingliederung und des Sozialschutzes. Die Union kann die Arbeit der Mitgliedsstaaten ergänzen und unterstützen, besitzt aber keine direkten Befugnisse. Dennoch ist das, was wir tun, recht wichtig für Europa: eine verantwortungsbewusste Regierungsführung voranzubringen, Menschen zu befähigen, in den Mitgliedsstaaten rechtschaffene Dynamiken zu entwickeln. Das ist ein langer Prozess. Wir machen es uns nicht leicht bei der Erreichung unserer Ziele, aber es scheint Erfolg zu haben, wenn auch nicht in allen Ländern in gleichem Maße. Natürlich ist es eine fortwährende Anstrengung, da unsere Ressourcen begrenzt sind. Meine Anwesenheit hier ist ein gutes Beispiel für das, was wir vorhaben. Wir versuchen, überall zugegen zu sein, um die Sozialagenda in der gesamten Union wachsen zu lassen.

Wie stehen die Chancen, dass Michaelas Vision zur Vision der neuen Kommission wird? Lassen Sie mich völlig ehrlich sein. Wenn ich mir den Aufbau des Manifests ansehe, dann vermisse ich eine Rubrik, die sich mit Wirtschaft beschäftigt. Wenn wir das Wort „Wachstum“ nicht nutzen wollen, dann lassen Sie uns sagen „Reichtum, Vermögen“. Entschuldigung, aber das ist wichtig. Beim Kampf gegen Armut und beim sozialen Zusammenhalt geht es nicht nur um Verteilung. Wo nichts zu verteilen ist, werden die Leute gegeneinander kämpfen. Die Wohlstandsagenda ist eine wichtige Agenda. Natürlich muss man die Qualität berücksichtigen. Ich bin sicher, dass das Wachstum des letzten Jahrzehnts nicht immer ein nachhaltiges Qualitätswachstum war, aber wir brauchen Mechanismen zur Schaffung von Wohlstand. Wenn Menschen Häuser brauchen, dann müssen wir Häuser bauen, das ist Wachstum. Es gibt nicht genügend Häuser, und ich bin sicher, sie sind schlecht verteilt. Ich stimme Ihnen zu. Es gibt ein großes Problem bei der Einkommensverteilung. Und wir sprechen hier nur über Einkommen, denn unsere Indikatoren beinhalten nicht Vermögen, was vermutlich mehr aussagen würde. Aber, auch hier, muss auch Vermögen geschaffen werden, um es fair verteilen zu können.

Wie stehen die Chancen für eine Agenda, die näher an dem ist, was Sie sich vorstellen? Es wird wohl alles von den wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Beendigung der Krise abhängen. Wenn die politischen Führer dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit Vorrang geben und einer fairen Aufteilung der Kosten dieser Krise, dann führt das vielleicht zu mehr Zusammenhalt in Europa, mit einer sozialeren europäischen Agenda für die Zukunft.

Zu diesem Zeitpunkt kann man nicht viel darüber sagen, aber in ein paar Tagen wird Präsident Barroso mit seinem Entwurf vor das Parlament treten, und dann erfahren wir mehr. Es wird wohl eine Öffnung geben, denn die Gesamtkultur, nicht nur jenseits des Atlantiks, sondern auch innerhalb von Europa, ist in den vergangenen Jahren, wenn nicht direkt kritisch, so doch zumindest nachdenklich über die Lektion der letzten Jahre geworden, vor allem in Bezug auf die Wirtschaftskrise. Vielleicht teilen Sie nicht diese Vision, aber ich glaube, da ist nun ein gewisser Raum für eine sozialere europäische Agenda. Das würde auch zu einem Prozess passen, den wir in den letzten Jahren erlebt haben. Denn als die letzte Kommission ihre Arbeit aufnahm, war sie sehr wachstumsorientiert. Dann, während ihrer Zeit, änderten sich die Dinge, und 2008 hatten wir die erneuerte Sozialagenda.

Langfristig gesehen stimme ich Ihnen zu. Es ist ein Prozess, bei dem die Europäische Union sozialer werden wird, vom Antiarmutsprogramm, das kaum mehr war als ein Lippenbekenntnis zu dem Ziel der Armutsreduzierung, bis zur Offenen Methode der Koordinierung. Ich glaube, es gibt eine wachsende Integration der sozialen Ziele in die Ziele der Europäischen Union. Selbst wenn sie nicht jährlich gemessen wird, findet sie doch statt.

Die Straffung: Ich stimme der kritischen Beurteilung in Bezug auf das Streamlining, der Straffung, nicht zu. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bewusst war, ich bin in meinem Beitrag nicht auf das Thema Straffung eingegangen, weil ich mich kurz fassen wollte. Sonst hätte ich statt einer Stunde zwei Stunden geredet. Dieses Konzept bezieht sich auf 2005 - 2006, als die Kommission den Vorschlag machte - den die Mitgliedsstaaten annahmen - drei offene Methoden der Koordinierung, die verschiedene soziale Belange abdeckten (soziale Teilhabe, Pensionen und Gesundheit und Langzeit-Pflege) in einen einzigen Prozess, und zwar den Sozialschutz Soziale Eingliederung (SPSI)-Prozess, zusammenzufassen. Inzwischen haben sich immer mehr offene Methoden der Koordinierung entwickelt. Ich sehe das als einen Strukturwandel in der Arbeit der Europäischen Union an. Alle politischen Bereiche haben langsam eine europäische Dimension. Und da es ein mehr oder weniger verständliches Problem bei der Verteidigung der Souveränität der Mitgliedsländer gibt, schaffen wir durch die Offene Methode der Koordinierung eine Verbindung zwischen der europäischen Dimension und den nationalen Dimensionen. Wir haben eine offene Methode der Koordinierung für Jugendpolitik, für Bildung und Justiz, für Innenpolitik, etc. Ich glaube, das geht darauf zurück, dass es nicht ein einziges politisches Feld gibt, das vollständig losgelöst vom Wirkungsbereich der Europäischen Union ist. Wir integrieren uns mehr und mehr.

Lassen Sie uns auf das Streamlining, die Straffung, 2005 zurückkommen, bei der die Offene Methode der Koordinierung für Altersrente, die Offene Methode der Koordinierung für Gesundheit und Langzeitpflege und die Offene Methode der Koordinierung für den Kampf gegen Armut und soziale Eingliederung in einem Prozess zusammengefasst wurden. Das ging nicht ohne Schmerzen ab. Einige Interessenvertreter haben dies als Verlust betrachtet. Sie beschwerten sich, dass dies die Orientierung und die Vielschichtigkeit des Prozesses untergrabe. Wie ich es sehe (ich war nicht dabei, ich kann nichts dafür), ist, dass die Verschmelzung der drei Prozesse die Aufmerksamkeit auf das Funktionieren des Wohlfahrtsystems insgesamt richtete. Der Kampf gegen die Armut wird nicht mehr als ein eigenständiges Ziel, losgelöst vom Rest, gesehen. Er ist Teil des Ganzen, des funktionierenden Wohlfahrtssystems und des Gesundheitswesens im Allgemeinen. Sehen Sie sich die Debatte in den USA an, auch dort ist das Gesundheitssystem ein Schwerpunkt im Kampf gegen die Armut. Das schlecht funktionierende Gesundheitssystem hat viele Menschen in die Armut gestürzt. Für die Armut der älteren Menschen ist das gute Funktionieren der Altersversorgung wesentlich. Ich sehe es als einen Gewinn an, dass die drei Bereiche der Offenen Methode der Koordinierung zusammengefasst wurden, weil wir nun in der Lage sind, zu analysieren, inwieweit die allgemeine Auslegung des Wohlfahrtssystems zur Armutsverminderung beiträgt oder nicht. Die Nationalen Aktionspläne sind zwar jetzt schlanker, weil sie nicht mehr so viele Details enthalten. Aber das muss kein Fehler sein, da wir so die Hauptziele besser im Griff haben. Natürlich können die Nationalen Aktionspläne auf nationaler Ebene viel ausführlicher sein. Das ermöglicht eine bessere Kontrolle des Prozesses auf EU-Ebene.

Dr. Michaela Moser:
Ich sage jetzt gleich als erstes noch etwas zur OMK. Also, was ist übrig geblieben bzw. müsste das nicht stärker kritisiert werden?

Die Stärkung der Methode ist auch immer wieder auf allen Forderungslisten des EAPN. Ich habe das jetzt nicht angeführt. Ich hatte da noch drei Folien dazu, die habe ich gestrichen. Das ist aber eine zentrale Frage.

Jetzt aus meiner persönlichen Erfahrung - auch aus Österreich. Einer der zentralen Punkte ist, dass die Strategien oft nicht wirklich nationale Strategien sind. Es sind Berichtsübungen gegenüber der Europäischen Union, das muss man leider sagen. Und das - finde ich - ist einer der Knackpunkte. Dann gibt es im Detail viele Dinge, die verbessert werden müssen. Wir haben auch in diesem „Post 2010“-Papier des EAPN eine lange Liste dazu. Dazu gehören

klarere Ziele, wie es gestern auch schon von Eric Marlier formuliert worden ist: nämlich auch überprüfbare, quantitative Ziele, die ganze Frage der Implementierung und wie das auch evaluiert und beobachtet wird, die Strukturen der Stakeholder-Einbindung, die ganze Frage auch des Mainstreamings in andere Politikbereiche.

Da gibt es auch - das kann ich in Österreich jedenfalls beobachten und zum Teil auch was ich von den Kolleg/innen in anderen Ländern weiß - leichte Verbesserungen. Nur glaube ich, wenn sich an diesem grundlegenden Commitment nichts ändert, dann nützen uns diese sozusagen inneren Verbesserungen nur sehr beschränkt etwas. Und vielleicht kommen wir da zurück auch zu den Wählerinnen und Wählern. Letztlich ist es dann wieder eine nationale Angelegenheit. Wie gelingt es uns, Druck auf unsere Regierungen auszuüben, dass diese Berichte wirklich wieder - zum Teil waren sie es gar nie - also wirklich nationale Aktionspläne werden zur Armutsbekämpfung, für einen besseren sozialen Zusammenhalt? Auch inklusive der Teile zu den Pensionen, zur Gesundheit und zur Langzeitpflege? Das scheint mir zentral. Wie mir überhaupt im Moment - und da hat sich auch ein Stück, glaube ich, für uns als EAPN die Aufgabenliste erweitert - eigentlich - diese großen Linien sehr zentral erscheinen. Wir haben in den letzten Jahren sehr viel - und wir werden das weiterhin tun - an all diesen kleinen Puzzlesteinchen gearbeitet. Wir werden das weiterhin im Auge behalten. Es kommt sehr oft auch auf die Verbesserung einzelner Politikbereiche und oft sehr im Detail an. Das spüren die Menschen. Das bleibt wichtig, weil es auch unmittelbar ist.

Nur letztlich, wenn sich an diesen großen Zügen der Politik nichts ändert, an dieser Gesamtausrichtung, bleibt das eben immer sehr eingeschränkt. Deshalb haben wir als EAPN begonnen, und haben damit im Grunde genommen eine Mammutaufgabe übernommen - zum Glück nicht alleine, wirklich auch diese großen Linien der Politik ins Auge zu fassen.

Denn letztlich hat auch wiederum der Stellenwert der OMK, der Stellenwert dieses Berichts und dass er eben nicht als nationaler Aktionsplan verstanden wird, etwas damit zu tun, welche Priorität die Frage der Armutsbekämpfung überhaupt innerhalb des ganzen Repertoires einer Regierungspolitik hat. Und das ist eben eine sehr niedrige, das sehen wir auch jetzt in der Krise. Natürlich ist es wichtig, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ich bezweifle, dass es in dem Ausmaß erfolgreich sein wird, wie es unsere Politiker/innen im Moment versprechen. Ich glaube, es ist fahrlässig und unverantwortlich, nicht auch flankierende Maßnahmen zu treffen und jetzt so zu tun als glaubte man wirklich daran, es würde gelingen, die Arbeitslosigkeit vollkommen zu bekämpfen oder zumindest zu einem sehr großen Teil und keine weiteren Maßnahmen zu brauchen. Das heißt, sehenden Auges werden die Leute in ein noch größeres Unglück geschickt. Wir wissen als soziale Organisationen ganz genau, was passiert, wenn es keine präventiven Maßnahmen gibt: Die Menschen werden arbeitslos, sie glauben zuerst noch, dass sie, sagen wir mal, nach drei Monaten, nach einem halben Jahr wieder einen Job finden. Es wird einigen hoffentlich glücklicherweise gelingen, anderen aber auch nicht. Es nimmt der Druck auf die Familien zu. Es kommt zu finanziellen Problemen, weil viele auch Schulden haben. Es kommt zu Delogierungen, es kommt zu Scheidungen, es kommt zu gesundheitlichen Problemen, es kommt zu psychischen Problemen. All das nimmt umso mehr zu, je weniger Hilfsstrukturen da sind, nämlich Transferleistungen, also Mindestsicherungssysteme, die etwas auffangen, aber auch soziale Dienstleistungen, soziale Infrastruktur, sowie Beratungs- und Unterstützungsleistungen. Jetzt nicht in diese Infrastruktur und in diese Bereiche zu investieren, sondern sie zu kürzen oder beiseite zu lassen, ist meiner Meinung nach fahrlässig. D.h. eine Krisenpolitik im Moment, die nur auf Beschäftigung abzielt, erfasst nur ein kleines Segment dessen, was im Moment auch von einem weiteren Absturz oder einer Verfestigung der Armut bedroht ist.

Ich glaube, das müssen wir sehen und damit müssen wir die Politiker/innen auch konfrontieren.

Zum Wachstum: Ich glaube, wir sind in Europa weit davon entfernt, nichts zu verteilen zu haben. Viele unserer Länder gehören zu den reichsten Ländern der Welt, da gibt es nichts daran zu rütteln. Natürlich, es geht mir nicht um ein Nicht-Wachstum, obwohl es ja auch eine De-Growth, Theorie und Politik gibt.

Ich selbst habe zum Wachstum ein relativ neutrales Verhältnis, muss ich sagen. Also ich kann mich auch für Nicht-Wachstum nicht besonders ereifern. Aber ich glaube, dass wir uns die Wachstumspolitik genauer anschauen müssen. Wir haben in Österreich derzeit - vom Landwirtschafts- und Umweltministerium übrigens initiiert und auch finanziert - ein sehr interessantes Projekt zum Thema „Wachstum im Wandel“ laufen.

Auch in Großbritannien hat es hier ein sehr interessantes Projekt gegeben, „Prosperity without Growth“, also „Wohlstand ohne Wachstum“. Die Frage, welches Wachstum in welcher Qualität auf welche Weise wem nützt, die muss viel dezidierter gestellt werden. Die Studien zur Ungleichheit, die ich vorher schon erwähnt habe, zeigen eben sehr klar, dass es in den reichen Gesellschaften - und ein Großteil der europäischen Länder gehört dazu - vor allem also sehr viel bei der Lebensqualität und auch sehr viel unserer Themen hier auf die Verteilungsfrage ankommt.

Also nicht unbedingt z.B. wenn wir uns Kriminalität, Teenagerschwangerschaften, psychische Gesundheit, Drogengebrauch usw. anschauen.

Soziale Mobilität, also Bildungschancen, hängen nicht unbedingt davon ab, welche Gesellschaft die besten Wachstumsraten hat, sondern davon, wo die Verteilung gerechter ist. Das gilt ab einem bestimmten Level. Es stimmt natürlich: wo nichts ist, gibt es nichts zu verteilen, das ist unumstritten.

Es wäre lächerlich, das in Frage zu stellen. Aber ab einem bestimmten Level ist die Verteilungsfrage relevanter als die Frage nach noch mehr Wachstum. Denn es ist ja auch die Frage - das ist ja schon unendlich alt und geht zurück auf diesen Club of Rome Report - nach den Grenzen des Wachstums. Ich glaube, die Frage nach den Grenzen des Wachstums müssen wir uns wieder stellen.

Zweite Fragerunde

Es fehle, so erklärte Jana Hainsworth zum Auftakt der zweiten Fragerunde, an Druck zu einer tatsächlichen politischen Reform für die Mitgliedsstaaten. Um dies zu erreichen, könne man die Mittel des Regionalen Entwicklungsfonds und des Sozialfonds nutzen. Wie diese Fonds konstruktiver für den sozialen Zusammenhalt und nicht nur für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt eingesetzt werden könnten, lautete ihre Frage an die Referentinnen.

Albin Nees *(Deutscher Familienverband, Berlin)* interessierte sich für die Einschätzung Michaela Mosers, ob das Subsidiaritätsprinzip, das schließlich neben dem Solidaritätsprinzip in der europäischen Sozialgeschichte traditionell eine sehr große Rolle spiele, eher ein Hindernis oder ein Vorteil auf dem Weg zu einem guten Leben für alle sei.

Auf das Problem, dass Ansätze, die auf europäischer Ebene angesetzt werden und von Regierungen der Mitgliedsstaaten unterstützt werden, auf lokaler Ebene nicht mehr ankämen, verwies Kai Sachs *(Paritätischer Wohlfahrtsverband Schleswig-Holstein).* Er interessierte sich für Ideen und Erfahrungen, wie diese Situation gerade in Hinblick für NGOs zu verbessern sei. Zudem erkundigte er sich nach Daten zu Menschen mit Behinderungen, da ihre Armutsgefährdung als hoch einzuschätzen sei. Er mahnte an, dass die Vernetzung und Kooperation von Experten in Armutsfragen nicht gut sei und fragte die Referentinnen nach Lösungsansätzen für dieses Problem.

Antonia Carparelli:
Zunächst zur Anmerkung von Jana, mit welchen Instrumenten man Druck auf die Mitgliedsstaaten ausüben könnte. Natürlich bin ich auch dafür, die Europäischen Fonds zur Schaffung von Anreizen zu nutzen. Wir arbeiten daran, aber die Debatte geht sehr viel weiter. Wie Sie wissen, spielen die Mitgliedsstaaten eine große Rolle bei der Festsetzung der Höhe, der Ziele, der Funktionsweise und der Bestimmung der Strukturfonds. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit gern auf einen Bericht lenken, den Kommissarin Hübner anforderte, bevor sie als Mitglied ins Europäische Parlament einzog. Erstellt wurde er vom italienischen Wirtschaftswissenschaftler Barca und der Bericht zeigt einen ambitionierten Vorschlag, wie das Ziel der sozialen Eingliederung durch den Einsatz der Strukturfonds reformiert werden könnte. Für mich wäre das ein sehr guter Ansatzpunkt, wie man die Strukturfonds zur Erreichung der sozialen Kohäsion und Eingliederung besser einsetzen könnte. Aber ich muss hinzufügen, dass das meine persönliche Meinung ist und dass die Debatte in der Kommission noch läuft.

Ein weiteres Problem betraf die Tatsache, dass die Offene Methode der Koordinierung nicht die regionale Ebene erreicht. Ich gestehe, dass es Probleme gibt, weil der Prozess noch sehr jung ist. Es hat auf lokaler Ebene eine wachsende - wenn auch nicht gerade eindrucksvolle - Mobilisierung stattgefunden. Wir haben zum Beispiel einige sehr interessante Projekte mit Eurocities, einem Netzwerk europäischer Städte, angeschoben. Mehrere Regionen in verschiedenen Ländern haben ihr Interesse daran bekundet. Es ist noch nicht ein strukturierter Prozess, der die verschiedenen Regierungsebenen einbezieht. Aber es passiert etwas. Wir müssen Geduld bewahren und solche Entwicklungen unterstützen.

Ich möchte Ihnen über eine interessante Erfahrung berichten, die ich im letzten Frühjahr in meiner Region in Süditalien machte. Drei Jahre hintereinander hatte die Region eine Veranstaltung namens „Jährliches Treffen von Menschen mit Armutserfahrung“ organisiert, etwas, das seit acht, neun Jahren auf europäischer Ebene stattfindet. Sie haben also das europäische Modell auf regionale Ebene kopiert, um jedes Jahr Menschen mit Armutserfahrung zu versammeln und ihnen im politischen Entscheidungsprozess Gehör zu verschaffen. Dies als Beispiel für die Übertragung in eine gute Praxis.

Auch Behinderte wurden angesprochen. Man kann nicht immer alles aufführen, aber sie waren auf meiner Liste der besonders benachteiligten Gruppen. Ich sollte hinzufügen, dass wir auf Europäischer Ebene eine bedeutende Antidiskriminierungs-Gesetzgebung haben. Das war, glaube ich, eine der Errungenschaften dieser Kommission, nämlich die Antidiskriminierungs-Gesetzgebung auf die Gesamtheit der Behinderung auszuweiten. Das war keine leichte Aufgabe. Und auch dies ist ein Beispiel für den Einfluss der Europäischen Union auf die nationale Agenda, die die Firmen nun zwingt, ihre Strukturen an die europäische Gesetzgebung anzupassen.

Sie haben Recht mit dem Problem, wie ein effizientes Netzwerk zu organisieren ist. Das war eine große Herausforderung auf europäischer Ebene. Das PROGRESS Programm hat natürlich beim Aufbau dieses Netzwerks und bei der Zusammenführung nationaler Organisationen sehr geholfen. Michaela wird darüber berichten. In der Kommission haben wir alles getan, um nationalen Organisationen ihre Kooperation zu erleichtern, auch hinsichtlich der Erschaffung Europäischer Netzwerke. Idealerweise sollte sich das natürlich auf nationaler Ebene widerspiegeln, indem man regionale Organisationen zusammenfasst usw. Diese Komplexität zu bewältigen ist heutzutage eine der großen Herausforderungen des politischen Entscheidungsprozesses, für alle Seiten. Viel Glück dazu.

Bevor ich Michaela die Bühne überlasse, möchte ich noch über etwas reden, das Sie in dem Positionspapier angesprochen haben und das mir sehr wichtig erscheint. Es geht um Kommunikation, Transparenz und Verantwortung. In einer Situation, in der es so schwierig ist, soziale Angelegenheiten auf der politischen Agenda hoch zu positionieren, funktioniert, glaube ich, etwas, in das wir viel investieren sollten (mit „wir“ meine ich die Kommission, aber auch die Interessenvertreter) und zwar die Schaffung systematischer Gelegenheiten, um Ergebnisse zu kommunizieren. Jetzt verfügen wir über Indikatoren auf europäischer und auf nationaler Ebene. Wir sollten eine Menge Energie - wie wir dies auch für das Europäische Jahr 2010 versuchen - in die Kommunikation von Fakten und Resultaten investieren, denn es gibt wenig, was mehr Engagement, mehr Bewegung kreiert als eine intelligente Nutzung von Information, Kommunikation und der Medien. In Bezug auf das Europäische Jahr 2010 nutze ich die Gelegenheit zur Ankündigung einer großen Konferenz über Medien und die Wahrnehmung von Armut im Oktober, für die wir ein außerordentliches Eurobarometer über Armut in Europa ausgearbeitet haben. Dahinter steckt der Gedanke, auf regulärer Basis jährlich ein Eurobarometer über die Wahrnehmung von Armut zu etablieren, kombiniert mit strukturierten Statistiken, um genau diese Kommunikation zu fördern, welche vielleicht auch einige verärgerte Reaktionen über den Mangel an Fortschritt erzeugen wird.

Dr. Michaela Moser:
Gut, Subsidiarität. Das ist ein schwieriges Thema. Ich komme oft in Diskussionen an den Punkt, wo ich mir denke und manchmal auch sage: Eigentlich müsste man das ganze System neu aufsetzen - reboot the system - : Also wie ein Computer: Er stürzt ab, nichts ist mehr zu machen, man kann das Ding nicht mehr reorganisieren. Also am besten von vorne herein die ganze Festplatte löschen, neu aufsetzen.

In so einem Neu-Aufsetzungsprozess wäre ich 100% für das Prinzip der Subsidiarität. Wir beginnen von unten nach oben. Wir lösen die Probleme da, wo sie entstehen und arbeiten uns weiter in die jeweils größere Einheit.

Leider ist der Neustart des Systems aber nicht möglich, und ich glaube, wir müssen zumindest auch das Prinzip der Subsidiarität wie auch das Prinzip der Solidarität uns erneut und genauer anschauen: Wie können wir es heute verstehen? Wer versteht was darunter, und welche Formen von Entflechtungen müssen auch passieren?

Im Moment sehe ich es ambivalent. Ich glaube, dass es wichtig wäre, und ich versuche auch diese Frage nach der lokalen Ebene - was kann auf der lokalen Ebene gelöst werden - hineinzunehmen. Einerseits, hier viel mehr zu investieren, andererseits dürfen wir eben nicht übersehen - wahrscheinlich kennen Sie in Deutschland das genau so wie wir in Österreich -, dass uns diese Struktur des Föderalismus auch sehr viele Probleme bereitet. Also wenn es letztlich dann eben zu einem Wirrwarr, zu Kompetenzenstreitereien, Unklarheiten oder auch Nicht-Zuständigkeiten kommt, das kann es nicht sein. Wir müssen das im Grunde noch einmal neu entflechten, neu analysieren.

Es gibt in Österreich jetzt zum Beispiel eine Initiative unserer Regierung für das Jahr 2010, dass lokale Anti-Armutspläne gemacht werden. Nur leider kommt das wieder von oben. Ich weiß nicht, ob die Gemeinden und die Länder überhaupt schon wissen, dass sie das machen sollen, wollen. Aber ich hoffe, dass einige auch von sich aus sehen, dass es dort zu lösen wäre. Ich würde auch noch weiter gehen, dieses Prinzip auch der Lösungsvorschläge und auch Ansätze, die aus den betroffenen Gruppen selbst kommen. Da gibt es sehr viele. Instrumente der Selbstorganisation und der Selbsthilfe werden sehr wenig gestärkt. Die sind sehr unbeachtet, die werden eigentlich fast übersehen. Das müsste auf alle Fälle stärker Beachtung finden. Und dann glaube ich, da gibt es auch jetzt viel zu wenige Strategien, wenn wir die politische Organisation sehen, z.B. auf kommunaler Ebene. Also, wir werden auch im österreichischen Armutsnetzwerk von Gemeindevertreter/innen, von engagierten Bürger/innen oft gefragt: Was können wir eigentlich tun direkt in unserer Stadt, in unserem Dorf?

Und wir sehen dann, dass es Möglichkeiten gibt. Aber es gibt auch sehr schnell die Grenzen der nationalen Politik. Und da braucht es einerseits mehr Vorschläge, was wirklich getan werden kann. Es kann sehr viel getan werden.

Wir haben in Österreich - das ist derzeit unser Paradebeispiel - eine Stadtgemeinde in der Steiermark, Kapfenberg, die das wirklich ausgereizt hat.

Aber in den meisten Orten und generell ist nichts ausgereizt, und ich denke, deshalb wäre es auch wichtig vorzuzeigen: Was ist überhaupt möglich im Rahmen des bestehenden Systems? Aber auch: Wie muss das System und seine Kompetenzen verändert werden, um die effektivste Armutsbekämpfungspolitik zu machen?

Viele Dinge können wir natürlich anhand der existierenden Verflechtungen verändern. Und in der globalisierten Welt müssen wir sie im Großen angehen. Insofern glaube ich, viele große Rahmenbedingungen müssen gemeinsam, also EU-weit und auch global, angegangen werden.

Aber in der Ausformung natürlich und im unmittelbaren Umgang auch mit vielen Bedürfnissen dürfen wir den Blick auf die kleineren Einheiten nicht verlieren. Das ist ein Balanceakt, aber vor allem auch einer der Neuorganisierung, glaube ich und Neuordnung. Zu den Steuern wollte ich noch kurz sagen: Mir geht es jetzt vor allem gar nicht in erster Linie um die familienpolitische Wirkung, die gibt es sicher auch von Steuern, aber das halte ich auch für eher eingeschränkt. Aber es geht mir um die Verteilungswirkung insgesamt. Es ist unbestritten, dass Steuern und ein existierendes Steuersystem eben eine Verteilungswirkung hat. Ich denke, es ist ein allgemeiner Trend. Aber ich spreche ja vielleicht auch als ein besonders

gebranntes Kind, da Österreich sehr weit unten steht, was vermögensbezogene Steuern betrifft, also auch unter dem EU-Schnitt liegt. Vermögen und Reichtum wurde in den letzten Jahren immer weniger besteuert, da gab es sehr viele Reformen jetzt in unserer eigenen Regierung. Zum Beispiel wurde im letzten Jahr in Österreich die Erbschaftssteuer abgeschafft. Der Betrag, um den es da geht, der nicht mehr eingenommen wird, entspricht so in etwa dem, den es bräuchte, um ein neues Mindestsicherungssystem zu schaffen, pro Jahr. Während bei der Erbschaftssteuerabschaffung von einer Lappalie gesprochen wurde - also das sind Beträge, die sind irrelevant fürs Budget - ist der gleiche Betrag, wenn man ihn braucht fürs Mindestsicherungssystem dann doch nicht so irrelevant.

Also es gibt Zusammenhänge. Bei den Steuern ist natürlich immer die Frage: Woher nimmt man sie und dann wofür gibt man das Geld, das man im Budget einnimmt, aus? Also das ist insgesamt eine fiskalpolitische Frage, aber ich denke, die Verteilungswirkung von Steuern und Abgaben ist natürlich unbestritten. Wir müssen, wenn wir soziale und ökonomische Ungleichheit reduzieren wollen, darauf einen Blick werfen. Was natürlich eine weitere große Last - sage ich jetzt mal - auf unsere Schultern legt, weil es eine sehr komplexe Angelegenheit ist und eine große Aufgabe, ein wirklich gerechtes Steuersystem zu schaffen.

Zu dem Ziel des EAPN, zu unseren eigenen Indikatoren. Wann ist 2010 für uns ein erfolgreiches Jahr? Also eine Zielsetzung, die für uns von Anfang an immer sehr klar war: 2010 ist vor allem dann erfolgreich, wenn es eine, in den Papieren des EAPN heißt es, eine „legacy“ gibt; wenn es Nachwirkungen gibt. Also das Jahr 2010 - ich würde nicht sagen war umsonst - wird aber nicht nachhaltig wirken, wenn es nur eine Reihe schöner Veranstaltungen gibt.

Natürlich soll man nicht unterschätzen, was einzelne Veranstaltungen bewirken können, aber als wirkliches Ziel - auch als messbares Ziel - ist für uns relevant: Folgen aus dem Jahr 2010 ganz konkrete, auch messbare, überprüfbare politische Neuerungen? Wird es eine Direktive geben zur monetären Mindestsicherung z.B.? Wird es neue Zielsetzungen geben, neue Prinzipien für die OMK? Werden in den einzelnen Ländern wirkliche Nationale Aktionspläne zur Armutsbekämpfung verabschiedet, die sich nicht nur als Berichtsübungen verstehen gegenüber der EU, sondern worauf sich eine Regierung in ihrem Regierungsprogramm verpflichtet?

Also, solche politischen Auswirkungen erwarten wir vom Jahr 2010, und an dem werden wir auch messen, ob das Jahr 2010 im Sinne der Nachhaltigkeit wirkt. Natürlich gibt es für das Jahr 2010 auch noch andere, sozusagen softere, weichere Ziele, die auch schwerer messbar sind, zumindest mit den geringen Ressourcen, die uns als NGOs zur Verfügung stehen. Das ist diese ganze Frage der Bewusstseinsbildung, da können wir im Grunde nur evaluieren und dann messen. Welche Art von Veranstaltungen wird stattfinden? Werden es wirklich Veranstaltungen sein, wo man versucht, viele Menschen niederschwellig zu erreichen? In die Menschen mit Armutserfahrungen auch eingebunden sind, so dass es zu diesem direkten Dialog kommt, der sehr oft fehlt. Natürlich kann man so eine Bewusstseinsveränderung auch erforschen und die langfristigen Folgen. Aber ich kann jetzt schon sagen, dass wir als EAPN jedenfalls die Mittel nicht haben werden, um solche Forschungsarbeiten zu machen. Aber wir werden sicher überprüfen und daran auch die Erreichung unserer eigenen Ziele messen, inwieweit Menschen mit Armutserfahrungen eingebunden waren, mit welcher Art von Veranstaltungen eben welche Menschen auch erreicht worden sind. Und ob es wirklich gelungen ist, nicht nur wieder zu den üblichen Verdächtigen sozusagen zu sprechen, also sich nur mit den gleichen Menschen, die sich ohnehin schon mit Armut beschäftigen, auseinanderzusetzen, sondern eben auch Informationen an einen weiteren Kreis auszustreuen.

Wir haben auch zumindest ein konkretes Ziel für eine größere Aktion, das wird auch leicht messbar sein, ob das gelingt.

Es gibt das Vorhaben, im Oktober - am 17. Oktober wahrscheinlich - eine Menschenkette um die europäischen Institutionen zu bilden. Das kann man dann überprüfen, ob diese Menschenkette löchrig ist. Unser Direktor Fintan Farrell hat schon ausgerechnet, wie viele Menschen wir brauchen, um die europäischen Institutionen in den Arm zu nehmen. Also das scheint realistisch, aber es wird wichtig sein, dass sich viele Organisationen und Bewegungen daran beteiligen. Es geht auch darum, nicht nur die Institutionen in den Arm zu nehmen, sondern im Rahmen dieser Aktion Kontakte aufzubauen und in direkten Dialog mit Vertreter/innen, Mitarbeiter/innen dieser Institutionen, also mit Beamten, Beamtinnen der Kommission, mit Parlamentarier/innen zu treten. Also das ist auch als eine Möglichkeit des Gesprächs, aber natürlich auch als ein Zeichen zu sehen.

Solche Aktionen kann man in ihrer unmittelbaren Umsetzung sozusagen messen. Die Langzeiteffekte wiederum sind dann wieder mit unseren Mitteln nicht so eindeutig messbar, wenn sie es auch theoretisch wären. Letztlich gibt es aber für das EAPN - denke ich - vor allem einen zentralen Indikator für das Messen von Erfolg, nicht nur das Jahr 2010, sondern insgesamt unserer Arbeit. Das sind spürbare Veränderungen im Leben von Menschen mit Armutserfahrungen.

Statistik ist das eine, wir werden weiterhin verfolgen, wie sich die verschiedenen Zahlen entwickeln, ob etwas ablesbar ist. Wenn es hoffentlich bessere quantitative Ziele gibt, wird das auch leichter, wird es leichter, das mitzuverfolgen und auch zu kritisieren. Wir werden immer aber auch in Kontakt bleiben und den Kontakt und die Rückmeldungen von Menschen, Frauen, Männern, Kindern suchen, die in Armut leben. Und ein Indikator wird hierbei immer sein: Gibt es spürbare Veränderungen? Zusätzlich zu dem, was die Statistik sagt, gibt es spürbare Verbesserungen im Leben von Menschen mit Armutserfahrungen?

WEGE IN DIE ZUKUNFT – FÜR EIN EUROPA OHNE ARMUT!

Vorstellung des europäischen Positionspapiers zur Bekämpfung der Kinderarmut – Zusammenfassung der Europa-Cafés und Verfahrensdiskussion –

In zwei aufeinander folgenden Arbeitsrunden, den sogenannten Europa-Cafés, versammelten sich die Konferenzteilnehmer/innen, um gemeinsam in kleineren Gruppen zu arbeiten. Das Ziel der Europa-Cafés war es, das den Teilnehmer/innen vorliegende Positionspapier zur Bekämpfung von Kinderarmut zu verbessern und Anregungen einzuarbeiten.

Das erste Europa-Café widmete sich der Untersuchung der EU-Strategien auf ihren Nutzen insbesondere für die praktische Arbeit der Nichtregierungsorganisationen. In dem zweiten Europa-Café untersuchten die Teilnehmer/innen, wie EU-Strategien umgesetzt werden könnten, wobei auch hier das Augenmerk vor allem auf Nichtregierungsorganisationen gelegt wurde.

Die Ergebnisse stellten Helena Hiila und Stanislav Trnovec vor.

Helena Hiila:
Geschäftsführerin Väestöliitto, Familienverband von Finnland, Helsinki

Wir wollen jetzt über die Arbeit berichten, die in den Europa-Cafes verrichtet wurde. Ich muss zugeben, das ist keine wirklich einfache Arbeit. Aber jeder von Ihnen kann natürlich hinzufügen, was er will. Unser Bericht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit, schon wegen der geringen Zeit und auch wegen der Unmenge von Ideen und Initiativen. Ich werde nicht über alle berichten können, aber später wird vielleicht mehr in diesem Bericht stehen.

Zunächst zu politischen Herausforderungen: Wir wollten aufzeigen, dass dieses Jahr des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung, vor allem in Bezug auf Kinderarmut, nicht auf ein Jahr beschränkt sein sollte. Dieses Problem sollte uns nicht nur nächstes Jahr interessieren, sondern wir sollten es als eine Langzeitentwicklung sehen und etwas ändern. Dazu ist es nötig, glauben wir, dass es in allen politischen Agenden der Europäischen Union als zentrales Problem angesehen wird. In allen Fonds, in allen Strukturen, alles was im Namen der Europäischen Union geschieht, sollte daraufhin untersucht werden, ob es Kinderarmut verstärkt oder verringert. Ansonsten werden wir dieses Phänomen in Europa nicht ausrotten können.

Außerdem ist es wichtig, dass gewährleistet ist, dass die Medien das Thema Kinderarmut einer breiten Öffentlichkeit vermitteln. Jeder von uns kann dazu beitragen. Die meisten hier vertreten NGOs und natürlich sollten wir später zuhause die Medien kontaktieren und über dieses Seminar unterrichten und das auch weiterhin tun. Immer wieder sehen wir, dass dieses Problem von unserer Gesellschaft nicht ernst genommen wird. Außerdem möchten wir darauf hinweisen, wenn wir über Kinderarmut sprechen, dann sprechen wir nicht nur über ein soziales, politisches Problem, sondern über einen viel breiteren Kontext, wie wir aus dem vorangegangenen Hintergrundbericht ersehen konnten. Es erübrigt sich fast zu sagen, dass die Situation der ärmsten Kinder viel ernster genommen werden muss. Hier sprechen wir über Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, aus ethnischen Minderheiten, aber auch von Kindern, die überhaupt keine Familie haben, die auf der Straße leben, in Heimen. Über deren Lebensumstände wissen wir nämlich sehr wenig. Wir sollten mehr wissen.

Ich komme nun zum Hintergrundpapier und zum Paragraph Bildung. Das ist natürlich ein sehr wichtiges Thema. Was tun, um das Phänomen der Schulabbrecher zu bekämpfen? Wenn ein junger Mensch seine oder ihre Ausbildung nicht beendet, ist die Gefahr viel größer, dass er oder sie in Armut endet, verglichen mit den Altersgenossen mit guter Ausbildung.

Und nun zum Arbeitsmarkt. Wir alle wissen, dass Europa eine familienfreundlichere Arbeitspolitik bitter nötig hätte. Vor allem vor dem Hintergrund, dass Europa immer älter wird, und dass es an Kindern mangelt und an Familien, die Kinder wollen. Aus diesem Grunde sollten Arbeitsmärkte und die gesamte Gesellschaft sich familienfreundlicher entwickeln.

Es bedeutet auch, dass bei Familienarbeit mehr auf die soziale Absicherung von Familien geachtet werden muss, vor allem betrifft dies Frauen oder Mütter, sehr häufig alleinerziehende Mütter. Auf diesem Symposium haben wir erfahren, dass die Gruppe alleinerziehender Mütter die einzige Gruppe ist, die in allen Ländern der Europäischen Union von Armut bedroht ist. Das bedeutet, dass es mehr Sozialleistungen geben sollte, zum Beispiel in Fällen, wo weniger gearbeitet werden kann, oder wenn jemand, normalerweise eine Frau, wegen Familienangelegenheiten zu gewissen Zeiten

nicht außerhalb ihres Heims arbeiten kann.

Einige Sätze über die Rolle von NGOs. Zunächst einmal haben sie eine Aufpasserrolle. NGOs sollten Kinderarmut überall aufspüren und darauf achten, dass sie ganz oben auf der Agenda steht, in den Medien, bei Entscheidungsträgern, auf allen Ebenen, regional, national, aber auch auf der Ebene der Europäischen Union. Deshalb haben wir natürlich die NGOs auf europäischer Ebene, wie zum Beispiel COFACE und Eurochild. NGOs vertreten Menschen, und sie müssen sich auch anhören, was die armen Mitglieder der Gesellschaft zu sagen haben. Sie müssen Informationen bereitstellen, auf nationaler und auf europäischer Ebene.

Es war in vielen Ländern geplant, dieses Jahr das Bewusstsein über Armut und über Kinderarmut zu schärfen. Wir glauben, es reicht nicht, das Bewusstsein zu schärfen. Das ist irgendwie so, als wenn man die Armen beschummelt. Wenn man nur darüber redet, dann redet man über das Phänomen, dann redet man in Fernsehprogrammen, dann lesen wir ein Jahr später in Zeitungen darüber, aber wir tun nicht wirklich etwas dagegen. Wir denken, es wäre gut, wenn die Europäische Union jede Nation dazu auffordert, zumindest einen konkreten Vorschlag zu machen, wie man das Phänomen der Kinderarmut vermindern könnte.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass es nicht ausreicht, wenn all diese Europäischen Sozialfonds sich nur auf Beschäftigung und den Arbeitsmarkt konzentrieren, auch wenn es sehr wichtige Problembereiche sind, sie sind ganz besonders wichtig zum Beispiel bei Armut und Kinderarmut. Aber auch das reicht nicht. Sie sollten auch geöffnet werden für weitere Bereiche wie soziale Eingliederung, Kinder, Bildung usw. Wir, unsere Gruppe zumindest, könnten also hier einen Beschluss fassen, dass wir ein Europa des Volkes wollen, sozial und nachhaltig. Ich danke Ihnen.

Stanislav Trnovec:
Vorsitzender des Klubs Kinderreicher Familien, Bratislava

Ich bin sehr froh, dass man das Positionspapier auf einer Grundlage ausgearbeitet hat, an die man anknüpfen kann. Jedes solches Dokument trägt die Zeichen der Zeit, in der es entstanden ist und spiegelt die augenblicklichen Bedürfnisse der Betroffenen wider. Aus diesem Grund ist es notwendig, solche Dokumente zu aktualisieren, damit sie „in line“ bleiben. Für mich ist es eine Ehre, dass ich mich an dieser Arbeit beteiligen kann. Ich bin ein Pessimist, und deswegen muss ich Ihnen eine schlimme Nachricht überbringen. Die Armut ist unter uns so lange, wie es die Menschheit gibt. In alten Dokumenten, im Hammurabi Kodex oder im Alten Testament oder in anderen Dokumenten hat man schon vor 5000 Jahren die Armut irgendwie gelöst. Und die EU wollte das auch machen.

Die EU ist nach und nach erweitert geworden. Historisch gesehen, war der größte Sprung die Aufnahme der zehn neuen Länder im Jahr 2004. Zu den 15 Mitgliedsstaaten kamen auf einmal zehn hinzu und etwas später weitere zwei. Die postkommunistischen Länder reihten sich mit ihren Problemen und Erfahrungen zu den freien Ländern. Die Eingliederung ist mit vielen Änderungen, mit Euphorie, aber auch Enttäuschung verbunden. Die Probleme der postkommunistischen Länder sind anderer Art als die der alten Länder. Die einzige Ausnahme bildet Deutschland. Die Hilfe, die im Rahmen des deutsch-deutschen Dialogs gewährt wurde und noch immer gewährt wird, können die übrigen Länder mit Anerkennung beobachten. Dies ist nicht nur ein Ausdruck des riesigen ökonomischen Potentials Deutschlands, sondern vor allem der menschlichen Solidarität. Dennoch ist die gewährte Hilfe oft mit negativen Reaktionen verbunden. Oft werden persönliche Erwartungen mit der erwarteten Entwicklung gleich gesetzt. Wenn sich die Umstände unterscheiden, kommt es oft zu Unzufriedenheit.

Als Bürger eines Drittlandes bin ich nicht berechtigt, die negativen Reaktionen zu analysieren. Diese haben einige Merkmale, die auch in den übrigen neuen Ländern sichtbar sind.

Die EU hat Entwicklungsstrategien, die vor der EU-Aufnahme der neuen 12 Länder ausgearbeitet wurden. Es ist natürlich, dass diese Strategien nicht nur die Bedürfnisse, sondern auch die Erfahrungen der neuen Länder in optimalem Umfang enthalten können. Die Lissabonner Strategie und das Abkommen von Barcelona sind sehr ambitionierte Dokumente, die mit einem allgemeinen Wachstum rechnen. Die Realität der letzten Tage sieht anders aus. Die Krise wirkt sich am schwersten auf die Volkswirtschaften der postkommunistischen Länder aus. Dabei werden viele Ziele der erwähnten Dokumente nicht einmal von den alten Mitgliedstaaten erreicht. Ein markantes Beispiel ist gerade der Kampf gegen die Armut. Während der Umsetzung der Lissabon-Strategie hat sich die Armut in der EU trotz umfangreicher Bemühungen verschärft. Die Ambitionen der EU, die Kinderarmut vollständig zu beseitigen, sind unrealistisch. Das grundlegende Ziel der EU muss sein, die Kinderarmut vollständig zu beseitigen, das ist der Beschluss des Europäischen Parlaments vom 9. Oktober 2008 (zur Förderung der sozialen Integration und die Bekämpfung der Armut, einschließlich der Kinderarmut, in der EU). Das Abstecken unrealistischer Ziele führt zur Beleidigung des gesamten Programms.

Wir sind heute und gestern nun zusammengekommen, um Fragen zu stellen und Antworten zu suchen. Die Antworten beziehen sich nicht nur auf die konkrete Situation, die entstanden ist, sondern sind ein bisschen mit einer Vision verbunden. Und ich meine, das Wichtigste ist, dass wir ganz genau die Situation betrachten müssen. Danach können wir Schlüsse ziehen, und erst dann können wir Maßnahmen machen.

Zunächst ist die Frage: Wie soll man die Armut betrachten? Es wurde gesagt, dass die Methoden, die zurzeit angewandt werden, meist analytisch sehr interessant sind, aber sie geben uns kein komplexes Bild. Wenn man die Armut betrachten will, muss man das Kind im Hintergrund sehen, in einer konkreten Situation.

Zweitens müssen wir solche Indikatoren schaffen, die uns einen Vergleich zwischen den Ländern ermöglichen. Die Messung, wenn sie relativ ist, teilt uns den Stand in einem Land mit, aber sie ist nicht auf andere Länder übertragbar. In den Indikatoren müssen auch solche Dinge einbezogen werden, die uns ein realistisches Bild geben. Die Maßnahmen, die dann folgen sollen, muss man in jedem Land durchsetzen. Da stellt sich schon die Frage: Wer soll den Druck ausüben, damit die Regierungen, die Organisationen, alles, was in diesem Land ist, umsetzen? Wir haben außerdem darüber gesprochen, wie man die Regierungen oder die Organisationen informieren - in jedem Land informieren - soll. Wir sind hier zumeist NGOs und als deren Vertreter sollten wir die Gedanken, die hier zur Sprache kamen, nutzen. Was ist wichtig? Das Positionspapier legt Grundsteine, auf denen man aufbauen kann. Zu diesen Grundsteinen könnte man jetzt noch die kleinen Steine legen, und wir bekommen ein Mosaik.

Die Konferenzteilnehmer/innen einigten sich nach dem Abschluss der Europa-Cafés darauf, dass das Positionspapier um die in der Konferenz eingebrachten Anregungen ergänzt und zur Überprüfung erneut an die Teilnehmer/innen verschickt werden solle, um letzte mögliche Änderungen in den Abstimmungsprozess aufzunehmen. Anschließend werde die freigegebene Version des Positionspapiers verschickt werden, damit es von den Verbänden und Organisationen unterzeichnet und in der politischen Arbeit verwendet werden kann.

ABSCHLUSS UND VERABSCHIEDUNG

Edith Schwab
Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V., Berlin

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich werde jetzt nicht noch mal die ganze Tagung Revue passieren lassen und zusammenfassen, so wie es der erste Entwurf meiner Abschlussworte eigentlich vorgesehen hat.

Wir haben jetzt zwei Tage so viel zu dem Thema gehört, zu den einzelnen Aspekten des Themas, zu dem Papier, das wir erarbeiten wollen und zu den einzelnen Aspekten, die in das Papier aufgenommen werden. Deswegen gestatten Sie mir ein etwas anderes Schlusswort, und ich hoffe, dass Sie sich nicht dabei langweilen.

Wir kommen nun zum Ende unseres internationalen Symposiums „Kinderarmut, eine europäische Herausforderung“ hier im sonnigen, schönen Berlin.

Zwei inhaltlich intensive und spannende Konferenztage liegen nun hinter uns.

Ich denke, dass wir alle - auch wenn wir uns schon intensiv mit dieser Thematik befasst haben - neue Gedanken, wenn nicht sogar neue Sichtweisen kennen gelernt haben. Und das ist auch gut so. Warum ich das meine? Sie alle kennen das, diesen Tunnelblick auf Verhältnisse und Situationen.

Man meint, schon alles zu wissen. Man meint, die Lösung zu kennen. Es wird an dieser Schraube gedreht, dort eine Veränderung vorgenommen, es wird diskutiert, die Köpfe rauchen. Aber der Frust ist groß, denn die gewünschte Veränderung oder gar Verbesserung will und will sich nicht einstellen. Der Mangel an dieser Vorgehensweise wird oft erst dann deutlich und geht dann oft mit einem großen Aha-Effekt einher, wenn wir den Standpunkt verändern. Wir betrachten die Sache von einer anderen Seite, aus einem anderen Blickwinkel, vielleicht aus der Sicht eines völlig unbefangenen Beobachters, der von diesen Problemen noch nie etwas gehört hat - vielleicht aus dem Blickwinkel eines Kindes.

Michaela Moser hat vorhin das Beispiel eines Computerabsturzes angeführt. Beim Wiederaufbau hat man die Chance, neu zu denken, einen anderen und neuen Aufbau zu wählen, neue Schwerpunkte zu setzen usw. Mir hat dieses Beispiel sehr gut gefallen, denn es drückt genau das aus, was ich meine. Lassen Sie uns neue Gedanken und Sichtweisen entwickeln, lassen Sie uns diese Gedanken in die öffentliche Diskussion tragen, publizieren und in das Wissen der Menschen implementieren. Vielleicht gelingt es uns auf diesem Weg besser, Dinge zum Besseren zu verändern. Wir haben uns jetzt zwei Tage mit den bedrückenden Problemen der - auch in dem reichen Europa bestehenden - Kinderarmut beschäftigt. Wenn ich höre, dass z.B. auch die Schweiz - für uns hier in Deutschland der Inbegriff des Wohlstands - die gleichen Armutsprobleme wie auch die anderen europäischen Länder hat, und dass dort beispielsweise - was mich völlig erstaunt - 2% der Schweizer Bürger über 98% des Vermögens verfügen, dann sehe ich, dass die Probleme europaweit, - und zwar nicht nur in der EU, sondern darüber hinaus - sehr ähnlich sind und ähnlich zu benennen sind.

Unser Thema ist die Kinderarmut, wir sprechen dabei vor allem aber über Wohlstand, Wirtschaft, Wettbewerb. Davon war heute ganz viel die Rede und eigentlich wenig von Kindern. Wir sprechen darüber, dass man Kinder fordern und fördern muss, Leistung muss sich wieder lohnen. Eltern investieren, wenn sie es sich leisten können, ein mehr oder weniger großes Vermögen in die Bildung, Ausbildung und Förderung ihrer Kinder.

Aber, das ist doch die Frage: Was ist denn das Ziel? Welche Werte sind zentral für dieses Tun? Und die andere Frage: Wer fragt eigentlich die Kinder, ob sie das alles so wollen? Wie gesagt: Ich möchte Sie nicht langweilen und Dinge wiederholen, die wir jetzt schon gehört haben.

Deshalb gestatten Sie mir an dieser Stelle einen kleinen Exkurs nach „down under“.

Die, die mich kennen, wissen, dass ich seit einigen Jahren Australien-Fan bin. Die mehr als 30.000 Jahre alte Kultur der Aborigines fasziniert mich immer noch. Bekanntlich gibt es leider keinerlei schriftliche Überlieferung der dortigen Kultur, aber es gibt faszinierende Weltsichten, aus denen wir aus meiner Sicht viel für unsere Probleme hier lernen können. Diese Völker lebten aus und mit ihrer Spiritualität. Materielle Dinge hatten für diese Leute überhaupt keinen Wert. Sie lebten in der Gewissheit, dass jeder Mensch wertvoll ist und zumindest über ein Talent verfügt, was ihn vor allen anderen auszeichnet. Natürlich gab es den Fährtenleser und den Jäger, den, der das Wasser finden konnte und den, der das Feuer entzünden konnte. Aber es gab auch den Geschichtenerzähler, die Kräuterfrau oder vielleicht den Zuhörer, d.h. einen Menschen, der gut zuhören konnte, wenn ein anderer kam und etwas mitteilen wollte. Auch das ist ein unschätzbares Talent. Jedes dieser Talente

war wichtig und gleichwertig, für das Leben über tausende von Jahren im Outback als wichtig und gleichwertig erkannt.

Was können wir aus dieser Kultur lernen?

Eine völlig andere Sicht auf Menschen, auf Kinder. Das Kind als Persönlichkeit zu achten, zu erkennen, dass jedes Kind über Talente verfügt, die zu erkennen sind, die es zu fördern gilt und die es zu achten gilt. Das Kind in dieser Welt willkommen zu heißen, ihm die Sicherheit des Erwünschtseins zu geben, es an Entscheidungen über seine Belange zu beteiligen. Nicht über Kinder, sondern mit Kindern zu sprechen.

Ich habe mich sehr gefreut, gestern mit Ihnen allen die Fotoausstellung „Kinderwelten“ besuchen zu dürfen. Diese Kinder mit ihrem hellen Blick, ihrem Stolz auf die Anerkennung, für diese Kinder wird das gestrige Erlebnis sicher prägend sein für ihr ganzes Leben. Sie haben dadurch gelernt, dass sie als Person ein Talent haben, das anerkannt und geschätzt wird. Dieses Wissen kann ihnen niemand mehr nehmen, auch wenn unter der Mathearbeit eine Fünf steht.

Es war heute viel von Paradigmenwechsel die Rede, und zwar in recht verschiedenen Zusammenhängen. Lassen Sie uns alle daran arbeiten, diesen Paradigmenwechsel herbeizuführen.

Kinder sind 20% der Bevölkerung, aber 100% unserer Zukunft. Verstehen Sie mich aber bitte nicht falsch. Unsere Aufgabe ist es natürlich dennoch, den Kindern auch die erforderliche materielle Grundlage für ihr Aufwachsen zur Verfügung zu stellen. Es ist unsere Verpflichtung, alles dafür zu tun, den Kindern alle in unserer Gesellschaft möglichen Chancen zu eröffnen. Ihnen Sicherheit und Frieden zu geben, gesunde Nahrung und ein gesundes Umfeld, ihnen gute und vor allem freundliche Pädagogen zur Seite zu stellen, sie in alle gesellschaftlichen Bereiche einzubeziehen und wenn möglich zu beteiligen.

Wir dürfen kein Kind verloren geben, stigmatisieren oder gar kriminalisieren und gesellschaftlich abschreiben. Die in diese Welt Hineingeborenen sind zu achten und zu fördern. Es macht wenig Sinn, Frauen dazu motivieren zu wollen, weitere Kinder in die Welt zu setzen, und dann in den jeweiligen Armuts- und Reichtumsberichten regelmäßig stagnierende oder gar wachsende Armut zu beschreiben.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist gut, dass die Bekämpfung der Kinderarmut auf der Agenda steht. Das von der AGF auf nunmehr zwei internationalen Tagungen erarbeitete Positionspapier soll Grundlage sein, um an diesem Thema weiter europaweit zu arbeiten. Die öffentliche Diskussion ist zu führen, die erarbeiteten Positionen sind weiter zu diskutieren.

Ziel sollte sein, die Situation der Kinder zu verbessern, sowohl in materieller Hinsicht als auch in Hinsicht auf den oben beschriebenen anderen Blick. Menschen und vor allem Kindern mit einer anderen Wertschätzung zu begegnen, kann die Gesellschaft positiv verändern.

Ich möchte Ihnen danken, dass Sie mich auf meinem kleinen Exkurs begleitet haben. Zum Schluss danke ich allen anderen, die hier anwesend sind, wunderbar diskutiert haben, alle ihre Gedanken, ihr Wissen, ihr Können in den Dienst der Sache gestellt haben. Wir hatten zwei wunderbare Tage. Ich danke den Referentinnen und den Referenten für ihre sehr wertvollen Beiträge, den Teilnehmern der Podiumsdiskussion für die anregenden Aspekte und natürlich auch Ihnen allen. Ich danke der Europäischen Akademie Berlin für die gelungene und unkomplizierte Zusammenarbeit. Gemeinsam sind wir eine neue Kooperation eingegangen, die wir fortsetzen wollen. Ganz besonders herzlich möchte ich mich bedanken bei unseren hervorragenden Dolmetschern, bei unserem hervorragenden Dolmetscherteam, das uns über die Tage begleitet hat.

Und - last but not least - danke ich der AGF Geschäftsstelle für die Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung: Herrn Jochen Schäfer, Frau Ivonne Famula und den Mitarbeiterinnen der Geschäftsstelle.

Und ich danke natürlich auch den anderen Geschäftsstellen und Mitarbeiterinnen der bei der AGF beteiligten Familienverbände, weil alle zusammen diese wunderbare Tagung auf den Weg gebracht haben.

Liste der Referentinnen und Referenten

Antonia Carparelli

Ökonomin,
Abteilungsleiterin Soziale Inklusion und soziale Aspekte der Migration im Generaldirektorat für Beschäftigung, Soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit der EU-Kommission in Brüssel, Belgien.

Ihre Arbeitsschwerpunkte sind gegenwärtig die Koordination des EU-Prozesses des Sozialschutzes und der Sozialen Inklusion sowie des Berichts zur Kinderarmut. Sie ist verantwortlich für die Empfehlungen zur Aktiven Inklusion und für die Kommunikation der „Stärkung der Offenen Methode der Koordinierung für Sozialschutz und Soziale Inklusion". Antonia Carparelli kam 1993 zur EU-Kommission, wo sie zunächst im Bereich Wirtschaft und Finanzen arbeitete und später in das Kabinett der Europäischen Kommissarin für Umwelt, Margot Wallström, wechselte. Seit 2007 ist Antonia Carparelli in ihrer aktuellen Position tätig.

Antonia Carparelli
Unit E-2 DG Employment,
Social Affairs and Equal Opportunities
European Commission
27, rue Joseph II - 01/33
1049 Brüssel - Belgien

Dr. des. Andrea Despot

Politikwissenschaftlerin,
Studienleiterin an der Europäischen Akademie Berlin.

Sie ist verantwortlich für die Planung und Durchführung von Seminaren, Tagungen und internationalen Projekten. Ihren Schwerpunkt bilden die Außenbeziehungen der Europäischen Union, sowie die Europäisierungs- und Demokratisierungsprozesse Südosteuropas. Bevor sie zur Europäischen Akademie wechselte, war Andrea Despot wissenschaftliche Mitarbeiterin am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin.

Andrea Despot
Europäische Akademie Berlin
Bismarckallee 46/48
14193 Berlin - Deutschland

Jana Hainsworth

Bachelor der Naturwissenschaften,
Generalsekretärin von Eurochild in Brüssel, Belgien.

Sie leitet das Eurochild-Netzwerk mit derzeit 70 Mitgliedern aus 27 Ländern Europas, das sich um die Rechte und das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen kümmert. Einer ihrer Arbeitsschwerpunkte ist die Beobachtung und die Weiterentwicklung der Offenen Methode der Koordinierung im Hinblick auf die Soziale Inklusion und den Sozialschutz aus der Perspektive der Kinderrechte. Jana Hainsworth leitete darüber hinaus die Organisation der Jahreskonferenz 2008 zur Förderung eines kinderrechtsorientierten Ansatzes bei der Auseinandersetzung mit dem kindlichen Wohlergehen in Budapest.

Jana Hainsworth
Eurochild AISBL
Avenue des Arts 1-2
1210 Brüssel - Belgien

Helena Hiila

Politikwissenschaftlerin,
Geschäftsführerin Väestöliitto, the Family Federation of Finnland.

Väestöliitto ist eine regierungsunabhängige Dachorganisation für Familienthemen. Seit 66 Jahren tritt die Organisation aktiv dafür ein, die Bedürfnisse von Familien in der Gesellschaft stärker zu berücksichtigen. Väestöliitto führt zu diesem Zweck auch wissenschaftliche Untersuchungen durch und veröffentlicht alljährlich das Familienbarometer. Aktuelle Projekte sind zum Beispiel der besseren Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben gewidmet, der Unterstützung von Eltern mit Neugeborenen via Internet, der Unterstützung von Einwandererfamilien sowie der Forschung zu Ein-Eltern-Familien. Vor ihrer Arbeit für Väestöliitto war Helena Hiila über mehrere Jahre bei Regierungsbehörden im Bereich Soziale Sicherheit angestellt.

Helena Hiila
Väestöliitto
Kalevankatu 16, PL 849
00101 Helsinki - Finnland

Gerd Hoofe

Jurist,
Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Herr Hoofe war von 2003 bis 2005 Staatssekretär im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit. Seit 2005 arbeitet er für das Bundesministerium.

Gerd Hoofe
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)
11018 Berlin - Deutschland

William Lay

Ökonom und Absolvent des College of Europe,
Direktor der COFACE (Konföderation der Familienorganisationen in der Europäischen Union) in Brüssel, Belgien.

Er setzt sich dafür ein, die Auswirkungen der verschiedenen EU-Politiken, Programme und Initiativen auf die Familien stärker zu berücksichtigen. Im Rahmen des europäischen Programms PROGRESS ist er hauptsächlich für die Themen Familie sowie das gegenseitige Voneinanderlernen der europäischen Familienorganisationen zuständig. Die Perspektive der politischen Auseinandersetzung wird dabei im Wesentlichen von der Bekämpfung sowie der Prävention von Armut und sozialer Ausgrenzung bestimmt. William Lay arbeitet seit 1983 als Direktor der COFACE.

William Lay
COFACE
Rue de Londres, 17
1050 Brüssel - Belgien

Peggi Liebisch

Verwaltungswissenschaftlerin,
Bundesgeschäftsführerin des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter.

Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Steuern, Frauen und Verbandspolitik.

Peggi Liebisch
Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) e.V.
Hasenheide 70
10967 Berlin - Deutschland

Eric Marlier

Internationaler wissenschaftlicher Koordinator am CEPS/INSTEAD Forschungsinstitut in Differdange, Luxemburg.

Er wird regelmäßig als internationaler politischer Berater hinzugezogen, insbesondere im Zusammenhang mit der EU Kooperation beim Sozialschutz und der Sozialen Inklusion. Seine Forschungsaktivitäten konzentrieren sich, unter anderem, vor allem auf vergleichende sozial-ökonomische Analysen in den Bereichen Einkommen, Armut und Soziale Ausgrenzung, bei den EU-Prozessen zum Sozialschutz und zur Sozialen Inklusion sowie bei der Implementierung internationaler sozialer Studien. Eric Marlier war Vorsitzender der EU Arbeitsgruppe zur Kinderarmut und dem Wohlergehen von Kindern. Der Bericht dieser Arbeitsgruppe wurde im Januar 2008 durch die EU-Kommission und alle 27 Mitgliedsstaaten anerkannt.

Eric Marlier
CEPS/INSTEAD Research Institute
Rue Emile Mark 44 B.P.48 L
4501 Differdange - Luxemburg

Ulrike Meyer-Timpe

Sozialwissenschaftlerin, Journalistin, Autorin bei der überregionalen Wochenzeitung DIE ZEIT, Deutschland.

Frau Meyer-Timpe schreibt seit 1990 für das Wirtschaftsressort. Ihre Spezialgebiete sind seit vielen Jahren Arbeitsmarkt-, Familien- und Sozialpolitik. Im Jahr 2008 wurde ihr Buch „Unsere armen Kinder. Wie Deutschland seine Zukunft verspielt“ in der Verlagsgruppe Random House veröffentlicht.

Ulrike Meyer-Timpe
Alardusstraße 6
20255 Hamburg - Deutschland

Dr. Michaela Moser

Dr. der Philosophie, PR-Beraterin und Sozialexpertin, Vizepräsidentin des EAPN (European Anti-Poverty Network) in Brüssel, Belgien.

Mit ihrer Arbeit für das EAPN und DIE ARMUTSKONFERENZ Österreich betreibt sie sozialpolitisches Lobbying auf nationaler und auf EU-Ebene. Ihre Themenschwerpunkte sind Frauen und Armut, Mindestsicherungssysteme, Armut und Überschuldung, Armut aus ethischer Perspektive sowie die Entwicklung von Konzepten und Kriterien für „Gutes Leben“.
Frau Moser wirkt darüber hinaus als Autorin in Fachzeitschriften und als Lehrbeauftragte an österreichischen Universitäten.

Michaela Moser
DIE ARMUTSKONFERENZ
Gumpendorferstr. 83
1060 Wien - Österreich

Matthias Petschke

Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Berlin.

Herr Petschke trat 1995 in den Dienst der EU-Kommission. Dort war er zunächst Assistent des Generaldirektors der Generaldirektion Handel. Später übernahm er die stellvertretende Leitung des für die Aushandlung von Freihandelsabkommen zuständigen Referats. Seit 2004 ist er Referatsleiter in der Direktion Vergabewesen der Generaldirektion Binnenmarkt und Dienstleistungen. Zuvor hatte er bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel einen Posten als Erster Sekretär inne. Am 1. Mai 2009 übernahm er sein aktuelles Amt.

Matthias Petschke
Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland
Unter den Linden 78
10117 Berlin - Deutschland

Joakim Pettersson

Wirtschaftswissenschaftler, Politischer Berater des schwedischen Ministers für Gesundheit und Soziales in Stockholm.

Von 2005 bis 2006 war Herr Pettersson als Abgeordneter der Schwedischen Christlich-Demokratischen Partei zuständiger Referent für Familienpolitik und Soziale Sicherung. Zuvor arbeitete er mehrere Jahre lang als Forscher bei der Schwedischen Sozialversicherungsanstalt.

Joakim Pettersson
Ministry for Health and Social Affairs
10333 Stockholm - Schweden

Edith Schwab

Rechtsanwältin, Fachanwältin für Familienrecht in Speyer, Deutschland.

Frau Schwab ist Vorsitzende des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV e.V.). In dieser Funktion setzt sie sich für eine nachhaltige Verbesserung der gesellschaftlichen, juristischen und wirtschaftlichen Situation der Alleinerziehenden und ihrer Kinder ein.

Edith Schwab
Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) e.V.
Hasenheide 70
10967 Berlin - Deutschland

Stanislav Trnovec

Vorsitzender des Klubs Kinderreicher Familien in Bratislava, Slowakei.

Seine Arbeitsschwerpunkte sind der Wert der elterlichen Erziehungsleistungen, die Berücksichtigung der Erziehungsarbeit im Rentensystem, Armut in Familien, die Feminisierung der Armut, die Vererbung von Armut sowie das Problem der „working poor“. Zu seinen Aufgaben gehört auch die Erstellung von Papieren für die EU-Kommission im Rahmen der politischen Lobbyarbeit. Herr Trnovec ist Mitglied in der Arbeitsgruppe Familien- und Sozialpolitik in der COFACE sowie im Rat für Gleichstellung der slowakischen Regierung.

Stanislav Trnovec
Club of Large Families
Lichardova 16
81103 Bratislava - Slowakei

Gabriele Zimmer

Sprachwissenschaftlerin, Mitglied des Europäischen Parlaments als Abgeordnete der Partei Die Linke, Deutschland.

Im Zusammenhang mit ihrer Arbeit in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken tritt sie insbesondere für die Stärkung des Sozialschutzes ein, um Armut und sozialer Ausgrenzung in Europa entgegen zu wirken. Ihre politischen Schwerpunkte sind die Themen Europäisches Sozialmodel, Armut und Kinderarmut, Gesundheit und die Lissabon Strategie. Als Mitglied im Ausschuss für Beschäftigung und Soziales hat Frau Zimmer die Empfehlung zur Bekämpfung der Armut in Europa vorbereitet, die im Oktober 2008 vom Parlament verabschiedet wurde.

Gabriele Zimmer
Europäisches Parlament
ASP 6F353
Rue Wirtz 60
1047 Brüssel - Belgien

AGF Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen e.V.

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist ein Zusammenschluss

des Deutschen Familienverbandes (DFV),

der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf),

des Familienbundes der Katholiken (FDK),

des Verbandes alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV)

und des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Sie setzt sich in Gesellschaft und Politik für die Interessen und Rechte von Familien ein.

Gefördert vom

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

In Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland

Die Konferenz wurde mit freundlicher Unterstützung der Europäischen Akademie Berlin durchgeführt

Europäische Akademie Berlin